

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Quartalspreis 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnetten
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 15. Dezember 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Mißtrauensvoten.

Die Staatsdebatte ist am Donnerstag noch mehr als
stehenbleibend geblieben. Die Erörterungen spitzten sich seitens der
bürgerlichen Parteien immer schärfer zu einem Kampf um die Regierung
zu.

Es war ein unzweideutiges Duell Hohenlohe-Miquel, oder,
was dasselbe bedeutet: ein Ringkampf zwischen den gemäßigten
industriefreundlichen Elementen in der Regierung und dem anscheinend
nur durch Miquel vertretenen reinen Agrarierthum.

Wie die Mittelparteien durch ihren Wasserfanatismus ihre
Regierungsfähigkeit zu beweisen suchen, so schreien auch die tapferen
Juncker und Junckergeossen, trotz aller ihrer Abneigung vor der export-
ierenden Weltmachtspolitik, diesmal davor zurück, den Mut der Ueber-
zeugung vor der Krone zu bewahren.

Plötzlich, unheimlich plötzlich ist der Umschwung gewesen.
Das kann kein Mensch leugnen. Noch am 30. Januar 1899 er-
klärte Staatssekretär Tirpitz, daß an keiner Stelle in irgend einer
Weise die Absicht hervorgetreten sei, einen neuen Flottenplan vor-
zulegen, daß im Gegenteil bei allen in Betracht kommenden
Stellen die festeste Absicht bestehe, die Verringerung des Flottengesetzes
innezuhalten.

Auch die verheißene Erhöhung der Getreidezölle imponierte dem
Organ des Bundes der Landwirte nicht, und es versicherte: „Sagt
und irgendwie zu binden, fällt uns nicht ein.“ Sechs Wochen
später sind die Agrarier für alles zu haben.

Dies Beispiel zeigt, wie in der That der Flottenplan zum
Handelsobjekt der Partei-Interessen geworden ist. Abgesehen von
den sehr realen Motiven der Marine-Interessenten sind alle
Argumente, die für die neue Flottenvermehrung angeführt werden,
listige Proben. Eine Probe ist es, wenn davon geredet wird, die
Aenderung der Verhältnisse habe die Aufgabe des Flottengesetzes von
1898 gefordert. Umgekehrt liegt die Sache. Man hat nur auf die
erste beste Gelegenheit gewartet, die halbwegs wie ein Weltereignis
ersah, um den längst beabsichtigten Plan durchzuführen; wäre der
Transvaalkrieg nicht von selbst gekommen, so hätte man ihn er-
funden. Die angeblichen Aenderungen der Weltlage sind nicht Ursache,
sondern Vorwand.

Ebenso ist es eine Probe, wenn die Regierung an den patrio-
tischen Opfermut der Parteien appelliert. O nein, es gehört für
die Flottenschwärmer gar kein Opfermut dazu, den neuen Plan gut-
zuheißen. Die Kreise, deren parlamentarische Wortführer bereit sind,
die drei Milliarden zu bewilligen, opfern nichts, sondern verdienen
an dem Flottenplan; sie genehmigen die Opfer des Volkes, deren
wirkliche Vertreter sie sind, die maßlosen Forderungen stimmen werden.
Die Patrioten im Opfermantel profitieren bei dem Handel, und die
vaterlandlosen Flottengegner bezahlen die Preise. Nichts ist eben
einträchtiger als der patriotische Opfermut.

Die Sitzung am Donnerstag begann infolgedessen ähnlich,
wie der vorhergehende Tag, als abermals ein prenh-
scher Minister Angriffe aus dem Hause abwehrte. Aber dies-
mal sprach nicht der unheilige Johannes, der sich mit Stolz einen
Agrarier nennt, sondern der Eisenbahnminister Thielen, der recht
temperamentvoll gegen die Agrarier sich wandte. Er nahm die
von Kardorff läppisch angegriffenen, und von Fern v. Frege durch
die Annahme objektiver Unfähigkeit „verteidigten“ Wasser-
bauentwässer energisch in Schutz und erklärte später in einer zweiten
Rede, die Landwirte sollten sich nicht einbilden, daß sie allein auf
der Welt wären. Der Gegenfag, der auch innerhalb der preuhischen
Regierung kofft, zeigte sich deutlich in dem gestrigen Verhalten
Miquels und in dem heutigen Thielen.

Die geistige Bedeutung der letzten Sitzung liegt in der großen
zweieinhalbstündigen Rede Eugen Richters. Dieser Meister
negativer Kritik sprach außerordentlich wirksam. Seine Rede war
reich an glücklichen und sein geistigen Einfällen. Mit seiner Ge-
schicklichkeit, vollstimmlich derbe Pointen zu prägen, mit seinem
nüchternen Humor und der Handhabenheit eines in der Enge
gejundten Verstandes setzte er den schaumbrandenden Phantasten der
alldenklichen Weltmachtseligkeit hart zu. Auf den Fall Miquel ging
er nur am Anfang flüchtig ein. Dann aber widmete er die Ham-
burger Kasseriede einer schneidenden Kritik; sie wurde höchst
parlamentarisch über die Glasplitter seiner sorgsam gefeilten
Wendungen gezogen. Ergötzlich war die Darstellung, wie
die Flottenvorlage vorbereitet wurde. Der bedauerwerte Tirpitz
wurde gleichsam an sich selbst mitleidlos geröstet, und Bülow's schöne
Konfessionsrede auf ihren inneren Wert geprüft. Richter schloß

mit einem Mißtrauensvotum für die Phantastepolitik; Bischoff rechts
und Beisatz links rang in wiederholten Ausbrüchen miteinander.

Die ganze weitere Sitzung bot dann nichts mehr von Bedeutung.
Der bairische Bundesratsbevollmächtigte v. Perchenfeld suchte
im Hurraton die Bedeutung des Bundesrats zu retten und Herr
Tirpitz übte sich wieder in seinem Talent, sich hineinzureden,
ohne diesmal durch eine kompromittierende Enthüllung die auf ihn
gesetzten Erwartungen zu rechtfertigen.

Richter von der freisinnigen Vereinigung, der zu den
feurigsten Flottenliebhabern gehört, bereitete im ersten Teil seiner
Rede der Reden, die im wiederholten Lachen zu erlösen drohte, im
zweiten Teil nur noch sich selber eine Freude. Dem Bündler
Röfide, der dem Regiment Hohenlohe allerlei Un-
schmeichelhaftes nachsagte und die verblüffende, mit stürmischer
Beitreibung begrüßte Entdeckung von sich gab, daß Hohenlohe und die
Seinen „demokratisch“ regierten, suchte Posadowsky mit einigen
inhaltleeren Sätzen zu begegnen. Was dann noch kam, war Spreu
und Abfall. Graf Lindow's tröm verklärte, die Konfessionen
wollten Hohenlohe nicht stürzen, der alldenkliche Hase äußerte seine
Befriedigung, daß die lange Jahre hindurch verpönten alldenklichen Be-
strebungen endlich von der Regierung anerkannt seien — eine sehr zu-
treffende und für die Billowleute vernichtende Bemerkung — und endlich
führte Herr Liebermann von Sonnenberg bittere Klage, daß Juden
sogar germanische Welsnamen annehmen dürften. Nachdem noch
Herr v. Kröcher den Grafen Posadowsky des Kapitalverbrechens
geziehen, er berge sich vor der Socialdemokratie, wurde der Etat
der Kommission überantwortet.

In den Weihnachtstagen wird nun die Presse den Kampf der
Mißtrauensvoten — die Hohenlohe, die Miquel! — weiterführen.
Die Socialdemokratie bleibt in diesem Streit um die Ruane des
kapitalistischen Interesses der unbeteiligten Zuschauer. Ihr Miß-
trauensvotum ist unabhängig von der Person des gerade amtierenden
Ministers, es gilt allen Trägern des Systems.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Dezember.

„Beweislose Verdächtigung.“

So nennt die „Köln. Volkszeitung“ die Aus-
führungen unseres Parteigenossen Webel am Dienstag
gegenüber der Haltung des Centrums zu den Plänen der
Flottenvermehrung. Das Blatt verwahrt sich entschieden
dagegen, als habe seine Partei sich irgendwie für die neuen
Marine-Absichten der Regierung engagiert.

Wir wünschen, es wäre an dem. Leider aber verbirgt
sich hinter der Heftigkeit der Worte gegen Webel eine ängst-
liche Besorgnis, daß er nur zu wahr gesprochen, nur allzu
richtig die weitere Entwicklung der Partei wieder vorhergesagt
haben könnte.

Nicht nur Webel hat das Centrum „verdächtigt“, vielmehr
sprechen sich die Blätter aller Parteien ganz ähnlich über die
Rede Liebers aus. So sagt die „Frankfurter
Zeitung“, die übertriebene Zurückhaltung des Centrums-
führers in der Kritik der Marineankündigungen mußte aus-
fallen und es sei kein Wunder, wenn daraus gefolgert werde,
daß man im Centrum versuchen will, einen Weg zur
Verständigung zu finden. Und der Korrespondent
der „Kölnischen Zeitung“ bezeichnet als erschreckende
Thatfache „die aus der Rede des Dr. Lieber zu entnehmende
Wahrscheinlichkeit, daß ein großer Teil des
Centrums für die Flottenvorlage zu gewinnen ist“.

Ran muß auch zur diejenige Stelle der im Auftrage seiner
Fraktion von Dr. Lieber gehaltenen Rede, welche die Stellung
derselben zu dem künftigen Gesetzentwurf behandelt, aufmerksam
nachlesen und jeder Zweifel über das, was von jener Partei
zu erwarten ist, verschwindet völlig. Herr Lieber sagte:

„Aber ich will mich nicht in Einzelheiten einlassen, ich glaube,
die verbündeten Regierungen werden, was die Verdoppelung der
Flotte in der in Aussicht genommenen Frist anlangt, noch mit
sich reden lassen. In Bezug auf die Art der Beschaffung der
Mittel kann ich seitens meiner politischen Freunde wenig, um
nicht zu sagen gar keine Geneigtheit in Aussicht stellen, heute
schon sich dafür zu erklären, sämtliche betraute 80 Millionen,
und es werden ja schließlich noch mehr sein, zu bewilligen
und durch Anleihen zu decken. Selbstverständlich werden neue
Steuern erforderlich sein, von denen ja schon gesprochen worden
ist. Wir sind bis jetzt ohne erhebliche Anleihen und ohne
neue Steuern auskommen für das, was wir für des Reiches
Wohlfahrt als notwendig erkannt haben. Wir denken, bei einer
gehinderten Finanzwirtschaft werden wir auch noch über andere
Berge zu kommen wissen. Ebenso wenig kann ich seitens meiner
politischen Freunde irgend welche Geneigtheit erklären, heute sich
schon für die Pläne der verbündeten Regierungen zu engagieren.
Ich habe den gemessenen Auftrag, getreu unserer alten Uebung,
über eine Vorlage, die dem Reichstage noch nicht gemacht ist,
nicht vorher schon bindende Erklärungen abzu-
geben. (Beitritt links.)“

Bei früheren Militär- und Flottengesetzen waren die „Be-
denken“ des Herrn Dr. Lieber, wenn er in erster Lesung
Stellung nahm, weit größer, seine Gegengründe weit ein-
dringlicher, seine Kritik weit schärfer, was aber nicht
hinderte, daß im Laufe der folgenden Kommissionsberatungen
und weiteren Lesungen sich aus allem Wem und Aber ein
zwar gepreßtes, aber doch für die militärischen und mari-
nistischen Wünsche erfüllendes Ja hindurchrang. Jetzt hat er
schon vor der ersten Lesung des noch nicht einmal fertig-
gestellten Gesetzentwurfs so viel Bereitwilligkeit gezeigt, daß
wir nur neugierig sind, wie er die nötigen Pierkinste noch
zwei Lesungen hindurch leisten wird.

Wir wollen nicht zweifeln, daß der demokratische
Flügel, der sich zuweilen in der „Köln. Volksztg.“ aus-
spricht, höchst peinlich berührt ist von der Art, wie Herr
Lieber die Partei immer fester an den Wagen des mili-
tarismus spannt. Die rheinischen Herren thäten besser, sich
d a w i d e r kräftig zu wehren, statt andere, die jene Thatfache
feststellen, mit Beschimpfungen zu traktieren. —

Das Koalitionsverbot für politische Vereine

ist für Deutschland endlich beseitigt und damit eine Forderung er-
füllt, die seit Mitte der sechsziger Jahre von allen wirklich liberalen
und demokratischen Politikern immer wieder erhoben wurde.

In Preußen wurde das Verbot mit der Verordnung über das
Vereins- und Versammlungsweisen vom 11. März 1850, dem heute
noch bestehenden preuhischen Vereinsgesetz, eingeführt. Während der
Hochzeit der Reaktionsperiode der fünfziger Jahre wurde das
Drückende dieses Verbotes weniger empfunden, weil damals politische
Vereine, wenn ihre Aufgabe in etwas anderem als der Verherrlichung
der Regierungspolitik bestand, überhaupt nicht geduldet wurden.

Erst unter der „neuen Aera“ und dem mit dieser Periode
wieder hervortretenden politischen Leben wurde man sich des Hinder-
nisses, das durch die Verbotsbestimmung den politischen Vereinen be-
reitet wurde, bewußt, und es war besonders der National-
verein, der in der ersten Zeit seines Bestehens unter dem Ver-
bindungsverbot litt. Bei der Gründung des Allgemeinen
deutschen Arbeitervereins benutzte Lassalle die Er-
schränkungen, die die Liberalen in ihren Kämpfen mit dem Ver-
bindungsverbot gemacht hatten und bis Anfang der sechziger Jahre
gab es sogar unter den Führern des Allgemeinen deutschen Arbeiter-
vereins so naive Gemüther, die des Glaubens lebten, die Vereins-
organisation sei gesetzlich unangenehm.

Es war dem von Magdeburg nach Berlin berufenen Staats-
anwalt Lessendorf vorbehalten, diesen Glauben zu zerstreuen.
Im Februar des Jahres 1874 wurde der Allgemeine deutsche Ar-
beiterverein und die mit ihm verwandten Gewerkschaftsvereine wegen
angeblichen Verstoßes gegen das Verbindungsverbot polizeilich
geschlossen und die Leiter und Vorstände wurden später gericht-
lich bestraft. Den Organisationen der Eisenacher wurde das
gleiche Schicksal bereitet. Seit jener Zeit sind die Verfolgungen der
Arbeiter-Verbindungen in Preußen, Sachsen und Bayern — wo
die gleichen Vorschriften galten — nicht mehr abgebrochen, bis
mit dem Socialistengesetz die Arbeiter-Organisationen überhaupt
aus der Öffentlichkeit verschwanden. Nach Aufhebung dieses Ge-
setzes und der Neuorganisation unserer Partei blieb es dem Minister
v. Köller vorbehalten, den alten Coup auf Grund des Ver-
bindungsverbotes gegen unsere Partei-Organisation auf neuem zu
veruchen — um sich schließlich einer ganz gründlichen Niederlage
durch die Freipredung des Parteivorstandes und der Berliner
Parteiliste zu holen.

Seit diesem Mißlo versuchte man die politische Partei mit
vereinsgesetzlichen Scherezeien. Gewerkschaften dagegen be-
reitet man bis in die letzte Zeit Schwierigkeiten, wie der samole
Erlaß des Oberpräsidenten v. Bötticher gegen die Gewerkschaft
der Fabrik- und Landarbeiter beweist.

Daß gegen eine Bestimmung, die wie keine zweite geeignet ist,
dem Vereins- und Partieleben Schweregeiten zu bereiten, die
Opposition allezeit mit Entschiedenheit ankämpft, liegt nahe. So
wurde bereits bei dem ersten Versuche, ein deutsches Vereinsgesetz
zu schaffen, Antrag Biggers 1873, die Beseitigung des Verbindungs-
verbotes beantragt, leider ohne Erfolg, wie denn der damalige und
alle späteren Versuche, ein gemeinsames Vereins- und Versammlungs-
recht zu schaffen, an dem Widerstand der Regierungen scheiterte. Im
Jahre 1878 brachten unsere Genossen einen Antrag im Reichstage
ein, der kurz und bündig lautete:

„Alle Einwohner des Deutschen Reiches haben das Recht, ohne
polizeiliche Anmeldung oder Genehmigung zu jeder Zeit und in
jedem Orte — unter freiem Himmel wie in geschlossenen Räumen
— sich zu versammeln und Vereine zu politischen Zwecken zu
gründen.“

Alle Vereins- und Versammlungsgesetze der deutschen Einzel-
staaten sind aufgehoben.

Der Reichstag fand keine Zeit, den Antrag zu verhandeln. Von
Interesse ist, daß dieser Antrag, außer von reichsständischen Protokollern
auch von dem damals frisch gewählten Centrums-Abgeordneten
Stögel durch Unterschriften unterstützt wurde. Ob dieser katholische
Renommierarbeiter auch heute noch seine Unterschrift unter einen
socialdemokratischen Antrag hergeben würde?

Erst 1893 wurde die Vereinsgesetz-Campagne im Reichstage wieder
aufgenommen und zwar stellten die Freisinnigen und unsere Genossen
bezügliche Anträge, die in der Session 1894/95 wiederholt wurden.
Ein verhältnismäßig liberaler Entwurf, der in der Kommission aus-
gearbeitet wurde, fand im Plenum gegen die Stimmen der Rechten
auch Annahme, wurde aber von der Regierung abgelehnt.

Wie dann die Abstimmung über das Bürgerliche Gesetzbuch be-
nutzt werden sollte, um das Verbindungsverbot aus der Welt zu
schaffen, wie der Reichskanzler und der Minister von Bötticher ihr
Wort für die Beseitigung des Verbots vor Ablauf des Jahres 1890
einsetzten und wie die preuhische Regierung mit der lex Reede den
Verlauf, die Einlösung des Kanzlerwortes zur Erfüllung un-
reaktionärer Wünsche zu benutzen gedachte, ist unsern Lesern
bekannt. Endlich ist es dem Kanzler gelungen, sein verpöndetes
Wort einlösen zu können. Es hat ihm die giftigsten Wortwürfe
von der rechten Seite eingetragen, daß er diese einfache Ehrenpflicht
erfüllt hat. Bei den Hochtäuscher-Manieren, die für das Groß-mierere
Konfessionen auf dem Gebiete der Politik gelten, können sie nicht
begreifen, daß der Kanzler nicht anders handeln konnte.

Mit dem Fortfall des Verbindungsverbotes tritt auch au
unsere Partei die Frage der Neugestaltung der
Partei-Organisation heran und es wird Sache
des nächsten Parteitages sein, diese Angelegen-
heit zu regeln. —

Deutsches Reich.

Terrorismus einer Staatsbehörde.

Die sächsischen Staatsbahn-Arbeiter wollen den Versuch, ihr
Koalitionsrecht einzuschränken, nicht ruhig hinnehmen; sie haben aus

Kauf der kaiserlichen Interpellation eine Verfassung ein-
berufen, die zu der Interpellation und der Landtagsdebatte Stellung
nehmen soll und inzwischen durch das direkte Koalitionsverbot der
Generaldelegation noch reichlicheren Stoff bekommen hat.

In einer an Verblendung streifenden Konsequenz setzt die
Generaldelegation ihrem Terrorismus die Krone auf, indem sie durch
einen Aufschlag in den Verfassungen jedem die sofortige Entlassung
androht, der diese Verfassung befehlt. Ein solches, zwar
leider nicht strafbares, wohl aber dem Geiste der Gesetze entschieden
widerstrebendes Verfahren muß die Erbitterung unter den Eisen-
bahnarbeitern auf eine Höhe treiben, daß die Verwaltung wohl noch
in die Lage kommen dürfte, ihr Thun zu bereuen.

Nach der sächsischen Verfassung haben alle Staatsbürger das
Recht, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Darf eine
Staatsbehörde für die Arbeiter ihrer Betriebe diesen Verfassungs-
grundsatz durch eine einfache Verfügung aufheben?

Den Feldzug gegen Hohentlohe sehen die Agrarier eifrig
fort. Die sanften Vorhaltungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ wider die
Konservativen werden von der „Deutschen Tageszeitung“
in ihrer Donnerstags-Morgenausgabe mit der Erklärung beantwortet,
daß allerdings Fürst Hohenlohe nichts für die Landwirtschaft
gethan habe und nichts von ihm zu erwarten sei. Da diese Lage allzu
dunkel ist und nicht geeignet, die agrarische Feindschaft gegen den
Reichskanzler zum Erfolg zu führen, so läßt das Blatt in seiner
Donnerstags-Abendausgabe das vielleicht an gewissen Stellen wirksamere
Wesent des roten Antimonarchismus tanzen. Das Graf Kosakowitsch
vom „Vorwärts“ das Zeugnis erhielt, nicht stets das Allerbeste
nützlichste zu reden, daß Fürst Hohenlohe noch immer nicht die anti-
monarchische Sozialdemokratie außerhalb der staatsbürgerlichen
Gleichberechtigung zu stellen vermocht hat. — Die Einschüpfung dieser
Zobianen soll den Beweis erbringen, daß es mit dieser Regierung
nicht so fortgehen darf. Die Junker lamentieren immer dann am
meisten über mangelnde Königstreue anderer; wenn ihnen die
im Vertrauen ihres Königs stehende Regierung nicht zur Befriedigung
jeglicher Gabel bereit steht. —

Der Bundesrat überwiegt in der Donnerstags-Sitzung die Vor-
lage betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Bestrafung der
widerrechtlichen Entziehung fremder elektrischer Arbeit und betreffend
die Entwurfs einer kaiserlichen Verordnung über das Inkrafttreten
der Militär-Strafprozess-Ordnung vom 1. Dezember 1898 sowie von
Bestimmungen zur Herstellung einer Kriminalstatistik für das deutsche
Heer und die kaiserliche Marine den zuständigen Ausschüssen. Der
Entwurf eines Gesetzes betreffend einige Änderungen von Be-
stimmungen über das Postwesen und der Entwurf einer Fernspre-
chgebühren-Ordnung wurden in der Sitzung der Reichstags-Beisitzer
angenommen. Ferner wurde Uebereinstimmung dahin festgestellt,
daß als Anfang des neuen Jahrhunderts der 1. Januar 1900
gelten solle. —

Bosen, 14. Dezember. Der Probst Dullmann in Ratibsch, der
bei der letzten Rekursentscheidung die Entfernung der Fahne
aus der dortigen katholischen Kirche verlangte, hat nach Meldungen
hiesiger Blätter auf seine Probststelle verzichtet. —

Gießen, 13. Dezember. (Fig. Ver.) An Stelle des Abg. Mey,
der sein Landtagsmandat niederlegte, wurde heute von den drei
Jahren in der Stadt Gießen gewählten freisinnigen Wahlmännern
der kürzlich zum Justizrat ernannte frühere Reichstags-Abgeordnete
Dr. Gutfleisch gewählt. —

München, 13. Dez. (Fig. Ver.) Im Landtag begann heute
die Specialdiskussion über den Militäretat. Genosse Dertel
brachte mehrere Fälle zur Sprache, die auf die militärische Rechts-
pflege ein recht eigenartiges Licht werfen. So wurde ein Offizier,
der Reservisten beurlaubt und vor ihnen ausgespuckt hatte, von der
Anklage der Beleidigung freigesprochen, weil ihm die Absicht der
Beleidigung gefehlt habe. (Der Aspirant einer Reservisten-
militärbildung, ein Gefreiter, wurde garnicht zur Rechenschaft
gezogen. Zum Schluß unterzog der Redner die Unter-
bringung und Verbringung der militärischen Gefangenen sowie die
beliebte Verallgemeinerung der Disziplinarstrafen bei Vergehungen
einzelner Soldaten einer scharfen Kritik. Kriegsminister v. A. H.
erklärt in die Rechtsprechung der Militärgerichte sich nicht einmischen
zu können. — Genosse v. Hollmar findet es begründlich, wenn die
Verallgemeinerung von Strafen zu Gewaltthatigkeiten gegen die
Schuldigen führe. — Beim Kapitel Gouverneure und
Kommandanten kritisieren die Genossen Dertel und Huber
den Boykott gegen Geschäftsleute, der von den Militär-
behörden geübt werde. — Zum Kapitel Naturalverflechtung
begründet schließlich Dr. Heim (L.) den Antrag betreffend Anlauf
von inländischen Waren direkt von den Produzenten.

Karlsruhe, 14. Dezember. (Telegr.) Landtag. Vor Eintritt
in die Beratung des Antrages Müller und Genossen, betreffend die
Instruktion der badischen Bundesratsbevollmächtigten hinsichtlich
des Gesetzes „zum Schutze der Arbeitswilligen“ verlas der
Präsident eine vom Staatsministerium eingegangene Erklärung,
welche besagt:

Die großherzogliche Regierung ist nicht in der Lage, über
den Inhalt eines vom Reichstage abgelehnten Gesetzes noch nach-
träglich im Landtage in Diskussion einzutreten. Sie vermag sich auch
über den Verlauf der Beratung im Bundesrat nicht zu äußern.
Zur Begründung, daß badische Sonderinteressen nicht berührt
würden, bezieht sie sich auf den vom Bundesrat einstimmig an-
genommenen Gesetzentwurf über den Schutze der Arbeitswilligen
und auf die dem Entwurfe beigegebenen Motive. Künftigen
Gesetzesvorlagen gegenüber behält sich die Regierung freie Ent-
scheidung nach sorgfältiger Prüfung vor.

Nach dieser Erklärung wurde die Sitzung auf Antrag Wader
(Centrum) auf eine halbe Stunde unterbrochen. —

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Wien, 14. Dezember. Der Bundesauschuss hielt heute
vormittag eine Sitzung ab, welcher sämtliche Minister beizwohnten.
Der Vorsitzende im Ministerium Graf Clary gab eine Erklärung
ab, daß es der Regierung fern liege, das czechische Volk feindselig
behandeln zu wollen, daß sie aber die streitenden Parteien um eine
vernünftige Auffassung der Verhältnisse im Staatsinteresse ersuche. —

Schweiz.

Bern, 14. Dezember. Die vereinigte Bundesversammlung
wählte heute in den Bundesrat auf drei Jahre: Deudler-Thurgau
(radikal), Hauser-Jürich (radikal), Zemp-Luzern (liberal), Müller-Bern
(radikal), Wremmer-Basel (radikal), Comte-Reuvenburg (radikal),
Ruchet-Baadt (radikal). Zum Bundespräsidenten für das Jahr
1900 wurde Hauser, zum Vizepräsidenten des Bundesrats Wremmer
gewählt. —

Frankreich.

Paris, 14. Dezember. Die Regierung wird am 18. d. M. in
der Deputiertenkammer den Antrag auf Bewilligung von zwei
vorläufigen Budgetzweckstellen einreichen. —

Spanien.

Madrid, 13. Dezember. Die Deputiertenkammer lehnte mit
101 gegen 100 Stimmen einen Antrag ab, der dahin ging, den Posten
des Unterstaatssekretärs im Marineministerium sowie den eines
Privatsekretärs des Marineministers abzuschaffen und sämtliche Ge-
hälter zu kürzen; die geringe Majorität läßt annehmen, daß eine
Ministerkrise bevorsteht.

Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Abg. Richter (fr. Vg.):

Es ist ganz unmöglich, bei der Erörterung dieser Flottenfrage
die Person des Kaisers aus dem Spiele zu lassen. Mit dem Abg.
Nichter bin ich einverstanden, daß die Zulassung der Vor-
lage stark zu bedenken Anlaß giebt. Aber glaubt Herr Richter, daß die
persönliche Initiative des Kaisers allein eine Bewegung im Volke
entfachen kann? Das Volk will die Flottenvermehrung. Ist denn
die Zuchthausvorlage nicht auch aus der Initiative des Kaisers
herorgegangen und hat sich das deutsche Volk nicht einstimmig da-
gegen erklärt? (Sehr gut! b. d. fr. Vg.) Siebt das Verhalten
unserer Professoren und nicht zu denken? Haben sich diese Männer
der Wissenschaft nicht gegen das Schulgesetz erklärt, während sie sich
jetzt mit Begeisterung für die Flotte ins Zeug legen. Thun Sie
das etwa aus Liebenswürdigkeit? Gewiß nicht! Im Volke ist der
Instinkt für die Notwendigkeit einer Flottenvermehrung lebendig und
Volkstimme soll man nicht unbeachtet lassen. Ich bin mit Herrn
Nichter einverstanden: Man soll keinen Gegenabbat gegen Leute
veranlassen, weil sie eine andere Ueberzeugung haben. Deshalb
verlangen auch wir, daß kein Gegenabbat gegen uns veranlassen
wird, die wir von der Notwendigkeit der Flottenvermehrung durch-
drungen sind. Seit 25 Jahren kämpfe ich schon gegen die An-
schauung, daß Landesverteidigungsfragen mit dem Wesen des
Liberalismus gar nichts gemein haben, daß man nicht weniger
liberal ist, wenn man Herres- und Flottenvermehrungen, die man
für nötig hält, bewilligt. (Sehr gut! bei der freisinnigen Ver-
einigung.)

Analen wir uns doch nicht damit ab, Herrn Tirpitz Wider-
sprüche nachzuweisen! Gewiß, er hat sich in Widersprüche verwickelt,
aber darauf kommt es doch nicht an, sondern ob sich die allgemeine
Bewegung wirklich in den letzten zwei Jahren verändert hat. Und ist
dies der Fall, so ist damit die Verneinung der Flotte zu begründen.
Vorher ich weitergehe, muß ich eine Verichtigung des Statistiker „Dullman“
zu der Rede des Herrn Abg. Webel mitteilen. Der „Dullman“ weiß
nach, daß er nicht, wie Herr Webel behauptet hat, die Arbeiter-
zahl vermindert, sondern erheblich vermehrt hat. (Hört! hört!) Und
dies ist nicht einen ausländischen Arbeiter beizufügen. (Hört! hört!)
Ich freue mich, daß sich die Konservativen jetzt als stolze Wächter
der Verfassung und Meinungsfreiheit in der Volkvertretung
geben, während vor 20 Jahren konservative Männer jubelten,
als liberale Männer gemahngelt wurden. In der Verteidigung der
Meinungsfreiheit werden mich die Konservativen stets an ihrer Seite
finden. Ich schlage Ihnen vor, ein Gesetz zu machen, wonach das
passive Wahlrecht der Beamten aufgehoben wird. (Sehr gut!)
Am meisten verstimmt scheinen die Herren darüber zu sein, daß der
Reichskanzler nicht seine Hand zu scharfen wirtschaftlichen Maß-
nahmen gegen Amerika geboten hat. In der agrarischen Presse
war beständig zu lesen, wie klein und erbärmlich und schließlich
unser äußere Politik gegen England und Amerika sei. — Redner
polemisiert gegen den Bund der Landwirte unter steigender Annäherung
und lauten Gelächter der Redner. — Die Regierung hat es sich
selbst zuzuschreiben, wenn die Agitation des Bundes der Landwirte,
der die konservative Partei beherrscht, so großen Umfang angenommen
hat, denn die Bundesorganisationen sind nur durch die Unter-
stützung der Landräte und Beamten so gewachsen. (Viele
Zwischenrufe und lautes Gelächter rechts) ...

Vizepräsident Schmidt

bittet den Redner, auf die Zwischenrufe nicht einzugehen; er möge
es ihm, dem Präsidenten, überlassen, ihn, den Redner, zu schämen.

Abg. Richter (fortfahrend):

Bisher waren im Parlament Zwischenrufe ebenso üblich, wie
Erwiderungen darauf. Ich sage mich jedoch dem Vorschlag (Seiterkeit)
und wende mich dem Etat zu. Redner erklärt sein Einverständnis
mit einer Reichs-Erbischafts- oder auch Reichs-Bermögenssteuer. In
der Flottenfrage will ich mich nicht binden, doch verspreche ich
mit Mühsicht auf die veränderten Verhältnisse im deutschen See-
verkehr eine unbefangene Prüfung, wenn die Vorlage kommt.
Wir brauchen eine starke Flotte, aber keinen starken Mann, der
den Sozialdemokraten an die Gurgel will. Fürst Bismarck wollte
es, es ist ihm nicht gelungen, im Gegenteil, die Sozialdemokratie
ist unter ihm größer geworden. Ich danke dem Staatssekretär
Grafen v. Posadowsky für die Worte, die er gestern darüber ge-
sprochen hat. Es war bezeichnend, daß in der Volkvertretung ein Minister
gegen eine Partei diese Rechtsgrundlagen vertreten mußte. Ich habe das
Vertrauen zum Herrn Staatssekretär, daß er dafür sorgen wird,
daß auch gegen die Sozialdemokratie nicht gegen die Gesetze
gehandelt wird. Wir geben dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen
Amts recht, wenn er seine Politik nach großen Zielen leitet. Aber
mit diesen Zielen, die einen Weltkampf beabsichtigen sollen, ist eine
Politik von Einflußverboten und Protrotektionen unvereinbar.
(Beifall bei der freisinnigen Vereinigung.)

Abg. Rösche (Bund der Landwirte)

schließt sich dem Mißtrauensvotum des Abgeordneten Grafen
Limburg gegen den Reichskanzler an. Der Bund der Land-
wirte ist mit der Politik des Reichskanzlers nicht weniger wie ein-
verstanden. Die Beamten braucht der Bund nicht, er selbst hat
diesen Herren den Austritt nahe gelegt und ist ganz damit einver-
standen, daß den Beamten der Austritt untersagt wird. Herr Sattler
hat dem Herrn Reichskanzler ein Vertrauensvotum ausgestellt. Ich
kann mir nicht denken, daß er dieses im Namen seiner ganzen Partei
angebracht hat, daß die Herren der Partei des Herrn Sattler damit
einverstanden gewesen sind, die sie sich auf das Programm des
Bundes der Landwirte verpflichtet haben. Der Reichskanzler hat
in einem offiziellen Artikel gesagt, er habe viel für die Landwirtschaft
gethan. Die Landwirtschaft ist den Vorkontingen weiter gegangen.
Wo ist der Reichskanzler, der das Vorkontingement ausführt
zum Schutze der Landwirtschaft, wo ist der Reichskanzler, der einen
Anstand beseitigt, wonach die Prachtarife für russischen Zucker auf
deutschen Bahnen billiger sind, als die für einheimischen. Auch in der
Frage der amerikanischen Einfuhr ist die Landwirtschaft durch das
Verhalten der deutschen Regierung erheblich geschädigt worden. Wo
ist der Reichskanzler, der die Interessen der Landwirtschaft hier ge-
schützt hat? (Große Seiterkeit.) Wir haben keine konservative, keine
liberale, sondern geradezu eine demokratische Regierung. Wo es
sich um den Schutze staatsverhaltender Interessen handelt, verbarst sie
überall in Unthätigkeit. Vorschub wird nur demokratischen Ten-
denzen geleistet. (Gr. Seiterkeit.) Zum Eingangs: sozialdemokratischen
Tendenzen.) Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat hier eine sehr
schöne patriotische Rede gehalten, und ich kann ihm auch im allgemeinen
beifügen; aber ich muß doch bedauern, daß er durch seine Be-
teiligung an der Reichs-Zug England dieser einen höchst politischen
Anspruch gegeben hat. Die Rolle, die wir gegenüber Amerika spielen,
ist auch nicht beneidenswert. Wir verharren dabei noch viel zu sehr
in der Rolle des bescheidenen Handelsmannes. Was jetzt haben wir
immer noch gegeben und wenn das so weiter gehen soll, zum Nach-
geben brauchen wir keine Flotte. Herr Webel sprach über den
Boerenzug. Ich möchte ihm erwidern, daß nicht die guten Annonen und
Gewehre der Boeren allein es sind, welche die Ueberlegenheit der
Boeren ausmachen. Die Hauptsache ist, daß die Boeren ein Vauern-
volk sind, und gerade das muß auch für uns die Lehre abgeben, den
Bauernstand zu stärken.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Der Vergleich des Herrn Vorkontingenten zwischen Deutschland
und dem Lande des kleinen tapferen Boerenvolkes, das jetzt so allgemein
bewundert wird, war doch etwas lässig. Will er etwa in Deutschland
Zustände einführen, wie sie in dem weiten Lande von Transvaal
herrschen? (Sehr gut! links.) Man kann doch so paradoxe Dinge
nicht vergleichen. Beweisen thut man damit gar nichts. (Sehr
richtig! links.)

Ich habe immer bekannt, daß ich ein aufrichtiges, warmes
Interesse für die Landwirtschaft habe, weil ich der Ansicht bin, wir
sollten eine kräftige landwirtschaftliche Bevölkerung in Deutschland
aus politischen und sozialen Gründen erhalten und emporheben. (Sehr
richtig! links.)

richtig! rechts.) Diese Auffassung habe ich ganz offen ausgesprochen
auch da, wo vielleicht an anderen Stellen ganz abweichende Ansichten
herrschten. Aber ich habe den dringenden Wunsch, daß die Herren
vom Bund der Landwirte, welche gewiß aus innerster Ueberzeugung
die Interessen der Landwirtschaft wahren, dies in einer Form thäten,
die weniger geeignet wäre, die Gegnerschaft anderer Berufs-
gruppen des Landes hervorzurufen. (Sehr richtig! links.) Das
wäre länger im Interesse namentlich der wichtigen Ver-
handlungen, die uns im nächsten Jahre bevorstehen. Herr
Rösche hat nun sehr heftige Angriffe gegen den Reichs-
kanzler gerichtet. Er sagt, die Regierung läme ihm vor wie ein
Kantjushball, den jeder pressen und drücken kann. Ich habe den
Eindruck, daß Herr Rösche nur unzufrieden damit ist, weil er diesen
Kantjushball nicht drücken und pressen kann, wie er will. (Beifall
Einstimmig links.)

Herr Rösche hat gesagt: „Was ist nun eigentlich im Reiche für
die Landwirtschaft geschehen? Die Schwerkraft der Verwaltung
auf landwirtschaftlichem Gebiete liegt doch aber in den Einzelstaaten.
Das Reich konnte nur durch Handelsverträge etwas für die Land-
wirtschaft thun, diese sind aber bis 1903 vorläufig festgelegt.
Uebrigens haben wir ja auch ein Branntweinsteuer- und ein
Zuckererzeugnis im Reichstag gemacht, die doch auch wesentlich
im Interesse der Landwirtschaft liegen.“

Ein paar Worte möchte ich noch zu den Ausführungen des
Herrn Abg. Richter sagen. Er vertritt gewiß über eine glänzende
und für viele bestehende Vereinfachung. Ich habe sachlich so wohl
vorbereitete Neben von ihm schon oft gehört, wenn es sich darum
handelte, große Maßregeln auf dem Gebiete des Heeres oder der
Marine im Interesse des Vaterlandes auszuführen; immer aber
waren seine Neben kontra. Bei einer so tiefgehenden Frage ist es
doch verhältnismäßig nebensächlich, wie sie ins Leben getreten ist.
Die Hauptsache ist, sich darüber klar zu werden, ob das Ziel ein
sachlich berechtigtes ist. Worin liegt nun dieser Kern der
Flottenvorlage? Auch ich empfinde es schmerzhaft, daß unser
handelspolitisches Verhältnis zu Amerika kein ungetriebenes
ist, weil ich der Ueberzeugung bin, das gute Recht steht auf unserer
Seite. Amerika erhöht fortgesetzt seine Zölle, die der deutschen
Industrie außerordentlich lästig sind. Wir sehen also, wie dieser ge-
waltige Staat immer mehr nach sich gegen europäische Produkte
abzuschließen. England hat uns den Kontant gekündigt, durch den
es ausgeschlossen war, daß das englische Mutterland Vorzugszölle
in den einzelnen Kolonien gegenüber den deutschen Bundesstaaten
halte. Nun stellen Sie sich vor, daß Amerika sowohl wie England es
versuchen, unsere Produktion von dem Weltmarkt auszuschließen. Ein wie
verhältnismäßig kleiner Teil der zivilisierten und halbcivilisierten
Welt bleibt uns dann noch für die Ausfuhr unserer Fabrikate. Unter
diesen Umständen ist doch der Wunsch gerechtfertigt, daß wir
wenigstens auf dem uns noch verbleibenden Teile des Erdballs mit
gleichem Kräfte auszurüsten sind wie England und Amerika.
Das ist die eigentliche innere Ursache, weshalb in weiten Kreisen des
deutschen Volkes sich plötzlich das Verständnis für die Verstärkung
der Flotte haben gebrochen hat. (Sehr richtig! bei den Nationallib.)
Dem Grafen Caprivi wurde einmal eine Denkschrift vorgelegt, in
der ausgeführt war, daß die Erweiterung des kolonialen Gebietes
ohne Einfluß auf die Flotte wäre. Graf Caprivi schrieb an den
König: „Das ist sehr unrichtig; es wird der Tag kommen, wo die
Kolonien große Bedeutung für die Verstärkung der Flotte ge-
winnen werden.“ Dies Wort war ein prophetisches. Das
Bedürfnis nach einer Flotte stellt sich immer mehr heraus,
je mehr Kapitalien wir im Auslande haben. Wenn
die Mehrheit des Hauses einseht, wie brauchen eine starke
Flotte zur Entwicklung Deutschlands, dann müssen wir auch den
Kut haben, den Schritt zu unternehmen und dürfen uns vor den
Kosten nicht scheuen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Preussischer Eisenbahnminister Thielen:

Der Abg. Rösche hat die allgemeine Verkehrspolitik Preußens
aus dem Grunde angegriffen, weil dem russischen Zucker ermäßigte
Tarife gestellt worden sind. Die Thatsache ist richtig. Ich habe die
Rede nicht gehört, und will daher nur einige thatsächliche Auf-
klärungen zur Rechtfertigung der preussischen Staatsbahnen-
Verwaltung geben. Gerade auf diesem Gebiete sind wir in Preußen
sehr vorzüglich gewesen, und darauf ist im preussischen Landtag oft
genug verwiesen worden. Die Herren Landwirte glauben aber
ganz allein auf der Welt zu sein. (Sehr richtig! links,
große Annäherung rechts.) Die russischen Eisenbahnen haben sich
ihren nicht unbedeutenden Zuckerexport Ermäßigungen eintreten lassen.
Wäre nun preussischerseits die Konkurrenz nicht aufgenommen, so
hätten Danzig und Königsberg die Meeresküsten verloren. Ich halte
es gewiß für die Pflicht der preussischen Verkehrspolitik, der Land-
wirtschaft in dieser schweren Zeit beizustehen, aber sie möge auch
nicht vergessen, daß sie nicht allein steht auf dem Erdrund, sondern
daß auch noch andere wirtschaftliche Interessen in Betracht ge-
zogen werden müssen. (Beifall links.)

Abg. Herr v. Hohenberg (Welse):

Die Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine
hat auf uns keinen besonderen Eindruck gemacht, weil wir nicht
wissen, mit welchem neuen Vereinigungsgesetz der preussische Landtag
beglückt werden wird. Als Königstreuer Mann fühle ich mich ver-
pflichtet, auf die Gefahren hinzuweisen, die in einem
starken persönlichen Hervortreten eines Monarchen liegen.
So lange sich der Erfolg an die Fahnen des Monarchen knüpft,
geht die Sache gut, wenn aber das Gegenteil eintritt,
dann macht die Volkstimme den Monarchen für das
verantwortlich, was der verantwortliche Minister zu verantworten
hätte. Wo dann der Hause kleiner Schmeichler bleibt,
der sich in betrübender Weise auch bei uns breit macht, das zeigt
die Geschichte. — Die Politik Chamberlains erinnert an die Politik
Bismarcks vor 33 Jahren, wo man im Bündnis mit un-
garischen Rebellen unter Verletzung geschlossener Ver-
träge über Bundesgenossen mit Krieg herzog. — Redner
beipflichtet die auswärtige Politik und bezweifelt, daß in
Österreich überall Vertrauen zu Deutschland vorhanden ist.
Diese Grundlage für eine Weltmachtspolitik fehlt also. Die Herren
Agrarier handeln nicht logisch, wenn sie für die Flotten-
vermehrung eintreten und gleichzeitig über die Ventrös klagen.
Ich möchte Sie daher warnen, die Flottenvermehrung anzunehmen.

Abg. Graf Kintowström (L.):

Ich will nur noch auf das Verhältnis der konservativen Partei
zum Herrn Reichskanzler eingehen. Graf Limburg-Strum wollte
nicht die Stellung des Reichskanzlers erschüttern, das Recht, Minister
zu ernennen, steht allein der Krone zu. Wir wollen nur erklären,
daß wir in den wichtigsten innerpolitischen Fragen anderer Meinung
als der Reichskanzler sind. Wir werden alle Vorlagen sachlich prüfen
und nicht danach fragen, wer sie bringt, sondern welches der Inhalt
der Vorlage ist.

Abg. Haffe (natl.):

wendet sich zum Etat und zwar zu dem der Kolonialpolitik. Hier
müßte ich mich gegen die Nordwest-Kameruner Landkonzeption wenden.
An sich bin ich nicht gegen Konzeptionen, aber es kommt doch auf
das „Wie“ an. Die Nordwest-Kameruner Konzeption bedeutet
eine ganz ungerathene Verdrängung des Großkapitals.
Was die Flottenfrage anlangt, so wird man mir das Gefühl der
Befriedigung nicht verdenken können, das ich darüber empfinde, daß
nur auch von amtlicher Stelle aus anerkannt wird, was meine all-
deutschen Freunde und ich schon seit acht Jahren für richtig halten.
Wir haben wegen unserer unerlösten Flottenpläne viel Hohn und Spott
erbulden müssen, jetzt sind diese unerlösten Pläne von der Regierung
als berechtigt anerkannt worden.

Kolonialdirektor v. Buchka:

Die Frage der Kameruner Konzeption wird sich am besten in
der Budgetkommission erledigen lassen. Die Ansichten über die
Konzeptionen sind sehr verchieden. Ich habe soviel Lob wie Tadel
bewegen erhalten, und deshalb glaube ich, das richtige ge-
troffen zu haben. Ohne Hinzuziehung des Großkapitals geht
das nicht.

Ag. Liebermann von Sonnenberg (Antif.)

erklärt, obwohl sie nicht gegen den Schutz der Arbeitswilligen sei, doch seine Partei geschlossen gegen die Anträge Wülfing gestimmt habe. Die Aufhebung des Verbindungsverbotes begrüße er mit Freuden. Jetzt werden hoffentlich alle Parteien starke Organisationen zur Bekämpfung der Socialdemokratie bilden. Ganz zu bekämpfen werde sie nicht sein, wenn nicht statt des Wahlrechts die Wahlpflicht für den Reichstag eingeführt werde. Die Flottenvermehrung ist notwendig.

Ich freue mich über den bei allen Parteien vorhandenen antisemitischen Zug, der sich in der Abneigung gegen Herrn Schweinburg Luft gemacht hat. Ein dem Schweinburg würdiges Blatt ist das „Kleine Journal“, dem die Regierung seine Unerschämtheit einmal gründlich austreiben sollte. Wir brauchen eine starke Flotte, zweifelhaft ist mir nur, ob diese Regierung sie richtig wird verwenden können. Bei der Deckung der Kosten muß darauf Bedacht genommen werden, daß die schwachen Schultern nicht unnötig belastet werden. Vielleicht zieht man doch eine Reichs-Einkommensteuer unter Heranziehung der großen Einkommen in Betracht. Redner verbreitet sich vor leer gewordenem Hause über die Notwendigkeit einer kräftigen Mittelstandspolitik und beklagt es, daß Juden das Recht erhalten, urdeutsche Namen anzunehmen. Regierungspräsidenten, die derartige Namensänderungen befürworten, sollten gezwungen sein, den Namen des Juden anzunehmen, dem sie zur Namensänderung geholfen haben. (Weiterkeit.)

Abg. v. Krüger (konf.):

Herr Graf Posadowsky hat zum Beweis, daß die Regierung nicht unthätig der Socialdemokratie gegenübersteht, auf das Luftkurgesetz, auf die Vereinsvorlage und das Arbeitswilligen-gesetz hingewiesen. Alle drei sind aber abgelehnt worden und in allen drei Fällen hat die Regierung von ihrem verfassungsmäßigen Recht nicht Gebrauch gemacht und nicht versucht, diesem Versuch zur Bekämpfung der Socialdemokratie den notwendigen Nachdruck zu geben. Meiner Ansicht nach hat die Regierung vielmehr durch die Aufhebung des Verbindungsverbotes ein Kompliment vor der Socialdemokratie gemacht. Dies Kompliment liegt nicht darin, daß das Verbindungsverbot überhaupt aufgehoben worden ist. Es liegt vielmehr in der Art der Aufhebung und in der Wahl des Zeitpunktes dafür.

Sodann bin ich unangenehm berührt durch die Erklärung des Stellvertreters des Reichskanzlers, daß der Kampf gegen die Socialdemokratie aufzugeben sei. (Graf Posadowsky schüttelt den Kopf.) Aus dieser Erklärung kann ich nur herauslesen den berühmten Mut der Kaltblütigkeit. Ich sehe daraus, die Regierung scheint zu meinen, nachdem die Arbeitswilligen-Vorlage gefallen ist, siehe kein Mittel mehr zur Verfügung, etwas gegen die Socialdemokratie zu unternehmen. (Abgeordneter Rebel: Was soll sie denn machen?) Das ist Sache der Regierung. (Stillsitzende Weiterkeit.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Wenn ich verzichte, heute auf die Rede des Abgeordneten von Krüger zu antworten, so geschieht es, um dem Wunsch des Hauses, bald zu schließen, Rechnung zu tragen. Ich behalte mir aber vor, bei nächster Gelegenheit darauf zu antworten.

Abg. v. Orsola (natl.) (Unruhe):

Fürchten Sie nicht, daß ich eine Rede halte. Ich wollte nur die Frage des Herrn Abg. Köstke beantworten, ob wir Vertrauen zum Reichskanzler hätten. Darauf erwidere ich: Ja! (Weifall bei den Nationalliberalen), wodurch unsere Stellung in wirtschaftlichen Fragen in keiner Weise präjudiziert ist.

Sternit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt

Abg. Rebel:

daß er durchaus nicht das gesagt habe, wogegen Abg. Richter die Verichtigung des „Sullan“ angeführt hätte. Ich habe ausdrücklich bemerkt, daß der „Sullan“ vor drei Jahren 2000 und gegenwärtig 2500 Arbeiter beschäftigt, und die Behauptung, daß der „Sullan“ answärtige Arbeiter beschäftigt, ist weder direkt noch indirekt aufgestellt worden. Es liegt hier also ein offener Irrtum des „Sullan“ und des Abg. Richter vor.

Abg. Richter

bemerkte dem Abg. Liebermann v. Sonnenberg auf die Frage, ob er (Richter) sich Deutschland ohne Flotte denken könne, er halte eine Flotte für notwendig. Welche Stärke diese in Zukunft habe, sei gegenwärtig gar nicht in Frage.

Rummeß wird der Etat in seinem Hauptteil der Budgetkommission überwiesen.

Präsident Graf Ballestrem:

Nach diesen sauren, arbeitsreichen Wochen wünsche ich den Herren ein frohes und legendreiches Weihnachtsfest und recht glückliches Neujahr. (Lebhafter Weifall.)

Nächste Sitzung: Dienstag, 9. Januar 1900, 2 Uhr. Reichs-Schuldenordnung, Rechnungsachen, Wahlprüfungen, Petitionen. Schluß 7 1/2 Uhr.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

57. Sitzung vom Donnerstag, den 14. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher-Stellvertreter Stadtv. Micheler eröffnet.

In den Ausschuss für den Antrag Kallisch betreffend die Reform des Reglements der städtischen Feuer-Societät sind auch die Stadtverordneten Stadthagen und Bernau gewählt. Der gemischten Deputation zur Vorberatung über den Erlass eines Ortsstatuts für die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Hausindustriellen wird auch Stadtv. Borgmann angehören.

In Sachen der einheitlichen Regelung des Submissionsverfahrens liegt der vom Stadtv. Kili erstattete Ausschussbericht vor. Daß die Ausschussbeschlüsse ganz einseitig im Unternehmerinteresse ausgefallen sind und auch nicht den elementarsten Anforderungen gerecht werden, die im Interesse der bei der Ausführung städtischer Submissionsaufträge beschäftigten Arbeiter erhoben werden müssen, ist schon vor 8 Tagen von uns im einzelnen nachgewiesen worden. Nach diesen Beschlüssen soll der Magistrat ersucht werden, in die Submissionsbedingungen folgende generelle Bestimmungen aufzunehmen:

1. Die Eröffnung der versiegelt abzugebenden Offerten erfolgt im Eröffnungstermin in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten;
2. die Höhe der Sicherheitskaution soll in der Regel 5 Proz. des abgegebenen Gebots betragen;
3. Abschlagszahlungen können den Unternehmern und Lieferanten bis zu Reuzentheil des Wertes der ausgeführten Arbeiten und Lieferungen gewährt werden;
4. die Submittenten bleiben 4 Wochen nach dem Eröffnungstermin an ihr Gebot gebunden. Die nicht berücksichtigten Submittenten sind von der Ablehnung ihrer Gebote kurz zu benachrichtigen;
5. die Unternehmer sind verpflichtet, zu den vertragmäßigen Preisen Mehrleistungen bis zur Höhe von 10 Proz. zu bewilligen;
6. entgegen der bisherigen Bestimmung in den Bedingungen, daß bei Differenzen die Entscheidung des Anstaltsdirektors, Hauskurators oder der Deputation endgültig ist, soll in Zukunft dem Unternehmer der Rechtsweg offen stehen.

Von den Stadtv. Dupont u. Gen. ist hierzu der Antrag wiederholt worden, den Magistrat zu ersuchen, sämtliche Verwaltungszweige anzuweisen, in den Submissionsverträgen die Unternehmer zu verpflichten:

- a) die ordentlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche von den Arbeiterorganisationen anerkannt werden, für sich als bindend zu erachten,

- b) bei allen Neu- und größeren Umbauten den Arbeitern soweit als möglich zweckentsprechende Umkleide-, Wasch- und Schäume zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung zu stellen, desgleichen für geuligende, der Sittlichkeit und der Gesundheit entsprechende Worte zu sorgen,
- c) bei dem inneren Ausbau der Neu- und Umbauten während des Winterhalbjahres die Thür- und Fensteröffnungen so zu schließen, daß die Innenarbeiter gegen die äufferst gesundheitsgefährliche Zugluft geschützt sind, und ferner festzusetzen, daß in Räumen, in denen gearbeitet wird, offene Coaksfeuer nicht gebrannt werden dürfen.

Die neue Fraktion der Linken, Stadtv. Karl Goldschmidt u. Gen., beantragen folgende Beschluffassung:

1. Jede Zuteilung von Aufträgen ist davon abhängig zu machen, daß der betreffende Unternehmer seine Arbeiter zu den in der Branche ordentlichen bzw. zwischen Unternehmern und Arbeitern im Einigungsamt vereinbarten Arbeitsbedingungen beschäftigt.
2. Lieferanten, die ihre Waren in Strafanstalten herstellen lassen, sind von der Beteiligung an Lieferungen für die Stadt Berlin ausgeschlossen.

Stadtv. Karl Goldschmidt: Daß man die Unternehmer zur Anerkennung der in den Aufträgen erwähnten Bedingungen nicht sollte verpflichten können und daß keine Kontrolle über die Innehaltung gegeben sei, kann ich nicht zugeben. Das kaiserliche Kanalamt, sowie der preussische Handelsminister haben bekanntlich verfügt, daß Druckaufträge nur solchen Firmen übertragen werden sollen, welche den von den Prinzpalen und Schiffen vereinbarten Tarif anerkannt haben. Die Magistratsrate von Frankfurt, Leipzig und Hannover haben eine ähnliche Bedingung, wie mein Antrag will, vorgeschrieben; diese Kommunalvorstände sind also nicht der Meinung unseres Ausschusses. Von London aus hat die sogenannte anständige Lohnklausel ihren Siegeslauf in die englischen, französischen, holländischen, belgischen und schweizerischen Großstädte genommen. In Amsterdam geht man soweit, auch die Lohnzahlung nur in Gegenwart eines Gemeindebeamten vornehmen zu lassen. Das gegenwärtige Submissionswesen kann auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden. Bei einem Renanstraß Eisenbahnbrücke wurde ein Gebot von 8500, ein anderes von 3000 M. abgegeben! Bei solchen Unterbietungen muß es vorkommen, daß die Unternehmer schließlich am Arbeitslohn sparen wollen. Die maßlose Schmutzkonkurrenz würde durch diese Klausel zurückgebrannt werden. Die Gefängnisarbeit sollte aus unseren Submissionen ganz ausgeschlossen sein. Der Einwurf, daß die Stadt dieser Arbeiten überhaupt nicht vergeblich trifft, trifft nicht zu. In den Gefängnissen wird jetzt so ziemlich alles hergestellt, und kein Handwerker, kein Arbeiter kann mit einer Anstalt, wo nur der dritte Teil des Lohnes gezahlt zu werden braucht, konkurrieren. Ich bitte Sie, im Interesse des Berliner Handwerks auch diesen Antrag anzunehmen.

Stadtv. Esmann hält es für unthunlich, generelle Submissionsbedingungen vorzuschreiben: es soll das nur „nach Möglichkeit“ geschehen. Im Baugewerbe werde es kaum durchführbar sein.

Stadtv. Dr. Freny bittet, die Lohnklausel in der vom Stadtv. Goldschmidt beantragten Form anzunehmen. Erfreulich sei, daß der Antrag, welcher den Berlinern revidieren sollte, nicht wiederkehre. Einseitig soweit zu gehen, daß die von den Arbeiterorganisationen anerkannten Arbeitsbedingungen als maßgebend gelten sollen, dazu sei er außer Stande. Daß sich die Stadt in das Arbeitsverhältnis nicht zu mischen habe, sei ein überwindener Standpunkt. Wie solle die Stadt sonst Socialpolitik treiben? (Zurufe: Wollen wir ja gar nicht!) Das ist allerdings sonderbar, wollen Sie denn einen der größten Arbeitgeber, die Stadt Berlin, socialpolitisch ganz ausschalten? Ein Sprung ins Dunkle werde ja auch keineswegs gemacht. In England, dem Mutterlande des Manchesterismus, besuche die Lohnklausel für Städte mit 13 Millionen Einwohnern; die Städte, wo sie noch keine Geltung hat, repräsentieren nur 8 Millionen. Die Einigungsämter sollten ein Surrogat für die Trades-Unions sein.

Stadtv. Dupont: Wir sind durch die Ergebnisse der Ausschussberatung aufs höchste enttäuscht. Wir sind mit unseren Anträgen auf ein so starkes Manchesterium gestoßen, wie es sonst in den Ausschüssen nicht die Regel ist. Der Ausschuss will auch das Untere bieten verhindern, aber die Arbeiter sollen dabei nicht in geringster Mitzusprechen haben. Was die Ausschussmehrheit will, desavouiert jede Socialpolitik. Der verdorbene Stadtv. Wohlgenuth nannte das Submissionswesen den Stein der Weisen. Es ist ja sehr schwer, dasselbe zu regeln. Wir hören aber doch zahlreiche Beispiele einer anderswo bereits erfolgten erproblichen Regelung. Ich füge hinzu, daß der französische Arbeitsminister Millerand, allerdings ein Socialist, vorgeschrieben hat die Zahl der ausländischen Arbeiter, die ein Unternehmer annehmen darf, und sogar das Verbot jeder Accordarbeit. Soweit und wie lange nicht gegangen, wir haben nur vorgeschlagen, was noch irgend welche Aussicht auf Annahme haben kann. Auch in Frankfurt a. M. ist in einem entsprechenden Entwurf des Magistrats vorgeschrieben, daß Unternehmer nicht berücksichtigt werden können, die mit ihren Löhnen hinter den üblichen zurückbleiben. Aber unser Magistrat hat uns im Ausschuss kein Plänchen von diesem Geiste entgegengetragen. Immer und immer wurde hervorgehoben, die Stadt dürfe sich nicht in das Arbeitsverhältnis einmischen; nicht einmal den Arbeiterschutz will man von der Kommune angeordnet wissen. Wir gedenken ja im Grunde, das ganze Submissionswesen durch unser Wirken zu beseitigen. Aus dem Protokoll des ersten Bauarbeiter-Lohn-Kongresses citiere ich die Keuperung des Vertreters der Steinbrücker: Der Unternehmer ist in diesem Gewerbe abfolut überflüssig, denn er ist bloß ein Stellenvermittler, der sich seine Vermittlung sehr gut bezahlen läßt. Kenntnisse braucht er nicht zu haben, und auf dem Bau hat er nichts zu sagen. Er hat auch kein Rohmaterial zu liefern, er stellt nur das Handwerkszeug. Hier haben wir schon einen Fingerzeig, was es mit dem Submissionswesen auf sich hat; man erkennt daraus, wie principiaell richtig es wäre, wenn Berlin diese Arbeiten in eigener Regie durchführte. Auf künstlerischem Gebiete geschieht es ja zum Teil schon; der Meyer Dom-Platzmeister Tschornow hat sich durchaus dafür ausgesprochen, ebenso die Denkmal- und Kartell- der Bauarbeiter von 1895. Aber auch in dieser Beziehung haben wir uns sehr beschränkt. Wenn gegen unseren ersten Antrag eingewendet wird, daß man doch höchstens paritätisch verfahren dürfe, also auch die Unternehmerorganisationen mitzuprechen haben sollten, so schaffen Sie doch die Möglichkeit solcher Vereinbarungen gerade dadurch, daß Sie unseren Antrag annehmen. Sie haben keine Veranlassung, unsere Anträge pure abzulehnen. Professor Combar in Breslau hat die Bedeutung der Arbeiterorganisationen unbedingt anerkannt, und dieser Herr steht Ihnen doch sehr nahe. Daß mit der Anerkennung der anständigen Lohnklausel die Verhältnisse bessere und stabilere werden, versteht sich doch von selbst, dadurch werden auch die plötzlichen Streiks, über welche geklagt wird, mehr und mehr verschwinden, und die Unternehmer werden zu Verhandlungen geneigter sein. Unser zweiter Antrag, verehrte Anwesende (Weiläcker), . . . Wenn Sie über diesen kleinen Papus lachen, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß wir am vorigen Donnerstag, als Herr Spinola von Herrn Singer und seinen Trabanten sprach, zwar die Köpfe geschüttelt, uns aber nicht groß erregt haben. Im Ausschuss haben wir gehört, die Hausbesitzer in besseren Stadtteilen gäben die Worte nicht her. Damit treiben sie die Arbeiter in die Wirtschaft hinein. Die Frage wäre doch leicht zu lösen, wenn sich die Magistratsvertreter der Sache etwas freundlicher gegenübergestellt hätten. Die Bauverwaltung bemüht sich allerdings thätig in dieser Beziehung. Unsere Forderung, Umkleide-, Wasch- und Schäume zu gewähren, hat besonderen Anstoß erregt. Da ließ es, die entgegenstehenden technischen Schwierigkeiten seien zu groß. Mein Kollege im Ausschuss Bernau schlägt vor, einen Eisenbahnwagen vierter Klasse für Straßenbauarbeiten zu benutzen; darüber ging man einfach hinweg. Der dritte

Antrag wurde als überflüssig hingestellt, weil schon die Polizei dafür zu sorgen habe. Aber die Polizei thut so vielfach nicht, was sie im Interesse der Arbeiter thun soll (Unruhe), und es stände der Stadt wohl an, etwas Feuer dahinter zu machen. Nehmen Sie unsere Anträge gerade im Hinblick auf den jetzigen strengen Winter an!

Stadtv. Löben: Die Anträge unter b) und c) der Herren Dupont und Geppien sind schon jetzt baupolizeiliche Vorschriften und also ganz überflüssig. Die Lohnklausel führt uns, wenn man die Herren Breuh usw. hört, direkt ins Paradies, aber es hat nichts damit auf sich. Diese Vereinbarungen sind in jenen anderen Staaten nur ganz einseitig aufgestellt. In England ist jetzt gerade die Industrie zurückgegangen und von Deutschland überflügelt worden. (Widerrede.) Als Unternehmer kommt man im geschäftlichen Verkehr unter diesen Bedingungen nicht fort. (Zurufe.) Ich spreche als Geschäftsmann und glaube für meine Leute ein ebenso warmes Herz zu haben, ohne alle diese Klauseln. Was Herr Dupont zuletzt citiert hat, unterschreibe ich. Die Schäden aus dem Submissionswesen werden wir nie beseitigen; die Sache regelt sich nach Angebot und Nachfrage ganz von selbst. (Lachen und Weifall.)

Stadtv. Kleefeld bittet dringend um Ablehnung der gestellten Anträge, die nach den ersuchenden Darlegungen im Ausschuss wirklich nicht hätten wiederzulehnen brauchen. Das ungerechteste in den Forderungen sei die Verpflichtung auf die Lohnbedingungen der Organisationen gewesen; damit hätte man den Unternehmer einfach gebühert. Durch vom Jaun gebrochene Streiks und durch die Agitation arbeitsscheuer Elemente werde der Unternehmer schwer geschädigt, wie ihn (Redner) durch den Streik der Maurer selbst gesehen sei. Sonderbar sei auch der Antrag Bernau gewesen, für die Arbeiter Wagen zu bauen, um sie vor den Unbilden des Wetters zu schützen.

Stadtv. K. Goldschmidt: Mein Antrag wegen der Gefängnisarbeit hat keine Aufregung gefunden, wird also von Ihnen wohl angenommen werden. (Lebhafter Widerspruch und Weiterkeit.) Mein anderer Antrag hat ja gerade den Zweck, Streiks zu vermeiden. (Weiläcker.) Ja, dann haben Sie den Antrag nicht gelesen. Herr Löben meint, die Antragsteller hätten keine Ahnung vom praktischen Leben. Ich bin selbst Handwerker und habe die Unerschämlichkeit des heutigen Submissionswesens selbst durchgemacht. Die bessere Gestaltung der Zustände auf diesem Gebiete in England hat gerade die Folge, daß unter den englischen Arbeitern die Socialdemokratie zurückerst. Da der Magistrat heute schweigt, bitte ich auch die Anträge Dupont zu b) und c) anzunehmen.

Stadtv. Singer: Ueber das Schweigen vom Magistratsrat bin ich nicht erstaunt, denn wir sind ja in socialpolitischen Dingen an ein besonders intensives Schweigen des Magistrats nachgerade gewöhnt. Die von uns hier gestellten Anträge haben das Gute, daß sie den Unterschied an den Tag bringen, der zwischen Ihrem guten Willen in Worten und demjenigen in Thaten liegt. Wenn Herr Kleefeld über plötzliche Streiks klagt, so vergißt er zu erwähnen, daß im Baugewerbe keine Abfindungsfrist mehr vereinbart wird und der Arbeitgeber, der den Vorteil davon hat, auch dem Arbeiter das Recht lassen muß, davon Gebrauch zu machen. Höchst eigentümlich ist es doch, daß Sie bei solchen bescheidenen Anträgen, die Wohlhabens-einrichtungen für die Arbeiter wünschen, zur Bekämpfung der Streiks heranziehen und der Arbeiterklasse quasi erklären, daß sie wegen ihrer Handlungsweise diese Einrichtungen nicht verdienen. (Unruhe.) Nach solchen Erfahrungen können Ihre Veteurenungen für die Wohlfahrt der Arbeiter nicht auf besonders Verehrten stoßen. Daß bezüglich unserer Anträge sub b) und c) schon die polizeilichen Vorschriften bestehen, trifft nur bedingt zu. Es ist das allerdings formales Recht; aber weshalb soll der Magistrat den Unternehmer nicht verpflichten, diese Polizeivorschriften zu erfüllen? Denn das sie vielfach nicht erfüllt werden, erleben wir doch alle Tage. Nun vermiße ich in dem Protokoll einen ganz besonders wichtigen Punkt. Soll man sich nicht endlich in Berlin auch, wie z. B. in Leipzig, dazu bequemen, eine Bedingung aufzustellen, wonach Mitglieder der städtischen Behörden, Bürgerdeputierte usw. sich nicht an städtischen Lieferungen beteiligen dürfen? Ich halte das einfach für ein Gebot des Anstandes. Da man aber mit Anstandsgefühl die manchesterlich-kapitalistische Profitwelt nicht lirtiert, so muß eben das Geheh einschreiten und vorgehen. Es wäre eine sehr dankenswerte Aufgabe für unseren Rechnungsausschuss, sich die betr. Kollegen aus unseren Kreisen herauszusuchen. (Zurufe.) Wenn Sie neugierig sind, kann ich Ihnen einige nennen: Herr Reichow, Herr Dins, Herr Schulz, auch einen Bürgerdeputierten, der merkwürdigerweise in derselben Deputation für die Gaswerke figt, für die er Lieferungen übernommen hat, auch der Kollege Kl soll solchen Lieferungen nicht fern stehen. Zur Zeit, als der Electricitätsvertrag hier beraten wurde, sah, wie behauptet wird, nicht nur Herren vom Magistrat in verschiedenen Aufsichtsräten der Electricitäts-Gesellschaften, sondern man hat auch den Kollegen Rast als solchen bezeichnet, der eine erhebliche Lieferung für die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft angeführt hat. (Wachsende Unruhe.) An die Spitze aller Submissionsbedingungen hätte der Ausschuss die Vorschrift stellen müssen, daß Mitglieder der städtischen Behörden sich an Submissionen nicht beteiligen dürfen.

Bürgermeister Kirchner: Der Stadtv. Singer hat ausgeführt, zu der Zeit, als hier der Electricitätsvertrag beraten wurde, sei es offenes Geheimnis gewesen, daß Mitglieder des Magistrats im Aufsichtsrat der Electricitätsgesellschaft gesessen haben. (Stadtv. Singer: Habe ich nicht gesagt! Mißverständnis! — Zurufe von verchiedenen Seiten.) Dann erledigt sich die Sache damit. Ich hätte sonst zu erklären, daß mir nichts davon bekannt ist, und so lange Herr Singer nicht die Mitglieder bezeichnet hat, muß ich seine Behauptung in Abrede stellen.

Stadtv. Ramskau: Die Magistratsvertreter haben sich im Ausschuss ausführlich geäußert, und brauchen sich heute nicht zu wiederholen. Die Anträge zu b) und c) sind längst polizeiliche Vorschriften; wir bekommen gar keine Bauordnung, ohne daß diese Bedingungen hineingeschrieben wären. Glaubt Herr Singer, daß der Stimulus für den Unternehmer stärker ist, wenn wir das noch in die Submissionsbedingungen hineinschreiben? (Stadtv. Singer: Ja!) Die anerkannten Arbeitsbedingungen konnten wir nicht acceptieren, weil wir dadurch dem Unternehmer einseitig eine Fessel anlegen würden. Arbeiten, die in Gefängnissen geerdnet werden, submittieren wir nicht.

Stadtv. Raft: Herr Singer hat meine Person ganz unmetriert hier herangezogen. Vor Jahren habe ich bei einem solchen Ausschreiben mich beworben und die Arbeit ausgeführt. Ich bin noch nicht in der Lage wie Herr Singer, kein Geschäft zu haben. Soll denn nun dieser lange zurückliegende Auftrag mich verhindern, hier noch meiner Ueberzeugung zu stimmen? Ich werde mich in dieser Beziehung nicht um Herrn Singer kümmern.

Damit schließt die Debatte.

Stadtv. Singer (persönlich): Ich bin mißverstanden worden. Ich habe nicht gesagt, daß zur Zeit, als hier der Vertrag verhandelt wurde, es öffentliches Geheimnis gewesen sei, daß Mitglieder des Magistrats in verschiedenen Aufsichtsräten dieser Gesellschaften saßen, sondern daß, als hier darüber verhandelt wurde, Magistratsmitglieder in diesen Aufsichtsräten saßen und dann, daß es öffentliches Geheimnis gewesen sei zc. (Lebhafter Zurufe: Ra, was denn N, daß auch der Stadtv. Raft sich an Lieferungen für dieselben beteiligt habe. (Mehrfacher Widerspruch und Zurufe.) Ich beziehe mich auf das unkorrigierte Stenogramm.

Vorsteher-Stellvertreter Micheler: Wozu sollten wir denn kommen, Herr Kollege Singer, wenn Sie mit Ihren Verdächtigungen gegen Kollegen so fortfahren!

Stadtv. Singer: Herr Vorsteher, ich bin allerdings Ihrer Disciplin unterworfen. Diese Disciplin berechtigt Sie aber nicht, mich zu beleidigen. (Stillsitzende Unterbrechungen; Glocke des Vorstehers.) Das Wort „Verdächtigung“ ist eine Beleidigung.

Vorsteher-Stellvertreter Micheler: Wenn Sie sich beleidigt fühlen, verweise ich Sie auf die Geschäftsordnung. Die Ausschussaufträge werden mit dem Antrage Esmann angenommen, die Anträge Goldschmidt und Dupont abgelehnt.

Mit der Beschaffung von 22 neuen Sprengwagen, 19 neuen Rehrmaschinen und 10 neuen Handsprenngwagen für insgesamt 26 800 M. hat der eingeleitete Specialausbau sich einverstandener erklärt. Gleichzeitig hat im Ausschusse eine Besprechung des jetzigen Straßenreinigungs-Betriebes stattgefunden und ist an dem jetzigen Verfahren dieser Verwaltung erheblich Kritik geübt worden. Der Ausschuss schlägt eine Reihe von Maßnahmen zur rationellen Gestaltung des Betriebes vor: u. a. soll zur Beschaffung der Feuerzeugelemente vor dem Zerteilen eine Anzahl neuer Mannschaften eingestellt werden; die „Morgenwashingtonen“ sollen unterbleiben und erhebliche Besparungen ohne gleichzeitige Reinigung nicht vorgenommen werden; zur Erreichung dieses Zieles sollen Wagen mit entsprechend kombinierten Vorrichtungen beschafft werden; für die Bedeckung der Straßen soll mehr Sand zur Verwendung gelangen und die Nachreinigung in den Hauptstraßen morgens vor 6 Uhr resp. (im Winter) 7 Uhr beendet sein. Referent ist Stadtverordneter Hugo Sachs II.

Die Versammlung tritt den Ansuchen anträgen ohne Debatte bei. Eine Anzahl kleinerer Gegenstände werden ohne Diskussion nach den Magistratsvorstellungen erledigt, die Vorlagen, betr. die Schulärzte und die Ankerbeurteilung der 4 M. Steuerstufe auf die nächste Sitzung verschoben. Schluß 8 1/2 Uhr.

Ein Bruch des Einigungsvertrages im Baugewerbe.

Die Maurer sollen durch eine Bauverre, so wird von seiten der Arbeitgeber behauptet, den Einigungsvertrag gebrochen haben. Am Donnerstag beschäftigte sich das Gewerbegericht als Einigungsamt mit dieser Angelegenheit. Die Ursache des Konflikts wird von den Arbeitgebern folgendermaßen dargestellt: Am 23. November teilte Baumeister Karchow dem Bund der Arbeiter mit, daß auf seinem Bau am 7. November ein Streik ausgeschrieben und der Bau gelähmt sei. Am 7. November war Karchow noch nicht Bundesmitglied, er wurde es aber bald darauf, jedenfalls noch vor dem 23. November. Baumeister Karchow wurde durch den Bund beauftragt, in dieser Angelegenheit Feststellungen zu machen. Er behauptet, er habe in der Nähe der Baustelle Streikposten gesehen, auch die Polizei habe ihm bestätigt, daß Streikposten aufgestellt waren, also habe eine Sperre stattgefunden, und Herrn Geride sei von einem Maurer bestätigt worden, daß diese Sperre von der Organisation sanktioniert worden sei. Die Arbeitgeber beantragten:

Das Einigungsamt möge feststellen, daß die Organisation der Maurer durch Verhängung der Sperre über den Bau des Baumeisters Karchow gegen Punkt 6 des Vertrages vom 24. Juni 1899 verstoßen und dadurch den Vertrag gebrochen haben. Baumeister Karchow giebt als Ursache des Konflikts an: Am 6. November habe es auf dem Bau an Material gefehlt, deshalb seien 6 Maurer entlassen worden, und zwar diejenigen, die „Cudangeleien“ machten, weil die Baubude, der Abort zc. nicht in Ordnung gewesen seien. Nach der Entlassung dieser 6 Maurer hätten auch die übrigen die Arbeit niedergelegt.

Seitens der Arbeitnehmer wird die Ursache der Sperre folgendermaßen dargestellt: Auf dem Karchow'schen Bau bestanden Differenzen, weil Baubude, Aborte zc. nicht den Bestimmungen des Einigungsvertrages gemäß eingerichtet waren. Die Abstellung der Mängel wies der Polizei höhnend zurück. Der Mevers, durch den die Nichtmitglieder des Bundes — Karchow gehörte zu jener Zeit dem Bunde nicht an — die Bestimmungen des Einigungsvertrages anerkennen, ist von Karchow nicht unterschrieben, dagegen sind sechs Maurer, welche wegen Abstellung der Mängel vorbestraft wurden, entlassen worden, ihre Kollegen sahen das als Mißregelung an und legten die Arbeit nieder. Der Bau wurde gesperrt, wozu sich die Organisation berechtigt fühlte, weil ja Karchow dem Bunde nicht angehört und der Vertrag nur mit den Bundesmitgliedern abgeschlossen sei. Eine kurz nach der Arbeitsniederlegung an Karchow gerichtete Anfrage wegen Verlegung der Differenzen ist nicht beantwortet worden. Am 8. November, dem Tage nach der Arbeitsniederlegung, trat Karchow dem Bunde bei, und da er auch gesagt hatte, der Bau könne einige Zeit ruhen weil es an Material fehle, so lag für die Arbeiter keine Veranlassung vor, die Sperre aufrecht zu erhalten, und dieselbe wurde aufgehoben. Die Maurer nehmen für sich das Recht in Anspruch, Bauen von Nichtmitgliedern des Bundes, welche den Vertrag nicht anerkennen, zu sperren. In jeder Sitzung der Schlichterkommission — so führte Silberschmidt aus — sei darüber gesprochen worden, daß die Maurer die Pflicht hätten, dafür zu sorgen, daß die Vertragsbedingungen auch bei den Nichtmitgliedern des Bundes durchgeführt werden. Daß dies mit aller Strenge, d. h. also auch mittels Sperre, geschehen solle, das hätten die Vertreter der Arbeiter in der Schlichterkommission unter ausdrücklicher Zustimmung der Arbeitgeber gesagt. Jetzt komme nun der Bund und wolle den vorliegenden Fall als einen Vertragsbruch stempeln. In einem solchen Vorgehen, wie es dem Fall Karchow zu Grunde liege, habe bisher kein Mitglied der Schlichterkommission einen Vertragsbruch gesehen. Es habe den Anschein, als ob es den Arbeitgebern nur darauf ankomme, einen Vertragsbruch feststellen zu lassen, um nach außerhalb zu zeigen, daß die organisierten Maurer keinen Einfluß auf ihre Kollegen haben und deshalb nicht verträglich seien. In der Schlichterkommission sei eine Einigung dahin erfolgt, daß die Arbeitgeber die Accordarbeit möglichst einschränken. Trotzdem habe der Bund beschlossen, möglichst viel in Accord arbeiten zu lassen. Daß ein solcher Beschluß nicht zum Frieden im Baugewerbe beitrage, das sei den Arbeitgebern bekannt. Versuche gegen den Vertrag seien seitens der Arbeitgeber so viele vorgekommen, daß für jeden angeblischen Vertragsbruch der Arbeiter mindestens zehn Verstöße der Arbeitgeber angeführt werden könnten. Die Vertreter der Arbeiter hätten sich stets bemüht, ihre Kollegen zur strengsten Innehaltung des Vertrages anzuhalten. Bisher habe es die Schlichterkommission für selbstverständlich gehalten, daß die im Einigungsvertrage festgelegten Bedingungen bei den Nichtmitgliedern des Bundes nötigenfalls mittels Streik durchgesetzt werden. Nur in dem Falle Karchow herrsche jetzt eine andere Auffassung. Das Einigungsamt möge eine Entscheidung dahin treffen, ob nach dem Vertrage jede Arbeitsniederlegung in Berlin verboten sei, mit der sich die Schlichterkommission nicht befaßt hat.

Baumeister Döbler wendet sich gegen diesen Antrag. Er meint, Silberschmidt wolle durch denselben dem Einigungsamt die Pistole auf die Brust setzen. In dem Vertrage sei eines vergessen worden, nämlich, von den Arbeitern für den festgesetzten Lohn eine bestimmte Arbeitsleistung zu verlangen. Es sei himmelschreiend, wie wenig die Berliner Maurer jetzt arbeiten. Ohne die vorgenannte Bestimmung sei der Vertrag wertlos, in einem künftigen Vertrage müsse eine solche unbedingt aufgenommen werden.

Von beiden Seiten fanden noch längere Erörterungen darüber statt, ob die Sperre wirklich aufgehoben worden ist, nachdem Karchow Bundesmitglied geworden war. Die Vertreter der Arbeiter behaupten dies auf das bestimmteste, während die Arbeitgeber die entgegenge setzte Behauptung aufstellten.

Das Einigungsamt beschloß durch Zeugenvernehmung über diesen Punkt Beweise zu erheben und setzte zu diesem Zweck einen neuen Termin auf Montag 11 Uhr an.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Bei der Erziehung von Mitgliedern des Stadtverordneten-Kollegiums in Mannheim wurden an Stelle des in den Stadtrat gewählten Genossen Kaufs und des verstorbenen Genossen Saitler die von unserer Fraktion vorgeschlagenen Schneider Hans Grote und Wiltbaur Georg Rahnert gewählt.

In Lambsheim (Pfalz) wurden 6 Socialdemokraten in den Gemeinderat gewählt, während in Bern (N. Bayern) der sehr lebhaft agitatorisch thätige Parteigenosse Badermeister Geisendorfer zum Gemeindevorstand gewählt wurde.

Totenliste der Partei. In Buerkendorf in Oberfranken starb im Alter von 74 Jahren der Parteigenosse Singer, der 24 Jahre Gemeindevorstand des Ortes war. Er war ein allgemein geschätzter und beliebter Mann.

Politikales, Gerichtliches usw.

— Wegen Verleumdung durch die Presse wurde in Kiel der verantwortliche Redacteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, Gen. Korn, zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

— Genosse Hänsch in Dresden wurde am Mittwoch abermals wegen Verleumdung, diesmal eines Lehrers, zu 150 M. Geldstrafe verurteilt.

— Zu 50 M. Geldstrafe wegen Falschverleumdung wurde der verantwortliche Redacteur unseres Kasseler Parteiblattes, Genosse Thiel, verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Korbmacher! Die Kollegen von Fehner und Sohn, Oranienburg, haben wegen Lohnabzügen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist ferngehalten.

Deutsches Reich.

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Billingen (Baden) siegte die Liste unserer Parteigenossen. Das Gewerbegericht tritt mit dem 1. Januar 1900 in Kraft.

Ausland.

Im Hafen von Antwerpen befinden sich 600 Kohlenlader, die für den Norddeutschen Lloyd die Schiffe befrachten, im Auslande. Die Arbeiter hatten erst vor kurzem eine Lohnhöhung für die Nacht- und Sonntagsarbeit auf das Doppelte durchgesetzt. Bald danach hat die Gesellschaft, die als Zwischennahmer diese Arbeit in Entreprise übernimmt, 100 flandrische Arbeiter angeworben, die in eigenen Häusern der Gesellschaft untergebracht wurden und einen Lohn von 100 Francs pro Monat erhielten. Das neue Engagement war für die Gesellschaft finanziell von größtem Nutzen, da die Arbeiter bisher 6 Francs pro Tag erhielten. Selbstverständlich wehrten sich die Arbeiter gegen diese Lohnrückwärts und verlangten die Befreiung dieses Zustandes. Die Ablehnung führte zum Streik.

Aus der Frauenbewegung.

Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen in Rixdorf hielt am 9. Dezember eine sehr gut besuchte Versammlung im Apollo-Theater ab. An Stelle der erkrankten Frau L. Braun sprach Frau Jhrer über das Thema: *Is Arbeiterinnen-schutz Volkswohlthätigkeit?* Nachdem sie die Ausbreitung der Frauenarbeit mit Hilfe der Statistik dargestellt, schilderte sie in eindringlicher Weise die Gefahren, die der arbeitenden Frau und in ihr als Mutter der Gesellschaft drohen, wenn nicht wirksame Schutzvorschriften der unbeschränkten Ausbeutung in den Arm fallen.

Mit lebhaftem Beifall dankte die Versammlung der Reductin für ihren anregenden Vortrag. Nachdem noch in einer kurzen Ansprache die Ziele des Vereins dargelegt worden waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verein geschlossen. Der Versammlung folgte ein gemüthliches Beisammensein.

Sociales.

Der Achtstundentag ist seit kurzem für die Bäckereiarbeiter des Konsumvereins Leipzig-Eutritzsch eingeführt worden. Der Verbrauch an Backwaren hat sich im Eutritzscher Konsumverein seit dem Beginn der eigenen Produktion so stark entfaltet, daß nicht nur das Bäckereipersonal verdoppelt werden mußte, sondern daß sich auch die Zubereitungsarbeiten zweier weiterer Doppel-Dampföfen notwendig macht, jedoch im nächsten Jahre deren fünf im Betrieb sein werden.

Für Konsumvereine erscheint vom 1. Januar 1900 an als Wochenchrift der „Wochenbericht der Großeinlaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine zu Hamburg“. Die immer schärfer werdenden Angriffe gegen die Genossenschaftsbewegung, namentlich das Verlangen, die deutschen Konsumvereine auf dem Wege der Gefesgebung zu erschaffen, haben die Zeitung der Großeinlaufs-Gesellschaft zur Herausgabe dieser Wochenchrift veranlaßt und die Abwehr dieser Angriffe soll die Hauptaufgabe der Zeitung sein.

Gerichts-Beitrag.

Ein Anarchistenprozeß beschäftigte gestern die vierte Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Quack. Aus der Untersuchungshaft wurde der 23jährige Tapezierer Karl Rielmeier vorgeführt, der kürzlich als verantwortlicher Redacteur der anarchischen Wochenchrift „Neues Leben“ zeichnete. Beanstandet war ein Artikel, der am 11. November d. J. in der genannten Wochenchrift erschien und die Ueberschrift „Empörer“ trug. Es war der Jubelsturm der Hinrichtung der in Chicago zum Tode verurteilten Anarchisten und zur Ehrung der letzteren diente der Artikel. Die Hingerichteten wurden als leuchtende Vorbilder hingestellt, die sich gepfeift hätten, um die Menschheit von der Anarchität zu befreien. Man müsse diesen großen Empörern folgen. Der Angeklagte bekannte sich offen zum Anarchismus, bestritt aber, ein Anhänger der Propaganda der That zu sein. Der Inhalt des Artikels sei nur bildlich aufzufassen, die arbeitende Bevölkerung solle durch Aneignung von Bildung befreit sein, den Unterschied zwischen sich und den besser gestellten Menschen auszugleichen. Staatsanwalt Krawow führte aus, daß der Inhalt des Artikels in dünnen klaren Worten zur Vergebung von Mord auffordere und zugleich verschiedene Bevölkerungsklassen zu Gewaltthatigkeiten gegen einander anseize. Er beantragte gegen den Angeklagten sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof belieh es mit Rücksicht auf den geringen Bildungsgrad des Angeklagten, der augenscheinlich von verwegenern Ideen beherbergt sei, bei einer Gefängnisstrafe von drei Monaten. Die Nummer 41 des „Neues Leben“ soll eingezogen werden.

Die Gesichte von dem falschen Einjährigen hat immer noch nicht ihren Abschluß gefunden, sondern wird noch einmal das Gericht beschäftigen. Wie erinnert sein wird, wurde der Restaurateurssohn Köhler, für den der Kaufmann Histermann als Einjähriger eintrat, derzeit vom Schwurgericht des Landgerichts I zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, während Histermann von den Urtheilen als unheilbar geisteskrank erklärt wurde und deshalb freigesprochen werden mußte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schöps, legte für Köhler mit Erfolg Revision ein, denn das Reichsgericht wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schwurgericht zurück. Die nochmalige Verhandlung wird erst nach langer Zeit anderaumt werden können, denn Köhler befindet sich zur Kräftigung seiner angegriffenen Gesundheit im Süden. Dr. Schöps hat ferner den Antrag gestellt, einen in New-Orleans wohnenden Arzt, der Köhler vor Jahren an einer schweren Körperverletzung behandelt hat, darüber zu vernehmen, daß Köhler infolge dieser Verletzung hochgradig geistig beeinträchtigt wurde.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den vierten Berliner Wahlkreis (Osten) hielt am Dienstag in der „Königsbau“ in der Frankfurterstraße eine stark besuchte Versammlung ab. Reichstags-Abg. Wur in referierte über das neue Invaliditätsgesetz. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine rege Besprechung, die insbesondere auf die Verschmelzung der Invaliden- und Krankenversicherung gerichtet war. Wude besprach die Verhältnisse der Berliner Invaliden-Versicherungsanstalt, indem er u. a. erwähnte, daß von dieser nicht weniger als 925 000 M. für Heilung von Schwindsüchtigen, 20 000 M. für Siphilis und 500 M. als Prämie für Erforschung der Krebskrankheit veranschlagt seien. Anerkennungswürdig sei es jedenfalls, daß die Anstalt auf Grund der §§ 18 und 45 des Gesetzes für jeden Krankheitsfall eine Krankenunterstützung von 10 M. pro Woche gewährt.

Schneider tadelte das Wesen der Bureaukratie, das sich in den Versicherungsanstalten der Berufs-Genossenschaften vielfach geltend mache und von den Urgebern oft genug unterstützt werde. Nur eine energische Arbeitervertretung in der Versicherung könne auch hier

Hilfe schaffen. Seitens der Arbeitgeber, namentlich im Bau- und Gewerbe, suche man sich der Beitragspflicht zur Krankenversicherung am liebsten dadurch zu entziehen, daß man die betreffenden Arbeiter veranlasse, lieber Mitglieder der Hilfskassen zu werden. Es müsse aber darauf hingewiesen werden, daß auf Verlangen der Arbeiter der Arbeitgeber ein Drittel der Krankenversicherung auch zu den Hilfskassen zu leisten hat. Leider haben, wie Wude eine diesbezügliche Frage beantwortete, die Hilfskassen im Gegentheil zu den Ortskassen keine Vertretung bei der Invaliditätsversicherung. Dem Bestreben der Unternehmer, die ja leider in den Berufs-Genossenschaften dominieren, die Renten zu ermäßigen, oder wo möglich ganz zu beseitigen, könne nur durch eine starke Arbeitervertretung bei der Versicherung vorgebeugt werden.

Die Marmor- und Granitarbeiter hielten am 6. d. M. im Englischen Garten, Alexanderstraße, eine öffentliche Versammlung ab. Zunächst gab der bisherige Vertrauensmann des Viertelsjahresberichts, nach welchem einer Einnahme von 575,89 M. eine Ausgabe von 162,90 M. gegenüberstand. Die durch die Lohnbewegung veranlaßte Listenammlung ergab 1906,24 M. und eine Ausgabe von 1801,56 M. Die darauffolgende etwas sehr erregte Debatte veranlaßte den Vertrauensmann, sein Amt nieder zu legen, es wurde Adolf Wolff als Vertrauensmann gewählt. Nachdem die Versammlung Kenntnis davon genommen, daß die Berliner Gewerkschaftskommission jetzt pro Kopf und Jahr eines Mitgliedes 10 Pf. Beitrag erhebe, beschloß die Versammlung ihren Beitritt zu der Gewerkschaftskommission; als Delegierter wurde C. Hirnmann gewählt. Diejenigen Kollegen, welche noch keinen Fragebogen bezügl. ärztlicher Untersuchung ausgefüllt haben, wurden aufgefordert, das Besäumte schleunigst nachzubolen. Zum Schluß wurden die Anwesenden darauf hingewiesen, in jeder Werkstätte auf strikte Innehaltung des erzwungenen Tarifs zu sehen.

Der Krieg.

Näheres über die Niederlagen vom Montag.

Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Modder River meldet über das Gefecht vom Montag:

Der Kampf begann bei Tagesgrauen. Die Hochländer rüdten über die Grasenebene vor und sahen sich plötzlich einem mörderischen Feuer aus Laufgräben von 200 Yards Länge ausgesetzt. Der größere Teil des Tages nahm einen furchterlichen Verlauf. Die Verluste, die so in einer einzigen Minute erlitten wurden, waren erschreckend und überwältigend. Die Brigade zog sich rasch zurück, erholte sich aber wieder und behielt ihre Stellung. Dies war auf dem linken Flügel. Auf dem rechten Flügel war die Garde-Brigade durch die offene Ebene gegen andere Laufgräben vorgegangen und kämpfte Stunden lang gegen einen unsichtbaren Feind. Um 11 Uhr voruntags wurden die Gordons, die an dem ersten Vormarsch nicht beteiligt waren, vorgeführt. Die Boeren liehen sie eine Linie der Schützengräben passieren und nahmen sie dann unter Feuer. Die englische Artillerie beschränkte den ganzen Tag hindurch die feindlichen Verschiebungen. Erst beim Einbruch der Nacht hörte der Kampf auf.

Dem „Daily Telegraph“ wird über die Schlacht gemeldet, Lord Methuens Truppen versuchten einen Durchbruch durch die linke Flanke der Boeren, aber diese waren zu stark. Der Angriff auf die Front, wo die Hochländer am Vormittag zurückgeschlagen wurden, wurde den ganzen Tag hartnäckig fortgesetzt. Die Gordons-Hochländer machten einen heldenhaften Versuch, diesen Mißerfolg wett zu machen. Ihr Oberst fiel. Auch der Marquis of Winchester, Major bei den Goldstream-Guards, ist gefallen.

Ein Bericht des „Standard“ erzählt: Nach dem Zurückgehen der Hochländer-Brigade konnte bei der Neuaufstellung das nur dem Namen „Swarze Wache“ rühmlich belannte Regiment nur noch 100 Mann aufweisen. Am Vormittag wurden die 1. Gordons-Hochländer vorgeführt. Sie schritten mit äußerster Tapferkeit zum Angriff auf das Centrum des Feindes, wo ihre toten und verwundeten Kameraden lagen, fanden es aber unmöglich, die feindlichen Schützengräben zu nehmen, deren Front mit Stachelndraht gebildete Verhänge schützten.

Das Kriegsministerium veröffentlicht folgende Depesche des Generals Methuen aus Modder River, den 12. Dezember, 7 1/2 Uhr abends: Da die Boeren heute früh die Laufgräben stark befestigt, habe ich meine Truppen ganz ordnungsmäßig nach Modder River zurückgezogen. Ich bin in voller Sicherheit. Ich erfuhr von den Befehlshabern, daß die Verluste der Boeren schreckliche seien (!) Das Corps von Etide ist gänzlich vernichtet. Die Boeren erwiesen meinen Verwundeten jede Fürsorge.

Das Kriegamt teilt ferner mit, daß die Hochländer-Brigade in dem Gefecht am Montag allein einen Verlust von 650 Mann an Toten und Verwundeten, Unteroffizieren und Mannschaften, hatte. Von Offizieren wurden 10 getötet, 38 verwundet, 4 werden vermisst.

Der Gesamtverlust der englischen Truppen an Toten, Verwundeten und Vermissten in der Schlacht am Modder River vom Montag wird auf 817 angegeben.

In Natal

London, 14. Dezember. (W. S.) Ein Telegramm aus dem Lager von Fröre berichtet vom 12. dieses Monats, daß einige Marinegeschiffe dort aufgestellt worden sind. Am Morgen wurde unser Lager in einer Entfernung von einer Meile von Scheveler verlassen und befindet sich nunmehr vier Meilen von Colenso entfernt. Der Feind hat das Feuer noch nicht eröffnet, obgleich wir im Bereiche seiner Kanonen sind.

London, 14. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Hier geht das Gerücht, daß La b y m i t h entsetzt worden sei, doch hat das Kriegsamt darüber noch keine Nachricht.

Stimmung in England.

Die Londoner Blätter besprechen einmüthig die ernstliche Niederlage Methuens, aber stimmen darin überein, daß man nicht zurückgehen könne, sondern daß die Sache durchgefochten werden müsse. Die „Times“ drängen darauf, unverzüglich eine weitere Streitmacht von 30 000 Mann auszurufen und sagen, eine große Anzahl wohlausgebildeter Miliztruppen und Freiwilliger seien kampfbereit und die Kolonien seien stolz, ihre Kontingente zu erhöhen (!).

Letzte Meldungen.

London, 14. Dezember. Einer heute abend veröffentlichten Mitteilung des Kriegsamt's zufolge ist die 6. Division mobilisiert worden. Vier Bataillone dieser Division werden noch vor Sonntag eingedockt. Die Regierung hat auch die sofortige Mobilisierung einer 7. Division genehmigt.

London, 14. Dezember. Das Reutersche Bureau meldet vom 12. d. Mts. aus Kapstadt: Die Johannesburgur Diggers Reivs vom 1. d. Mts. veröffentlichte eine Proklamation des Präsidenten Kruger, der zufolge Gegenstände, welche den Bestimmungen zuwider in den Minen vorgefunden werden, zu Gunsten des Staates eingezogen werden sollen. In einer zur Beratung der Fürsorge für die Bedürftigen abgehaltenen Versammlung wurde berichtet, daß sich in Johannesburg zur Zeit 14 000 Nothleidende befinden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 14. Dezember. (W. S.) Die „Lanterne“, das Organ Viviani-Allerands, ist wegen Verleumdung eines Priesters zu 2000 Fr. Geldbuße verurteilt worden.

Paris, 14. Dezember. (W. S.) Der „Figaro“ will wissen, der deutsche Kaiser habe beschlossen, den Posten eines Militärattachés bei der Pariser Botschaft anzugeben.

New York, 14. Dezember. (W. S. W.) Der „New York Herald“ meldet aus Port of Spain: Auf dringendes Ansuchen des deutschen Konsuls in Caracas ging der deutsche Kreuzer „Stosch“ zum Schutze der deutschen Interessen, welche der Konflikt für gefährlich hält, nach Puerto Cabello ab.

Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen und Inhaltsverzeichnis.

Reichstag.

122. Sitzung vom 14. Dezember 1899, 1 Uhr.

Am Bundesratliche: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Graf Posadowsky, Graf Bülow, v. Goltz, Tirpitz, Riederding, Behr, v. Thielmann, v. Hielern, Schönstedt.

Die erste Beratung des Etats

wird fortgesetzt.

Preussischer Eisenbahnminister Thielen:

Wenn der Zeitungsbericht über die gestrige Sitzung richtig ist — ein amtliches Stenogramm habe ich noch nicht einsehen können — so hat der Herr Abgeordnete v. Kardorff in Bezug auf die Kanalvorlage folgendes gesagt: den Ausführungen des Herrn Sattler über die Kanäle könne er sich nicht anschließen. Für Kanäle mit Wasser interessiere sich jeder, hier aber lagen technische Unmöglichkeit vor. Das seien Kanäle ohne Wasser, die unsere unfähigen Wasserbauingenieure bauten. Diese ganz ungläubliche, durch nichts begründete Behauptung (Hört, hört! links), die der Herr v. Kardorff in diesen Worten den deutschen Wasserbauingenieuren zugeht, hat der Herr Vizepräsident dieses Hauses gestern bereits zurückgewiesen. Es liegt mir fern, irgend eine Kritik an dieser Art der Zurückweisung ausüben zu wollen, ich kann nur hinzufügen, daß die allgemeine hohe Anerkennung, welche den preussischen Wasserbauingenieuren stets zu teil geworden ist und die sich darin ausdrückt, daß ihre Rat und ihre Hilfe bei fast jedem großen Wasserbauwerk in Anspruch genommen wird, durch den Anspruch des Herrn von Kardorff in keiner Weise beeinträchtigt werden kann. Was dann ferner die von Herrn von Kardorff behauptete technische Unmöglichkeit betrifft, den Mittelkanal mit genügendem Wasser zu versorgen, so beweist dieser Ausspruch mir nur, daß Herr von Kardorff die technische Begründung der Kanalvorlage nicht gelesen hat (Sehr richtig! links) oder daß er mangels jeglicher technischer Kenntnisse sie nicht verstanden hat. (Hört, hört! und Sehr richtig! links.) Die Auseinandersetzung über die Kanalvorlage wird ja im preussischen Abgeordnetenhaus erfolgen. Weil nun aber Herr von Kardorff gesagt hat, für Kanäle mit Wasser interessiere sich jeder — also auch Herr von Kardorff — und da der mathematische Beweis geliefert werden kann — auch selbst Herrn v. Kardorff geliefert werden kann (Hört links: Unmöglich! Heiterkeit), daß der Mittelkanal genügend Wasser hat, so wird es ja mit Leichtigkeit zu erreichen sein, daß bei einer erneuten Beratung des Mittelkanals auch Herr v. Kardorff und seine Freunde ihm ihre Zustimmung geben werden. (Lebhafte Bravo links.)

Herr Richter (Fr. Sp.):

Die gestrigen Ausführungen des Herrn v. Kardorff haben wohl mehr zur Befestigung und Erheiterung des Hauses beigetragen, als daß sie besonders ernst genommen worden sind. (Sehr richtig! links.) Lang, lang ist's her, daß wir den Herrn Miquel hier nicht gesehen haben. (Heiterkeit.) Die Wasserfragen sind schon sehr hoch gekommen, bis er das Reichstagsufer einmal aufsuchte. (Große Heiterkeit, sehr gut! links.) Vielleicht war es auch nicht bloß Herr Dr. Lieber, dessen Meinungen ihn herbeizitierten, er nahm die Gelegenheit wahr, um durch eine demonstrative Plottenbegeisterung seine Position auch nach einer anderen Seite zu festigen. (Sehr gut! links.) Doch wie dem auch sei, von Zeit zu Zeit sehen wir den Ältesten gern. (Heiterkeit.) Schade nur, daß er gestern nicht etwas länger blieb, als Herr v. Kardorff auf die verfassungswidrige Maßregelung der Landräte zu sprechen kam. Herr v. Kardorff sagte freilich, er wisse, daß Herr v. Miquel persönlich nicht daran beteiligt sei. Wenn Herr v. Kardorff Miquelmann wäre, würde ich ihm geantwortet haben: Was weiß es dieser (Heiterkeit), jedenfalls weiß es Fürst Hohenlohe besser. Herr Miquel meinte gestern, in seiner langjährigen Praxis sei es nicht üblich gewesen, Reden des Monarchen hier einer Kritik zu unterziehen. Nun, unter einem früheren Monarchen kam es nicht vor, daß derselbe in öffentlichen Reden die Angelegenheiten des Reichstags besprach. (Sehr gut! links.) Wenn der Monarch von seiner Redefreiheit Gebrauch macht, so ist es unsere Pflicht, von unserer Redefreiheit Gebrauch zu machen. (Sehr richtig! links.) Wie Du mir, so ich Dir (Lebhafte Zustimmung links) und wie man in den Wald hineinruft, so schallt es wieder heraus (ernstete Zustimmung links). Hier lag noch eine ganz besondere Veranlassung vor, daß der Reichstag, die in jener Rede ausgesprochenen ungerechtfertigten Anschuldigungen beantwortete. Es war ihm zum Vorwurf gemacht worden, beharrlich in den ersten acht Jahren der Regierung des Kaisers die Verklärung der Flotte abgelehnt zu haben und das Wohl des Ganzen untergeordnet zu haben. Gegen solche Anschuldigungen sich zu verteidigen, bedarf es nicht erst des Mäurerstolzes vor Königsthronen, das ist die Pflicht der Selbsterhaltung. (Lebhafte Beifall links.) Wenn ein gewöhnlicher Privatmann solche Anschuldigungen gegen den Reichstag erhebt, so ist der Reichstag zu vornehm, seine Genehmigung zur Verfolgung dieses Privatmannes zu geben. Wenn aber von solch' hoher Stelle solche Vorwürfe erhoben werden, dann ist es die Pflicht des Reichstags, dazu zu sprechen. (Sehr richtig! links.) Die Herren Minister und Abgeordneten, die sich gestern Mühe gegeben haben, die Hamburger Rede zu verteidigen, haben gar nicht von demjenigen gesprochen, wogegen sich die Kritik des Herrn Dr. Lieber eigentlich richtete. Diese wollte sich gegen die retrospektive Betrachtung in Bezug auf die frühere Haltung des Reichstags richten. In dieser Beziehung will ich noch einige tatsächliche Ergänzungen machen. Was ist denn in diesen acht Jahren von 1891—1896 abgelehnt worden? Zwei Rüstpanzer. Die Regierung selbst hat aber bald davon Abstand genommen, diese Rüstpanzer nochmals zu fordern, weil sie sich inzwischen von ihrer Unbrauchbarkeit überzeugt hatte. In dem neuen Flottengesetz sind gerade diese Rüstpanzer auf den Rüstpanzer-Etat gesetzt worden. Im übrigen betreffen die Ablehnungen vier oder fünf Korvetten, keine Kreuzer, die Bezeichnungen haben ja fortgesetzt gewechselt. Warum hat der Reichstag diese abgelehnt? Weil die Regierung selbst in ihrer Ansicht über die Konstruktion dieser Schiffe wechselte. Immerhin sind diese Schiffe später bewilligt worden, und so kann man nicht behaupten, daß wir hier in den acht Jahren alle Schiffe verweigert hätten. Sind aber jene Ablehnungen etwa erfolgt, weil man das Wohl des Ganzen Partei-Interessen unterordnete? Nein, im Gegenteil, die Streichungen fanden statt 1893, 1894, 1895, das waren die Jahre, in denen die großen Steuern vorlagen. Ich erinnere nur an die Tabak-Zubehörssteuern. Das Haus beschäftigte über 100 Millionen Mark und es ist und sehr schwer gefallen, diese Steuerborlage als unmöglich zurückzuweisen. Diese Steuern wären für den Volkswohlstand ein viel größerer Nachteil gewesen, als ein paar Kreuzer. (Sehr richtig! links.) Also keine einseitigen untergeordneten Marineinteressen, sondern das Wohl des Ganzen haben wir geübt. (Sehr gut! links.) Was ist bewilligt worden? Das Extra-Ordinarium der Marine hat in den ersten acht Jahren der Regierung des vorigen Kaisers 107 Millionen und in den ersten acht Jahren der Regierung des jetzigen Kaisers 260 Millionen betragen (Hört! hört! links), und da wird gesagt, der Reichstag habe beharrlich Verstärkungen abgelehnt.

Die Verfassung der Marine hat sich um 40 Proz. erhöht. (Hört! hört! links.) — Der Herr Reichskanzler hatte ja jedenfalls vorher keine Ahnung, daß eine solche Rede in Hamburg gehalten werden sollte, der Herr Staatssekretär Tirpitz war aber in Hamburg zugegen; ich nehme an, daß ihm vorher diese Rede nicht mitgeteilt worden ist. Wäre sie ihm mitgeteilt worden, so würde meines Erachtens kraft seiner resortmäßigen Kenntnis der Dinge er verhindert haben, daß mit der Wirklichkeit so wenig übereinstimmende Behauptungen in Bezug auf die Haltung des Reichstags in den acht Jahren aufgestellt wurden.

(Sehr gut! links.) Es hätte ja auch gar nichts dem entgegen gestanden, dem Minister, der resortmäßig verantwortlich ist, vorher diese Rede mitzuteilen, denn sie ist ja nicht erst nachträglich fertiggestellt worden, sondern ist vorher Wort für Wort festgestellt worden. Sonst wäre es ja nicht möglich gewesen, daß sie gleichzeitig oder wie hier gesagt worden ist, sogar schon vorher dem „Reichs-Anzeiger“ zum Druck übergeben wurde. (Hört! hört! links.) Herr Riquel sagte gestern, der Monarch bedürfe keiner Ratgeber, um seine Ansichten in Bezug auf die Flotte zum Ausdruck zu bringen. Das Vorkommnis in Hamburg aber, daß in Bezug auf die Haltung des Reichstags mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmende Angaben gemacht sind, beweist gerade das Gegenteil. (Lebhafte Beifall links.) Auch im Reichstag hat man keinerlei Versuch gemacht, diese retrospektive Betrachtung zu verteidigen, kein Rittermann, kein Knapp ist aufgetreten. (Heiterkeit links, Lachen rechts.) Herr Graf Posadowsky meinte gestern, man solle, wenn man es für nötig halte, Reden des Kaisers hier zur Diskussion zu bringen, sich an die verfassungsmäßig dafür verantwortlichen Herren halten. Ich bin ganz damit einverstanden, aber zu diesem Zweck muß doch ein verantwortlicher Minister da sein (Lebhafte Zustimmung links); er muß erkennbar sein, in welcher Weise er aber äußerlich hervorgetreten, daß irgend einer der Herren Minister bereit ist, die Verantwortung für diese Ausführungen, von denen ich eben gesprochen habe, zu übernehmen. Herr Bismarck hat einmal gesprochen vom Auftreten des Monarchen ohne ministerielle Bekleidung. Wenn diese ministerielle Bekleidung aber nicht vorhanden ist, können wir doch nicht wie das Volk in dem Judäischen Drama heucheln, daß wir die Bekleidung sehen, während sie nicht da ist. (Sehr gut! große Heiterkeit links.) Dieser Vorwurf ist, daß wenn solche Reden, die nachher Minister verantworten sollen, vor der Öffentlichkeit gehalten werden, daß solche Reden vorher zur Kenntnis des betreffenden Ministers gelangen, damit er sie in Nebereinstimmung halten kann mit seinem eigenen Wissen. (Sehr richtig! links.)

Die ganze Art, wie der Flottenplan vorbereitet worden ist, ist so charakteristisch für unser Regierungssystem, daß man nicht eingehend genug darüber sprechen kann. Ich kann es mir dabei nicht verjagen, noch einige Striche dem Bild hinzuzufügen, das von anderer Seite bereits gezeichnet ist. Wie war es denn? Im September ging das Regierungsprogramm dahin, in dieser Session keine Streitfrage in Militär- und Marine-Angelegenheiten zu provozieren, man hatte an dem Arbeitswilligen geizig und anderem genug. Der Herr Reichskanzler war auch nach Baden-Baden gereist. Dann kam die Rede in Hamburg. Zuerst schien sie nur eine theoretische Bedeutung haben zu sollen. Da kam Herr Tirpitz am Montag, den 2. Oktober, von Wilhelmshaven aus der Umgebung des Kaisers zurück, wie man sagte, hatte er den Kaiser dort abgeholt, und nun veränderte sich das Bild. Am Montagabend verständigte die „Nord. Allgem. Ztg.“ hochförmlich und an der Spitze des Blattes, wie sie zuverlässig mitteilen könne, werde in diesem Etat ein Flottengeheimnis vorgelegt werden. Zu 24 Stunden sprang der Wind um. (Heiterkeit.) Nach einem Vortrag des Herrn Staatssekretärs Tirpitz und des Grafen Bülow im Neuen Palais reiste Herr Tirpitz sofort zum Reichskanzler nach Baden-Baden. Die beiden Herren hatten eine Verständigung darüber erzielt, daß im Gegenzug zu der Ankündigung vom Abend vorher noch in dieser Session ein Flottengeheimnis vorgelegt werden sollte und Herr Tirpitz macht sich am 25. Oktober auf die Reise nach Baden-Baden, um nachträglich hierzu das Placet des Herrn Reichskanzlers einzuholen. Das ist ja auch eine Eigentümlichkeit unserer Zustände, die maßgebenden Personen sind mehr auf Reisen, als es sonst üblich ist (Heiterkeit). Sehr gut! links.) und wenn ein Beschluß der Regierung erzielt werden soll, so muß ein Herr dem andern nachreisen. (Erneute Heiterkeit.) Wir haben gewissermaßen eine Regierung im Unterziehen. (Schamhafte Heiterkeit.)

Der Herr Reichskanzler ist berufen, allein das einheitliche Reichsinteresse zu wahren. Wenn es sich um Justitiven in wichtigen Dingen handelt, die über ein einzelnes Ressort hinausgehen, so erfolgt natürlich erst eine Verständigung zwischen dem Monarchen und dem Reichskanzler und dann erst können die übrigen Instanzen in Frage kommen. Bei uns ist es aber umgekehrt. Hier verständigen sich zwei dem Herrn Reichskanzler untergeordnete Minister mit dem Monarchen und suchen dann nachträglich die Genehmigung des Reichskanzlers nach. Natürlich ist der Reichskanzler dann schon gewissermaßen präjudiziert und es ist ihm erschwert, eine andere Meinung zur Geltung zu bringen. (Sehr richtig! links.) Drei Tage später, am Sonnabend, den 28. Oktober, erfolgte dann also die Veröffentlichung des beabsichtigten Flottenplans. Woher ist dieser Plan eigentlich gekommen? Ist er im Reichs-Marine-Amt ausgearbeitet, — er ist ja so außerordentlich detailliert und zusammenhängend schlüssig, daß er nicht aus der Pistole geschossen sein kann. Ist er vom Marineminister dem Reichs-Marineamt zur Ausführung überwiesen worden? Das wäre durchaus nichts Neues. Wir haben es ja in der Budgetkommission 1896 gesehen. Da kam plötzlich Herr Admiral Hollmann aus der Umgebung des Monarchen von Wilhelmshaven her und teilte uns einen Plan mit, die sogenannte „Kiederschiff“, von der bisher niemand eine Ahnung gehabt hatte. In der Kommission wurde widerspruchlos festgestellt, daß, bevor Herr Hollmann diesen Plan der Budgetkommission mitgeteilt hatte, weder der Herr Reichskanzler noch der Herr Staatssekretär die geringste Kenntnis davon hatten. (Hört! hört! links.)

Unmittelbar an die Veröffentlichung des Flottenplanes schloß sich dann eine sehr weitgehende Agitation, zahlreiche Artikel aus dem Reichs-Marineamt suchten diesen Plan noch weiter zu begründen. Herr Bebel meinte, dagegen habe er nichts, wenn man in dieser Weise für ein Programm vorher agitiere. Wenn die Regierung aber in der Öffentlichkeit auftritt, muß sie es unter ihrer Verantwortung thun. (Sehr richtig! links), nicht unter der Verantwortung eines Dr. Lauter (Lauter bei den Socialdemokraten; Lauter! Heiterkeit) von der „Nord. Allg. Ztg.“. Die Regierung darf erst für einen Plan in der Öffentlichkeit Stimmung machen, wenn er innerhalb aller Instanzen gründlich durchberaten ist. (Sehr richtig! links.)

Hier war das gerade Gegenteil der Fall. Am Donnerstag gab der Reichskanzler seine Zustimmung und 48 Stunden darauf wurden die Pläne in der „Norddeutschen Allgemeinen“ veröffentlicht. Das Flottengeheimnis sollte erst im Januar vorgelegt werden, und praktische Bedeutung sollte die Sache erst von 1901 haben. Ist das auch die persönliche Inklaration der Rervosität? (Sehr gut! links.) Wenn das nicht, wie ist die Sache dann zu erklären? Der Herr Abgeordnete Kardorff hat auf das Bedenliche aufmerksam gemacht, die deutschen Fürsten bei derartigen Vorlagen zu übergehen und ihnen erst nachher Kenntnis zu geben. Nun soll nachher Herr Tirpitz umhergereist sein. Aber das geschah, nachdem in Zeitungen der ganze Plan schon erläutert war. Die Geschäftsordnung, die Fürst Bismarck dem Bundesrat gegeben hat, bestimmt, daß, wenn große Gesetze vorbereitet werden sollen, bevor die Ausarbeitung beginnt, das Programm im Bundesrat festgestellt wird. (Hört! hört! links.) Dabon merkt man hier nicht das geringste. Der Herr Reichskanzler hat namens der verbündeten Regierungen eine Erklärung abgegeben, namens der verbündeten Regierungen ist aber nur die Absicht erklärt worden, den Flottenbestand zu vermehren. Die Verdoppelung hat der Bundesrat seiner Entschliegung vorbehalten. Und wie sollte er anders? Man könnte fragen, warum wir uns so bemühen, daß der Bundesrat zu seinem Rechte kommt. Der Bundesrat hat keine verantwortlichen Minister. Wir müssen ihm zu seinem Rechte verhelfen, falls er nicht zu einer bloßen Registrierbehörde herabgedrückt werden soll. (Lebhafte Zustimmung links.) Sonst sind wir verpflichtet, wieder die frühere Forderung aufzunehmen nach einem verantwortlichen Ministerkollegium. Wir verlangen, daß so weitreichende Pläne hervorgehen aus ruhigen, eingehenden Be-

ratungen und der Verständigung des Ministerkollegiums mit dem Monarchen, und daß sie nicht inszeniert werden nach den Direktiven von Trinksprüche. (Sehr gut! links.) Das thut uns bitter not! (Lebhafte Beifall links.) Wir wollen keine Kabinettsregierung, wie wir sie einst in Preußen hatten, wo sie schon so viel Unheil gestiftet hat. (Sehr richtig! links.) Selbst ein Mann wie Herr von Kardorff konnte sich der Bedenken nicht entziehen, ob wir uns nicht auf dem Wege zu einer solchen Kabinettsregierung befänden, ob sich die Ministerverantwortlichkeit nicht zu verflüchtigen beginnt, daß sich heute die Minister auf die Verantwortlichkeit bekränken, die die Minister in den absoluten Staaten früherer Jahrhunderte hatten, die durch ihre Unterschrift nur beglaubigten, was der Fürst wollte oder nicht wollte.

Wenn ich bloß vom Standpunkt des Parteimannes die Dinge betrachten wollte, könnte ich ja eine große Genugthuung empfinden, daß es genau so gekommen ist, wie wir den Herren vorausgesagt haben. Sie (nach rechts) glaubten, man würde die Marineabgaben ausbleiben 5 bis 6 Jahre hindurch. Das gerade Gegenteil ist eingetreten. Die Marinefrage beherrscht die ganze Etatsdebatte. Sie haben geahnt, durch Bindung sich Ruhe verschaffen zu können. Die Bindung hat sich nicht bewährt. Die Bänder sind zerfallen. Sie wollten die Pläne überflüssig machen. Wald hieß es: Mit Volldampf voraus! Die Pläne sind uferlos geworden. (Beifall links.)

Nach ein Kapitel zur Entstehungsgeschichte dieser Vorlage. Vorgesien sagte der Abg. Bebel, die Geschäftspatrioten hätten die Fühung gehabt in der Agitation zur Flottenvorlage. Herr Tirpitz verstand das falsch und verwahrte sich, daß er sich von diesen habe scheiden lassen. Der Herr Staatssekretär machte dabei Entschuldigungen, die ein neues Licht auf die Entstehungsgeschichte der Vorlage werfen. (Sehr gut! links.) Er meinte, im April dieses Jahres habe sich die Regierung klar gemacht, der bisherige Flottenplan genüge nicht. Darauf, erklärte er, sei er umhergereist bei den Industriellen und habe in ganz direkter Weise (Heiterkeit links) den Herren mitgeteilt, was die Regierung vorhatte, und ihnen anheimgestellt, sich in ihren Beschlüssen auf diesen Plan der Regierung einzurichten. Da liegt der Schlüssel für den Beginn der Agitation. (Sehr gut! links.) In derselben Zeit begann die Werbetätigkeit für die Erweiterung der Flotte auch in der Presse. Die Herren hatten die Absicht der Regierung kennen gelernt. Was lag näher, als ein bisheriges nachzugehen (Sehr gut! links), um die Agitation zu beleben. Jetzt ist mir auf einmal das Verständnis gekommen, wie es kam, daß bestimmte Zeitungen im Mai, Juni, Juli Tag für Tag Artikel brachten, man müsse die Neubauten vermehren. Die politischen Parteien hatten dabei nichts zu thun. Mit feberhaftem Eifer suchte man im Volk und Parlament für eine Vermehrung der Kriegsstotte Stimmung zu machen. Der Mittelkanal konnte ja den großen Schiffsverlusten keinen Ersatz bieten, da hier ja nur kleine Schiffe gebraucht wurden. Bis in die neueste Zeit wußte man nicht, daß Herr Tirpitz umhergereist sei und „in direkter Weise“ Mitteilung gemacht habe. (Heiterkeit links.) Herr Krupp machte Herrn Schweinburg zum Geschäftsführer der Agitation, denselben Schweinburg, der die „Berliner Politischen Nachrichten“ beherrscht. Alles ein Spiel! Herr v. Jellisch schrieb auch Artikel (Heiterkeit links), er wußte es nachher auch, was in direkter Weise mitgeteilt war (Sehr gut! links), und schrieb Artikel, bis seine Honorarrechnung in „Vorwärts“ veröffentlicht wurde. So ging der Spektakel los. Ich glaube, die kleine Entschuldigungen des Herrn v. Tirpitz hat einen interessanten Beitrag zur Vorgeschichte der Vorlage geliefert. Uns könnte es ja nur zur Ermahnung gereichen, daß sich die Dinge so entwickelt haben, wie wir vorauslagten, wenn wir nur Parteimänner wären. Aber so rasch, daß schon nach 1 1/2 Jahren eine neue Vorlage kommen würde, hätte auch ich es nicht erwartet.

Der Herr Staatssekretär hat ausgerechnet, was durchschnittlich das Flottenwachstum an Mehrausgaben für jedes Jahr verursachen würde. Die laufenden Ausgaben sollen sich erhöhen im ersten Jahre um 18, im zweiten um 19, im dritten um 25 Millionen, bis zuletzt auf 169 Millionen. Ich habe mir in einer arithmetischen Reihe berechnet, was an Mehrkosten der Flottenplan voraussetzen würde, und bin da zu der Summe von 2057 Millionen gekommen. (Hört! hört! links.) Der Herr Staatssekretär des Reichsfinanzamtes sagt ganz einfach: Was gemacht werden kann, wird gemacht; es wird ja alles finden! (Sehr gut! links.) Er hat noch keine schweren Jahre durchgemacht. Er ist in einer glänzenden Zeit ins Amt gekommen. Vier 4—5 Jahre zurückdenkt, weiß, wie da geflagrte wurde, es ist unmöglich, mit den laufenden Einnahmequellen auszukommen. Herr v. Thielmann sagt: Ich habe 100 Millionen mehr an Zöllen und Verbrauchssteuern veranschlagt; wenn ich in jedem Jahr mehr veranschlagen kann, werden sich die Mittel leicht finden lassen. Ich dem die Zuversicht auf die fortgesetzte Steigerung der Einnahmequellen begründet? Wichtiger als die Umschlage ist die Wirtschaft. Da muß ich hervorheben, daß nach dem Abschluß der ersten sieben Monate dieses Jahres das Plus gegen dieselbe Zeit im Vorjahr noch nicht eine halbe Million beträgt. (Hört! hört! links.) Wenn Sie das vergleichen mit dem Plus des Vorjahres um dieselbe Zeit, so werden Sie finden, daß damals um dieselbe Zeit ein Plus von über 36 Millionen erzielt war. (Hört! hört! links.) Das ist die sogenannte aufsteigende Bewegung! Wenn die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern steigen, so dürfen wir nicht vergessen, daß nach der clausula frankenstein die Einzelstaaten den ersten Anspruch auf diese Ueberschüsse haben. (Sehr richtig! links.) Sonst werden sie gedrängt, ihre eigenen Einnahmen aus Steuern zu erhöhen.

Wie verhielten sich Umschlage von der Wirtschaft! Woher rührt denn der günstige Umschlage des laufenden Etatsjahres? Aus der Schwablonen, aus dem Durchschnitt, weil diesmal das besonders glänzende Jahr 1898 im Durchschnitt ist. Im vorigen Jahre aber war das stagnierende Jahr 1897 im Durchschnitt bei der Aufstellung des Etatsjahres. Das Jahr 1898 aber ist so günstig wegen der besonders starken Getreide-Einfuhr. Der Unterschied im Umschlage und im Ergebnis der Getreidezölle betrug 1898 im Durchschnitt ein Plus von 20 Millionen Mark. (Hört! hört! links.) Es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß in den laufenden 7 Monatsmonaten dieses Jahres die Einnahmen aus den Getreidezöllen gerade um 20 Millionen Mark zugenommen sind! (Hört, hört! links.) Und ist es denn eine normale Erscheinung, daß wir zum Ausgleich in diesem Jahre einer Anleihe von 70 Millionen Mark bedürfen? Wäre es nicht vielmehr nötig, auch in Zukunft den Anleihebedarf zu mindern? (Sehr richtig! links.) Man spricht immer von der natürlichen Steigerung der Einnahmen und vergißt dabei die natürliche Steigerung der Ausgaben! Durch die Flotte wird der Wald fast hypnotisiert! (Lebhafte Zustimmung links.) Man glaubt, daß Nacht, Kultur und Wohlstand allein abhängig sind von der Vermehrung der Flotte, alles andere tritt weit dagegen zurück! (Sehr richtig! links.) Navigars necesse est, vivere non necesse! Das ist der augenblickliche Standpunkt. Aber das vielgestaltige Leben stellt Anforderungen nach allen Seiten. Nicht nur die Schifffahrt, viele andere Bedürfnisse heißen Befriedigung. Der Herr Staatssekretär hätte einmal zusammenstellen sollen, welche Aufwandsbewegung andere Ausgaben haben. Da sind die gesteigerten Zuschüsse zur Invaliditätsversicherung, die fortwährende Steigerung des Pensionsfonds, die natürliche Vermehrung der laufenden Marineausgaben, das Anwachsen des Militär-Etats. Umsichtig geht es mit diesen Ausgaben. In einem Jahre mehr Ausgaben zu Wasser, im anderen Jahre zu Lande und dann wieder zu Wasser. (Sehr richtig! links.) Zu Lande sind es die Steigerungen für Festungsbauten, dann wird schon angekündigt für die Artillerie, auch ein sehr dunkler Posten, über den wir uns noch näher zu unterhalten haben werden. Auch Ausgaben für neue Gewehre sind in Sicht. Wird ein neues Gewehr eingeführt, so bedeutet das eine Mehrausgabe von Duzenden

Millionen. Dazu kommt die Steigerung unserer Ausgaben für die Kolonien.

Die Kolonialpolitik wuchert ja auf demselben Boden wie die Flottenvermehrung. Kantschou, der berühmte Platz an der Sonne (Heiterkeit), braucht ganz erhebliche Summen. Dabei sind die klimatischen Verhältnisse dort erschreckend. Ich will hier nicht weiter darauf eingehen, sie bedürfen besonderer crasser Beratung. Der Kolonialrat ist, seitdem Herr v. Bunsen Kolonialdirektor ist, von 11 auf 22 Millionen gestiegen. Man baut jetzt Bahnen. Wenn man Afrika mit Bahnen versehen will, Afrika ist sehr groß, und eine Million nach der anderen kann da verschwinden. Schon bei der in Angriff genommenen Uamora-Bahn, geschweige denn bei der Centralbahn. Diese wird von allen Afrikaforschern bekämpft, von Schweinfurth usw. Sie hat eine Länge von 5000 Meilen bis Kapstadt und würde etwa 242 Millionen Kosten fordern, also nicht viel weniger wie der Rhein-Elbe-Kanal. Werden die Konservativen hier auch so sparsam sein, wie beim Rhein-Elbe-Kanal? (Große Heiterkeit.) Keine Zeit ist übrigens so ungeeignet für Kapitalanlagen von Seiten des Reichs, wie gerade die jetzige. Die Privatindustrie hat sich so tollfoll entwickelt, daß das Geld knapp ist. Und in einer Zeit der Industrieflüte will Herr Tirpitz besonders die Arbeiter für den Flottenplan fangen. Wir haben ja schon Arbeiternot auf dem Lande und auch in der Industrie. Das liegt also für eine Veranlassung vor, diese Arbeiter noch zu vermehren? (Sehr richtig! links.) Wenn wir nicht immer tiefer in Verschuldung geraten wollen, so müssen wir notwendigerweise zu neuen Steuern kommen. Herr v. Kardorff meinte gestern, wir sollten abwarten, wie sich die Steigerung der Einnahmen entwickeln würde. Ich meine, dann können wir auch abwarten, ehe wir Schiffe bauen. Neue Steuern werden ja auch hier und da vorgeschlagen. Kollege Pöffe hat ja schon in einer Versammlung vorgeschlagen, Tabak und Bier mehr heranzuziehen. Ich will auch mit einem neuen Steuervorschlag nicht zurückhalten. Wie wäre es, wenn die Herren Protektoren des deutschen Flottenvereins sich dazu entschließen wollten, ihr Einkommen und Vermögen wie gewöhnliche Bürgerleute zu versteuern? (Sehr richtig! links.) Präsident des Flottenvereins zu sein, kostet nichts, aber wenn man die Civilisten besteuern würde, so würde das eine ganze Menge Geld einbringen, abgesehen von der erzieherischen Wirkung, die damit verbunden wäre. (Sehr gut! links.)

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ haben eine Erhöhung der Getreidezölle mit diesem Flottenplan in Verbindung gebracht. Das ist zwar demotiviert worden, aber die Meinung zur Erhöhung ist vorhanden. Ich habe die Uebersetzung, daß die Vermehrung der Flotte schließlich zur Protektionierung führen muß, und mache schon jetzt diejenigen, die nicht für höhere Getreidezölle schwärmen, darauf aufmerksam. Dr. von Miquel sagte gestern, die Getreidezollerhöhung solle dazu anregen, den Bedarf an Getreide im eigenen Land zu decken. Wie hoch müßten die Getreidezölle sein, wenn sie hier den Getreidebau in ganz unrentablen Gegenden zu einem rentablen machen sollen. Ich behaupte weiter, diese Erhöhung der Flotte ist eine Erschwerung für günstige Handelsverträge. Die hohen Zölle anderer Länder sind nicht mit stationen niederzuschreiben, sondern nur mit Konzessionen, und wenn wir keine günstigen Handelsbedingungen erzielen können, so schadet die Steigerung der Marineausgaben mehr, als uns die sämtlichen Schiffschiffe nützen können. Die Bindung in der Flottenvorlage, die der Reichstag eingegangen ist, hat vollständig Fiasco gemacht. Gebannte Kinder scheuen das Feuer. Sollte der Reichstag nicht so geschickt sein wie Kinder? Vor Herrn Tirpitz war niemals von solchen Bedingungen die Rede. Herr Hollmann wies es weit von sich, daß man die Entwicklung der Marine für 10 Jahre hinaus vorbestimmen könne. Herr Tirpitz sagte uns gestern, er habe schon, als er die letzte Flottenvorlage eingebracht habe, den Gedanken einer weiteren Flottenvermehrung gehabt. Es kommt aber darauf an, was er hier gesagt hat, nicht darauf, was er gedacht hat. Als ihm Herr Vebel seine Erklärung vorliest, hatte er seine andere Entscheidung, als daß er sagte, seine damalige Erklärung enthalte ein unglücklich gewähltes Wort. Das sollen wir zu den heutigen Erklärungen sagen. Vielleicht sagt er uns in den nächsten Jahren schon wieder, daß er die Worte unglücklich gewählt habe. Es ist eine Eigentümlichkeit des Herrn v. Tirpitz, daß je mehr er sich herauszureden sucht, er sich immer mehr hineintredet. (Heiterkeit.) Sehr schade ist es, daß er nicht gesagt hat, was er damals gedacht hat. Es scheint, die Sprache ist nicht nur für Diplomaten, sondern auch für Admirale erfunden, um die Gedanken zu verbergen. (Sehr gut! links.) Nach den Erklärungen des Herrn Tirpitz hätte man im Januar dieses Jahres nicht ernsthaft an eine Vermehrung der Flotte gedacht. Im April dagegen hat Herr Tirpitz schon die Vorbereitungen für diese neue Flottenvermehrung getroffen. Was ist denn zwischen Januar und April vorgekommen? Ich verstehe das nicht. Wenn Herr Tirpitz hier erklären würde: „1898 ist mir befohlen worden so zu reden, 1899 ist mir befohlen worden anders zu reden.“ Jetzt steuere ich Jid und gestern steuere ich Ja! (Heiterkeit.) So würde ich das vom Standpunkt eines Admirals, der seinem Vorgesetzten zu gehorchen hat, verstehen. (Sehr gut! links.) Ist denn beim Laubherer je ein solcher Bindungsgebande aufgetaucht? Hat je ein Kriegsminister gesagt, hat je ein Kriegsminister sagen können, wieviel Artillerie er nach 12 Jahren gebrauchen würde? Niemals! Bei der Flotte ist der Vorschlag noch schwerer zu treffen. Die Schiffe können in 10 Jahren das Doppelte kosten wie heute. Die Vorschlagskosten des letzten Gesetzes haben gerade für ein Jahr gestimmt. Im zweiten Etatsjahre werden die Vorschläge für die Bauten bereits überschritten.

Der Herr Admiral weiß an die Steigerung der Löhne und Eisenpreise hin. Von einem Resthofes verlange ich, daß er soweit Anknäuel in der Volkswirtschaft hält, um solche Eventualitäten wenigstens als möglich einzufassen. Er aber hat es als so gut wie sicher bezeichnet, daß die Vermehrung der Flotte ohne Verzicht auf die in der Marine-technischer Beziehung ist kein Verzicht auf ihn! Es wird jetzt als Konzession hingestellt, daß die Regierung auf die Festsetzung einer Zeitgrenze für die Flottenvermehrung verzichtet. Aber das hat seine zwei Seiten. Eine solche Zeitgrenze gewährt auch Schutz gegen das Drängen der Regierung, den Sollbestand an Schiffen noch eher zu erreichen. Schieben wir einmal in den Bau von drei Schiffschiffen und drei Kreuzern hinaus, was wird es dann für erbitterte Kämpfe geben.

Nur einige Bemerkungen über unsere auswärtige Politik! Wie gering schätzt man die Erfolge der Bismarckschen auswärtigen Politik ein, wenn man, wie Miquel, so thut, als könnte die Zeit wiederkehren, wo die Deutschen ängstlich auf die Neujahrsbotschaften Napoleons III. lauschten. Blicken wir jetzt etwa ängstlich nach England und lauschen auf die Thronreden der Königin Victoria?

Ich komme zur Rede Bilsows. Das war eine schöne Rede. (Große Heiterkeit.) Graf Bilsow hält überhaupt nur schöne Reden. (Erneute Heiterkeit.) Es steigen seine Gedanken hoch empor. Es ist ein prässend Fenerwerk. (Große Heiterkeit.) Nachher fragt man sich: Was hat er denn eigentlich gesagt? (Erneute Heiterkeit.) Deshalb verlangt man ja so stürmisch den stenographischen Bericht. (Heiterkeit.) Da sah man denn, daß er in jedem Vorderatz den Nachsatz aufhob. Immer nur sprach er ewige Wahrheiten aus. (Erneute Heiterkeit.) Die Flottenrede, die er hielt, paßt auch für das Flottengesetz von 1898. Sie paßt auch für später, wenn wieder eine neue Flotte gefordert wird. Es war eine Flottentrede en tout cas. (Große Heiterkeit.) Er sagte, daß jedes Jahrhundert eine große Liquidation brächte, und ging bis ins 16. Jahrhundert zurück. Ich bin dankbar, daß er nicht noch weiter zurückgegangen ist. (Große Heiterkeit.) Die Flottenprofessoren sind so weit gegangen, daß sie den neuen Flottenplan als notwendige Konsequenz der Völkervermehrung hingestellt haben. (Große Heiterkeit; Rufen bei den Socialdemokraten: Die Kröche Roah! Erneute Heiterkeit.) Das könnte man in der That auch schon anführen, daß Roah eine Flotte bröckeln hat. (Stürmische Heiterkeit.) Was beweist denn der spanisch-amerikanische Krieg? Nichts anderes, als daß niemand größere Kolonien im Auslande haben kann als der Volkskraft des Vaterlandes entspricht. Aus der Beschaffenheit der spanischen Flotte ist noch kein Rückschluß auf die

deutsche Flotte auch in ihrer jetzigen Größe zu ziehen. Ueber Samoa darf man leider nicht sprechen. Besser als gesehen, konnten wir aus dieser leidigen Lage nicht herauskommen, auch wenn wir eine dreifach so starke Flotte gehabt hätten. Die Lösung der Samoafrage ist eine Entlastung unserer Flotte. Graf Bilsow hat auf die venguanischen Wirren hingewiesen. Aber schon 1898 wurde beim Flottengesetz gesagt, daß wir in Amerika nur Schulschiffe hätten, mit denen wir nichts ausrichten könnten. Daraufhin wurde das Flottengesetz bewilligt. Das, wenn es durchgeführt ist, sind dauernd einen großen und 3 kleine Kreuzer in amerikanischen Gewässern geben wird. Wie kann man da bloß auf die Kreuzer noch jetzt hinweisen? Das heißt doch, eine Rechnung präsentieren, die schon bezahlt ist! (Zustimmung.)

Die Sympathie für die Boeren ist in der ganzen civilisierten Welt vorhanden. Jeder Sieg wird jubelnd begrüßt. Aber freilich, daß wir das ethische Moment und die Politik der Regierung auseinanderhalten müssen, ist ganz selbstverständlich. Die Politik der Regierung muß streng neutral sein. Diese Erkenntnis ist ein Fortschritt gegenüber dem unglücklichen Telegramm vor zwei Jahren. (Oh! rechts.) Ja, ja, meine Herren. Beständig wird auf das übermüthige England hingewiesen. Aber gerade der Verlauf dieses Krieges beweist, daß England weit überhäuft worden ist, daß seine Macht auf thönernen Füßen steht. Gerade zwischen Deutschland und England giebt es so wenig Gegenätze, wie nur möglich. Eine Alliance können wir freilich nicht abschließen. Aber unsere Interessen decken sich so, daß ich keinen möglichen Zwiespalt sehe. Auf die Flottenverstärkungen im Auslande wird hingewiesen. Aber gerade die deutsche Flottenvermehrung stärkt den Wettstreit im Auslande. Die Flotte muß gemessen werden nach ihrer Bedeutung für das betreffende Land. Wir haben nur eine beschränkte Küstenstrecke und hauptsächlich Landgrenzen. Da ist es kurzfristige Admiralpolitik, die Zahl der Schiffschiffe mit denen solcher Länder zu vergleichen, die ausgebreiteten Kolonialbesitz und weite Küsten haben. Wenn ich meine Küstungen vermehren will, so fange ich nicht an, so früh davon zu sprechen. So machten wir es schon damals bei der Bewilligung der Feldartillerie. Wenn man zu bauen anfängt, ist Zeit genug. Daß man aber 10, 16 Jahre im voraus ubi et orbi alarmiert: Seht, wir vermehren unsere Flotte! Das heißt doch die anderen Staaten geradezu aufschrecken, am Weltlauf teilzunehmen. (Sehr richtig!) Die Verhältnisse sind vollkommen dieselben geblieben seit zwei Jahren, und nicht einmal die Ansichten haben sich geändert. Sie treten nur schärfer und lauter hervor und lassen sich insgesamt zusammenfassen in das Schlagwort: Weltreich, Weltpolitik. Graf Bilsow hat von einem „größeren Deutschland“ gesprochen. Während der Dichter Arndt nur sagt: „Soweit die deutsche Junge klingt und Gott im Himmel Lieder singt“, sieht Bilsow aus Grenze der deutschen Macht nur das Ende der Welt. (Große Heiterkeit.) Was will er denn nehmen? Die Millionen Deutsch-Deutscher doch nicht? Die sind mit der Flotte nicht zu erreichen. (Große Heiterkeit.) Bilsow sagt: Wir dürfen nicht besteuert stehen, wenn der Kuchen verteilt wird. Ja, Kuchen! (Große Heiterkeit.) Der Kuchen ist längst verteilt. Was an Kolonien wertvoll ist, ist längst dahin. Was übrig geblieben, ist elende Brotskruste, deren ehbare Verwertung mehr Kosten macht, um sie genießbar zu machen, als sie Nahrungswert haben. Wir suchen nach Stützpunkten, sagt Bilsow. Aber die Kolonien, die wir bekommen, müssen vom Reich gestützt werden und stützen nicht den Handel. (Bravo.) Jetzt geht ein Gemüsel von der Eroberung der dänischen Inseln im westindischen Archipel durch Deutschland. Wir haben mit unseren 17 Millionen für die Karolinen die Kreise offenbar in die Höhe getrieben, und nun kommt jeder und fragt den Staatssekretär, ob wir nicht ein paar abgebrauchte Inseln brauchen. (Große Heiterkeit.)

Woburd ist der spanisch-amerikanische Krieg entstanden? Die Kubaner waren der Kolonialherrschaft müde geworden. Sehen Sie auf das Schicksal Italiens und Abyssiniens. Gerade die Entwicklung der modernen Waffensysteme erhöht die Widerstandskraft solcher Völker, die früher nur Pfeil und Bogen hatten. Unter allgemeines Bedrängnis vertritt sich nicht mit der Kolonialherrschaft, die nur möglich ist mit einem Überdiesere. Welche Mühe macht uns nicht der Ertrag der kleinen Schatztruhe. Zu meinem Bedauern hat Graf Bilsow davon gesprochen, daß Deutschland entweder Ambos oder Hammer sein wird. Ambos wird Deutschland nie werden; aber es sieht aus sein Bedürfnis, als Hammer auf andere Leute loszuhämmern und ihnen die Gestalt zu geben, die uns gefällt. (Bravo links.) Es ist psychologisch zu erklären, daß Männer, die nach Ruhm, Ehre und Erfolge streben und Sehnsucht nach einer Flotte empfinden, gerade in überseeischen Gebieten Spielraum für große Thaten haben möchten. (Lebhafte Beifall links.) Sie überschätzen damit die Bedeutung der Flotte. Die Zukunft Deutschlands liegt nicht auf dem Wasser, sondern im deutschen Volk selbst und seiner Entwicklung. Die Volksvertretung soll die verschiedenen Interessen des Volkes gegen einander abwerten. Es ist ihre Pflicht, zu kritisieren. Diese Kritik muß um so schärfer sein, je stärker die gegenwärtigen Bestrebungen sind. Das gehört auch zur Hamburger Rede. (Sehr gut!) Wenn es Herr Miquel so hinstellte, als hätten die Parlamente geschlossen hinter der Regierung zu stehen, so verwechselt er Parlament mit Leibregiment. (Lebhaftes Bravo!) Die Klagen über unser Parteiwesen sind undenkbar. Verschiedene Ansichten bedingen verschiedene Parteien. Soll denn der Reichstag auf ein selbständiges Urteil verzichten? Wenn nicht, so ist die notwendige Folge, daß verschiedene Richtungen hervortreten, daß die Parteien sich bekämpfen; ohne sie würde das öffentliche Leben öde verumpfen. (Sehr richtig! links.) Der Wettstreit will ja nur entscheiden, was nun eigentlich das Beste für das Wohl des Vaterlandes ist. (Sehr gut! links.) Während man auf die Parteikämpfe schilt, werden gerade für den Flottenplan die heftigsten Kämpfe geführt. Geschäftspatriotismus, Servilismus und niedrige Liebedienerei führen zusammen einen wahren Hegentanz auf. (Stürmischer Beifall links, Unruhe rechts.) In den Geschäftspatrioten stellt sich eine Hurragarde, die sich aufregt und sich wieder abregt, je nachdem die Lösung dafür gegeben ist. (Große Heiterkeit, sehr richtig! links.) Natürlich haben auch alle namhaften Roman-Schriftsteller jetzt plötzlich ihr warmes Herz für die Flotte entdeckt. (Heiterkeit.) Alles tritt dem Flottenverein bei, Fürst Hohenlohe soll übrigens sehr überrascht auszugehen haben, daß auch er Mitglied des Flottenvereins sei. (Große Heiterkeit.) Auch die Landräte sollen ihren Einfluß aufbieten. Die armen Landräte (stürmische Heiterkeit), die so gar keine selbständige Uebersetzung haben sollen. Der Brennstoff für die ganze Agitation liefert das Reichs-Marineamt. Herr Hollmann sagte seiner Zeit, er sei zu vornehm dazu (Hört, hört), er halte es nicht für angemessen, daß eine solche Agitation vom Reichs-Marineamt ausgehe. (Sehr gut! links.) Das ist jetzt alles unter Herrn Tirpitz anders geworden. (Sehr richtig! links.)

Wenn man nicht Begeisterung hervorrufen kann, so sucht man wenigstens Schreden zu erregen. In einem Flugblatt, das vom Fürsten Wied und seinem Sekretär Herrn Schweinburg — der ich wohl die Hauptsache — (Heiterkeit) unterzeichnet ist, heißt es: Was jetzt an schwimmendem Material unsere Kriegsschlange trägt, ist zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. (Heiterkeit.) In einem Flugblatt debütiert Herr Schweinburg der alten hebräischen Ausdrucksweise der Bibel (große Heiterkeit): Wir werden heimgejagt werden an unseren Andern und Kindeskindern bis ins dritte und vierte Glied. (Große Heiterkeit.) Dann wieder bringt er Beispiele aus der Geschichte: Es würde uns ergehen wie Rom, das den Germanen, Konstantinopel, das den Türken zum Opfer gefallen sei. (Große Heiterkeit.)

Doch, meine Herren, das ist ja alles nichts Neues. Ich erinnere Sie nur an die Vorgänge bei den Septematswahlen, als es sich um Militärbeschlagnahmen handelte. Damals hieß es, wenn das Septematt nicht bewilligt würde, würden blutige Kriege kommen, die Frauen würden vergewaltigt, die Männer erschlagen werden. (Große Heiterkeit.) Das wurde auf den Bildern der Flugblätter in grauenhaften Farben geschildert. Ich stelle eine Kollektion derselben dem Herrn Ober des Reichs-Marineamts zur Nachahmung zur Verfügung. (Stürmische Heiterkeit und lebhaftes Bravo! links.) Daß ich es für sehr gefährlich halte, die Standorte des Kaisers in solche

Kämpfe hineinzuziehen (sehr richtig! links), daraus habe ich bei der Kanalvorlage kein Hehl gemacht. Der Eindruck, den eine solche Vernunft auf den Monarchen wohl anfänglich macht, kühlt sich naturgemäß ab, je öfter man es thut. Eine eventuelle Niederlage ist dann auch eine Niederlage für die Person, auf die man sich berufen hat. (Sehr richtig! links.)

Hier handelt es sich aber in der That um weit mehr, als um eine kleine Zahl von Schiffen. Gestern und vorgestern ist der Regierung von der rechten Seite her eine doppelte Kriegserklärung zugegangen, wie sie unzweideutiger nicht gedacht werden kann, und wir müssen der Regierung heute von links ebenfalls ein Mißtrauensvotum erteilen, freilich aus anderen Gründen. Die Taktik der Regierung ist uns zu impulsiv, zu sprunghaft, zu sehr von plötzlichen Eingebungen beherrscht, zu wenig selbständig, so daß auch wir ihr nur ein entschiedenes Mißtrauen entgegenbringen können. In der auswärtigen Politik sind wir dem Fürsten Bismarck fast nie entgegengetreten, so heftig wir auch seine innere Politik bekämpft haben, aber die auswärtige Politik des neuesten Kurses mit ihrem Stichwort der Weltpolitik ist uns zu phantastisch, um ihr irgend wie Vertrauen entgegenzubringen. (Lebhaftes Bravo! links, Pfiffen bei den Nationalliberalen, erneutes lebhaftes Bravo! links.)

Bayerischer Bundesbevollmächtigter Graf v. Lerchenfeld:

In den mehrtägigen Debatten ist vielfach über die Stellung des Bundesrats gesprochen worden und ich werde mich veranlaßt, hier einige Ausführungen zu geben. Zunächst wende ich mich gegen Herrn v. Kardorff, der behauptet hat, der Bundesrat scheine ihm in dieser Frage nicht mit der nötigen Rücksicht behandelt worden zu sein. Herr v. Kardorff irrt. Auch hier wie bei allen anderen Vorlagen ist durchaus korrekt vorgegangen worden. Soweit es überhaupt möglich war, hat der Bundesrat Kenntnis von den Absichten der Reichsleitung erhalten und auch die nötigen Unterlagen, so daß er sich ein eigenes Urteil bilden konnte. Herr Kardorff wünschte, daß die alte Tradition gewahrt werde. Diese alte Tradition ist gewahrt worden, es sind die Rücksichten beobachtet worden, auf die die deutschen Fürsten und die Bundesregierungen Anspruch haben. Ich wende mich nun gegen Herrn Richter und möchte zunächst gegen die Bezeichnung „Registrierbureau“ Verwahrung einlegen. Herr Richter hat sich dann auch selbst widerlegt. Er hat den Reichszentraler ganz richtig dahin verstanden, daß eine Vorlage noch gar nicht vorliegt, nur die Umrisse sind im allgemeinen festgelegt. Eine Bestimmung der Geschäftsordnung, wie sie Herr Richter vorgegetragen hat, kenne ich nicht. Der Bundesrat nimmt von den Vorlagen in verschiedener Weise Kenntnis: durch Korrespondenz oder mündliche Befragung, oder gemeinschaftliche Auseinandersetzung. Zur Flottenfrage hat bisher nur eine vorläufige Stellungnahme im Bundesrat stattgefunden. Man ist sich dahin schlüssig geworden, daß eine wesentliche Vermehrung der Flotte notwendig ist und unter diesem Gesichtspunkte wird die Prüfung vorgenommen werden. Der technischen und finanziellen Seite der Frage ist damit in keiner Weise vorgegriffen worden. Zum Schluß möchte ich mich noch mit einer Bemerkung des Herrn Vebel beschäftigen. Er sagte, er hätte nichts dagegen, wenn der Bundesrat expropriert würde. Ich glaube, die Aeußerung ist nicht sehr ernst genommen worden, aber ich möchte doch dagegen namens des Bundesrats Verwahrung einlegen. Ich habe mich über die Aeußerung des Herrn Vebel nicht gewundert. Der feste Zusammenhalt der deutschen Fürsten und ihrer Völker bildet die feste Stütze für die Erhaltung des Reichs. So lange diese ideale Uebereinstimmung zwischen den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten besteht, wird das deutsche Volk geübt und der Weigen des Herrn Vebel nicht blühen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Staatssekretär des Reichs-Marineamts Tirpitz:

Ueber das Ziel der neuen Flottenvorlage ist zwischen dem Herrn Reichszentraler und den Staatssekretären des Auswärtigen Amtes und des Reichs-Marineamts stets völlige Uebereinstimmung vorhanden. Eine Einwirkung des Marinekabinetts hat in keiner Weise stattgefunden. Der Artikel in der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist vom Reichs-Marineamt im Uebereinstimmung mit dem Reichszentraler veröffentlicht worden. In dem Inhalt dieses Artikels kann ich eine Vereinträchtigung irgend welcher Rechte des Reichstags oder Bundesrats nicht erblicken. Vor drei bis vier Jahren wäre ein solcher Artikel gewiß noch hürlos am deutschen Volke vorübergegangen. Jetzt ist das anders. Das Volk sieht ein, daß wir zu lange mit der Schaffung einer angemessenen Flotte gezögert haben und ist begeistert für die Flottenvorlage. Es sieht ein, daß ein großer Welthandel nicht aufrecht zu erhalten ist ohne eine weitestehende Verstärkung der Flotte. Aus dieser Stimmung des Volkes heraus sind wir dazu gekommen, die Novelle zum Flottengesetz einzubringen.

Was nun die persönlichen Angriffe des Herrn Abgeordneten Richter anlangt, so möchte ich ihm zunächst bemerken, daß der Widerspruch zwischen meinen heutigen und meinen früheren Erklärungen nicht ein so großer ist, wie er annimmt. Ich habe gesagt, das letzte Flottengesetz reiche für die gefährdeten Interessen aus — eingekauft sind dabei natürlich auch die gegenwärtigen Gefahren —. Diese Interessen und Gefahren haben sich eben geändert. An verschiedenen Stellen habe ich in meinen Reden damals die Möglichkeit einer notwendigen Vermehrung der Auslandsschiffe in Rechnung gezogen. Herr Richter hat diese meine Erklärungen selbst so aufgefaßt und immer darauf hingewiesen, daß nach seiner Ansicht es mit den damaligen Flottenplänen nicht abgehen sei. Er hat z. B. aus meiner Aeußerung: das sei die notwendige Minimalgröße für Auslandsschiffe, die Möglichkeit einer späteren Vermehrung herausgelesen. Einen gewissen Widerspruch will ich aber gern zugeben. Es wäre für mich natürlich viel bequemer gewesen, das Exeriment platt durchzuführen, aber das Wohl des Vaterlandes bedingt nach meiner Meinung eine Flottenverstärkung und im Interesse des Vaterlandes nehme ich die Unbequemlichkeit, den neuen Plan zu vertreten, auf mich.

Herr Richter hat dann viel über die Pressebewegung zu Gunsten der Flottenvorlage gesprochen. Ich glaube, er überschätzt meinen Einfluß auf diese Bewegung. Auf den Flottenverein z. B. habe ich nicht den geringsten Einfluß. Im übrigen will ich alles thun, diese Bewegung in solchen Schranken zu halten, daß eine Verständigung zwischen den entgegenstehenden Faktoren über die Vorlage nicht erschwert wird. Herr Richter kann mich vielleicht darin etwas unterstützen, denn gerade die Angriffe, welche die von ihm abhängige Presse gegen die Flottenvermehrung erhoben hat, haben viel dazu beigetragen, daß auf der anderen Seite etwas stark aufgetragen wurde. So lange Herr Richter für sich das Recht in Anspruch nimmt, das Volk in seiner Weise aufzuklären, so lange nehme ich auch für mich und das mir unterstellte Amt das Recht in Anspruch, das deutsche Volk öffentlich über seine vitalsten Lebensinteressen, wie ich sie verstehe, aufzuklären. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) (Schluß siehe Hauptblatt.)

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Tochter und Schwester Hedwig HAWA, am 12. Dezember, nach längerem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Samstag, den 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Dandelsbühnen am hiesigen Friedhofe statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Hedwig HAWA, geb. Vogdt, Dienstag, den 12. Dezember, nach längerem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Samstag, den 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Dandelsbühnen am hiesigen Friedhofe statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung. Sage hiermit allen Freunden und Bekannten, sowie der Direktion, Beamten und Kollegen der Aktien-Gesellschaft Schiffer u. Walder für die reichen Blumenpenden und die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank. 13720 Frau Vogdt.

Die Beerdigung, welche ich irrthümlich gegen Frau Stark, Reichenborsferstraße 47, ausgeschrieben habe, nehme ich hiermit zurück und erlasse dieselbe als ehrende Frau Krüger.

Vereins-Kränze
Trauer-C. Jürgens
Souquet und Kranzbinderei
Kottbuserstr. 3, Wasserthorstr. 69.

Blattreihe 2,75 u. 3,00 Mk. netto, plus Porto, von 3,00 Mk. an. 25, 30, 40 Pf. Blatt 50 Pf.
Oderbrücker Gasse 50 u. 55.
Kaulsdamm, Hühner, Enten, Tauben.
A. Ritschl, Dresdenstr. 61.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 15. Dezember.
Opernhaus. Elekried. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Die Journalisten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Probefandbat. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leitung. Die Gäre. Anf. 7 1/2 Uhr.
Berliner. Bergidol. Künstler. Heute: Heider. (Wofa Sucher). Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Das Kästchen von Hellbrunn. Anfang 8 Uhr.
Neues. Gegen den Strom. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Vorletztes Gastspiel von Sign. Prosski: La Traviata. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Willkürherrscher. Anf. 7 1/2 Uhr.
Reichens. Gulch und Reichensdäch. Vorher: Die Nichte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luise. Kurbad Centrum. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weick. Der Weltuntergang. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshildisches. Ein gesunder Junge. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Benu von der Markthalle. Anfang 8 Uhr.
Belie. Alliance. Gesellschaft des Schillertheater-Theaters. Hier vom Schillertheater. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Entanme im Bode. Spezialitäten - Vorstellung. Anf. 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten - Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Im Theater: Der dunkle Erdteil. Vorher: Der Spiess: „Licht und Farbe“.
Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
 Im Theater abends 8 Uhr:
Transvaal.
 Vorher: **Der dunkle Erdteil.**
 HÖRsaal: **Dr. Spiess:** „Licht und Farbe“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Neu!
Anatomisch. Museum.
 Dienstags für Damen.
Passage-Theater
 Beginn des Konzerts 5 Uhr, der Vorst. 7 Uhr. 15. erstklass. Deb.



CASTANS PANOPTICUM

Gr. Weihnachts-Ausstellung
 mit Berliner Weihnachtsmarkt (Schlossplatz) im 18. Jahrhundert
 Im Theater-Saal:
Zindarella.
 Die Weihnachts-Beschörung. Die heilige Familie. Konzert einer Damenkapelle. Der Wunderhund „Schimmel“.
Die Boeren.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frauunterstr. 132.
 - Zum Behn des Nationalbants -
Der Weltuntergang.
 Anfang 8 Uhr.
 Im Tunnel v. 7 Uhr an Freikonzert.
 Sonnabend: Gollas der Kinder-Weihnachtsmärchen für Jung u. Alt.
Nischenbrödel.
 Jandermärchen.
 Sonntag: Schneewittchen und die sieben Zwerge.
 Montag, d. 25. Dezember, 1. Feiertag: Kinder der Gölle. Phantastische Musikantenkapelle mit Gesang.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
 Zum Schluss:
„Zwölfstimmiger Vogel“.
 Tagesstätte 11-1. Anf. präc. 8 Uhr.



Cirkus Busch.

Heute, Freitag, den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr.
Humoristischer Abend.
 Zum 36. Male:
Die Camorra.
 Von der gefantemten Grotte als das größte und imposanteste Densations-Schauspiel des Jahrhunderts amierant.
 Morgen, Sonnabend, den 16. Dezember 1899, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Abend.
 Am Sonntag, den 24. Dezember (Feiertag): Zwei große Vorstellungen: Nachmittags 3 Uhr und abends 6 Uhr. Ende präc. 8 Uhr.
 In beiden Vorstellungen hat jeder Erwachsene ein Kind unter 10 Jahren frei, weitere Kinder unter 10 Jahren zahlen auf allen Plätzen mit Ausnahme der Gallerie halbe Preise.
 Nachmittags 3 Uhr: Olymp. Spiele.
 Abends 6 Uhr: Die Camorra.

Cirkus Alb. Schumann.

Heute, Freitag, den 15. Dezember, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Wohltätigkeits-Vorstellung
 zum Behn des 5. Lokal-Komitees des National-Bants für Veteranen. Ganz exquisit Programm. Auf treten der besten, sowie der neu engagierten Künstler. Damen u. Herren in ihren Glanzleistungen. - Die neuesten Original-Dressuren des Direktors Albert Schumann. - Der Schöpfer und Erfinder aller neuen Dressuren.
 Nur noch 3 Tage: Auftreten der **Original-Transvaal-Boeren.**
 Zum Schluss zum 37. Male: Der erste Schläger der Salson. Größtes Nischenhauspiel.
Schwarz und Weiß
 - mit künstlerischen Einlagen -
 Sonntag: Zwei Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.
 Nachmittags 1 Kind frei.

Schiller-Theater

(Wollner-Theater).
 Freitag, abends 8 Uhr:
Das Kästchen von Hellbrunn.
 Großes histor. Ritterhausspiel in 5 Akten von Heinrich von Kleist.
 Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
 So nntag, nachmittags 3 Uhr:
 III. Vorstellung im Schiller-Gebäude:
Don Carlos.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Cyrienne.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Der Bettelstudent. Von G. Müllers.

Thalia-Theater.

Tei. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
 Zum Behn der Stiftung: „Nationalbank für Veteranen“.
 einmalige Aufführung von:
Der Millionenbauer.
 Kopie: Emil Thomas.
 Sonnabend, den 16. Dezember, nachmittags 4 Uhr: In kleinen Preisen: Im Janderraum der Weihnachts- Jandermärchen mit Gesang in 3 Akten.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Der Plagmajor.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
 Nur noch bis Sonntag das reichengroße erstklassige **Weihnachts-Programm!**
 The Alfredos. Olympische Spiele. Niers Angende Kiroboten. La belle Theresita. Seilkünstlerin. Tilly Perry. Carelton. Helene Voss.
Ein Morgen in Süd-Afrika.
 Urkünstlerische Vorstellung von der Savett-Druppe.

W. Noacks Theater,

Braunstr. 16.
 Täglich:
Friede auf Erden.
 Lebensbild mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Hugo Schulz. Musik von Karben.
 Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzfränzchen.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir.: Rich. Schultz.
Liane de Vries.
 Das brill. Dezb. Specialität.
Programm.
 Um 1/9 Uhr:
Rund um Berlin.
 Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Das ausgezeichnete Specialitäten-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Voranzeige!
 Montag, 18. Dezember 99:
 Zum erstenmale:
Im Reiche des Indra.
 Operette in 1 Akt mit 3 Bildern und Apotheose von Leopold Ely und Bolten-Bäckers.
 Musik von Paul Lincke.
 Der Vorverkauf hat begonnen. Vorverk. v. 10-1 Uhr im Theater.

Maehrs Theater

Oranienstr. 24.
 Täglich:
„Mit vollen Segeln“.
 Lebensbild
 in 3 Akten von Hugo Schulz.
 Vorher: **Specialitäten.**
 Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
 - Pons wochentags gältig.

American-Theater.

Dresdenstr. 96. Dir.: Emil Schaub.
„Berlin ulkt!“
 und 10 erstklassige Debüt.
 In Vorbereitung:
„Berliner Boulotte“.
 Anfang 8 Uhr. Kaffeneröffnung 7 Uhr.

Charlottenburg.

M. Schmerberg

Wilmersdorferstr. 127.
 Uhrmacher und Goldarbeiter.
 Großes Lager von Uhren und Alfenidewaren zu äußerst billigen Preisen.
 Jede aus meinem Geschäft gekaufte Uhr wird von mir selbst abgezogen und liefert für den guten Gang derselben eine 3jährige schriftliche Garantie.
 - Ausweis bereitwillig.
 - Unvergleichlich schöne Muster.

Berfolgt wird

der Zweck von mir, beste Waren auch im Einzelnen zu wirklichen Engrospreisen zu verkaufen, wovon jeder sich leicht überzeugen kann durch meinen (feine Offenzimmer), nur wohlbedunntlicher, reiner Jamaica-Beichmit, 1/2 Hl. (4 Liter) inkl. von 90 Pf., und 1/4 Hl. inkl. von 50 Pf., an, feiner alten Nordhanser, pro Hl. 50 Pf., Halb u. Halb, 1/2 Champ. Hl. 90 Pf. inkl. süss. Ungarwein, 1/2, Orig. Hl. inkl. von 90 Pf., an, re. re.

Ignatz Sello,

Weinhandlung und Vikorfabrik.
 110. Braunnstr. 110,
 neben dem Straßenbahn-Depot.
 Filiale: **Kastanien-Allee 27.**
Warum sind die Zähne so teuer?
 Besonders durch das Abzählungsweisen. Reißende müssen von Hand zu Hand gehen und die Gerte zur Behandlung von Zähnen überlassen. Für jeden Kunden erhält der Reissende ca. 10 M. Provision. Ferner bekommt der Reissende 10 Prozent der einfließenden Gelder. (1902)
Wer muß dies alles bezahlen?
Tuch nur der Patient!
 Damit auch der Unbestimmteste etwas für seine Zähne thun kann, berechne ich: **Blenden 1 M., Schmerzlosed Zahnziehen 1 M., Reparatur 2 M., Zähne 1,50 Mark.**
 Die besten Kosten dem Zahnarzt nur ca. 50 Pf., u. solche 100 M. Belohnung, wer nachweist, daß die Zähne, für die andere 3, 4 u. noch mehr Mark nehmen, besser sind.
E. Fuhrmann,
 jetzt Kastanien-Allee 75, I.
 Sprecht. 9-7 Uhr, Sonnt. 9-2 Uhr.

Deutsche Hausfrauen!

Der Winter steht vor der Thür! Die in ihrem Raupfe und Dasein ihrer ringenden armen Thüringer Handwerker bitten um Arbeit!
 Dieselben bieten an:
 Tischtücher, Servietten, Taschentücher, Hand- und Küchentücher, Säuererücher, Rein- und Halb-Weinen, Bettzeuge, Bettspers und Trells, Halbwoollene Kleiderstoffe, Altküchengeräthe u. Spruchreden, Kaffeebierdecken usw.
 Sämtliche Waren sind gute Handarbeit. Diese Tausend Auerkennungs-schreiben liegen vor. Muster und Preisverzeichnis senden auf Wunsch portofrei zu Diensten, bitte verlangen Sie dieselben!
Thüringer Weber-Verein
 Gotha. 13336

Achtung! IV. Wahlkreis. Achtung!

Montag, den 25. Dezember (1. Weihnachts-Feiertag):
 im „Konzerthaus Sanssouci“, Kottbuserstrasse 4a:
Matinee
 veranstaltet von den Parteigenossen.
 Auftreten
der „Hoffmannschen Norddeutschen Sänger“.
 Kaffeneröffnung 11 Uhr. - Billets 30 Pf.
 Anfang präcise 12 Uhr.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 216/2
 Programm gratis.
 Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Bentstr. 20/22:
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Bezirksversammlung
Moabit
 am Sonntag, den 17. Dezember er., vormittags 10 1/2 Uhr, Stromstraße Nr. 28.
 Tages-Ordnung: 1. Lohn- oder Accordarbeit. Referent: Kollege Haas. 2. Diskussion. 3. Wahl der Werkstatt-Kontrollkommission. 4. Berichts- und Berichtigungsangelegenheiten. 279/6
 Pflicht aller Kollegen ist es zu erscheinen.
Achtung, Vertrauensmänner!
 Morgen, Sonnabend, werden auf den Zahlstellen die Fragebogen bezüglich Accords oder Lohnarbeit abgegeben. Wir ersuchen die Vertrauensmänner jeder Werkstatt, sich einen solchen Fragebogen zu besorgen und denselben nach baldmöglichster Rückführung, und zwar bis Sonnabend, den 23. Dezember, auf den Zahlstellen oder im Arbeitsnachweis, Kamenstr. 39, abzugeben.
 Sonnabend, den 30. Dezember, bleiben die Zahlstellen geschlossen.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

und Berufsgenossen Berlin und Umgegend.
 Montag, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Graumann, Ranninstr. Nr. 27:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Berichtungsangelegenheiten.
 Die Zahlstelle in Nixdorf befindet sich Jägerstr. 69 bei Herrn Sy.

Mittwoch, den 27. Dezember (3. Weihnachts-Feiertag):
Großes Weihnachts-Vergnügen
 und Kinderbescherung
 in Schuegelberg 6 Pfeifen (Zubehör: Schindler), Gasenbride 21.
 Billets a 25 Pf. inkl. Garderobe und Tanz. - Anfang 5 Uhr.
 Billets sind zu haben im Arbeitsnachweis Ranninstr. 75 und bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern. 143/0
 Der Vorstand.

Verband der Sattler u. Tapezierer

Verwaltungsstelle Berlin I.
 Sonnabend, den 16. Dezember 1899, abends 9 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Lokale Neue Köstrasse Nr. 3.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag der Genossin Clara Haase über: „Die Schäden der Hausindustrie.“ 2. Diskussion. 3. Berichtendes. 159/5
 Um zahlreichen Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.
 Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Ewald, Schönleinstraße Nr. 6:
Mitglieder-Versammlung
 der
Holz- und Bretterträger Berlins u. Umgegend.
 Tages-Ordnung:
 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Berichtendes. - Auch werden für die Mitglieder Billets zum Rosenfest abgegeben. 84/10
 Um zahlreichen Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Verband des Technischen Bühnenpersonals.

Sonnabend, den 16. Dezember, abends 11 Uhr, Neue Köstr. 3:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Protokoll. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Berichtendes und Tragetagen.
 Der Vorstand. 137/5

Verein der Zimmerer

Berlins und Umgegend.
 Am Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 10 Uhr, bei Cohn, Bentstr. 20 (gr. Saal):
Außerordentl. General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vereins Angelegenheiten (Antrag des Vorstandes).
 2. Vortrag des Genossen Dr. Wehl über: „Alkoholismus und moderne Arbeiterbewegung“.
 3. Diskussion. - 4. Berichtendes.
 Die Wichtigkeit obiger Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Mitglieder.
 Der Vorstand. 257/30

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 16. Dezember 1899, abends 8 1/2 Uhr, Weidstr. 15:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung: Wahl des gesamten Vorstandes für das Jahr 1900. (199/12)
 Der Vorstand.

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!

(Zahlstelle Berlin III.)
 Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 9-11 Uhr: Beitragszahlung für Rosenfelder und Schönhauser Vorstadt bei dem Restaurateur Richard Augustin, Schönhauser Allee 73. 45/15
 F. A. Schmidt.
 Namhafte Ersparnis im Haushalt erzielt die Hausfrau mit **Lösl. Frühstücks-Suppen**
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Wärze
MAGGI
 Grosse Auswahl stets frisch bei Paul Flatow, Rummelsburg, Schillerstr. 8.
 Eignen sich als praktische Weihnachtsgeschenke ganz besonders!

Ausverkauf

wegen Berufswechsels!
Uhren u. Goldwaren
 spottbillig.
Georg Wagner,
 Skalitzerstr. 136
 - (nahe dem Kottbuser Thor) -
Otto Malicke,
 Reichenberger-Strasse 15
 am Kottbuser Thor.
 2. Geschl.: **Oranienstr. 144.**
 Sped. fetter a Pfd. 55, bei 5 Pfd. 50 Pf. mager 70, 5 65
 Döllschke Zwickellederwurst a Pfd 55
 Köhlinger Rotwurst 65
 A. Leberwurst 75
 Baum. Landleberwurst 85
 Braunfärbiger Reithorst 75
 Polnische Bratwurst 65
 Pa. Schmalwurst u. Salami 105
 Pöschelwurst 110
 Göt. oder Landwurst 100
 Margarine 90, 70 u. 80
 Kaffee ohne Knochen . a Pfd. 65

Klub-Pfeifen,

Jagd-, Turner-, Marsch-Pfeifen.
 Feine Wiener Meerschaum-Spitzen, Spazierstöcke, Schachspiele, Damenbrötter etc.
Scheunert & Wirth
 Berlin O.
 Blumenstr. 13.
 Laden. (32002)



Weihnachts-Ausverkauf!

Puppenwagen / auherordentl.
 Kinderwagen / lich billig!
 Sportwagen
 Max Brinnar, Jerusalemstr. 42.
 Filiale: Braunnstr. 6.
 Geschäfte Golen von 3 M. an;
 Oberländer Gürtel von 45 Pf. an;
 Zeltbengel, Komplette, anerkt. im Weltmarkt, Bund 40 Pf.;
 Sped 55 Pf.; 1a Feine u. Land-
 Leberwurst Pfd. 75 Pf.; feine u. feinste Fleischwaren zu bill. Preisen; Cognac empfehlenswert und billig empfiehlt G. Dudda, Admiralstr. 8.

Große Betten 12 M.

(Oberst, überst, zwei Akten mit gereinigtem neuem Federbett bei G. Dudda, Berlin S., Braunnstr. 40. Preisliste kostenlos. Diese Auerkennungsfreien.
 Herren u. Knaben-Garderoben-Fabrik stellt zum billigen Verkauf, da Saison an Ende, Tücheln, Paletots, Schlafroben, Wjads, Anzüge. 139/16
 Spandauerstr. 74/75, 3 Treppen.

Steppdecken

am billigsten in der Fabrik von
Emil Lafèvre,
 Berlin S., Oranienstraße 158.
 Gelegenheitskäufe in Schlaf-, Reise- und Federbetten. (*
Pracht-Katalog
 (144 Seiten stark) gratis u. postfrei.

Specialgeschäft für fertige Wäsche

Emil Vogt
 Berlin SO., Oranienstr. 169,
 zwischen der Albrechtstraße und dem Oranienplatz. (3252)*
 Oberhemden, Servietten, Kragen, Manschetten, Krautatten, Damen- und Kinderwäsche, Gardinen, Schürzen etc.
 Nur gute Ware zu billigen Preisen
 Eigene Wäscherei im Hause.

Konrad Friese

Müllerstr. 4
 am Wedding.
 Großes Lager in
 Uhren, Uhrenketten, Gold- und Silberwaren,
 Cypriete Artikel, Brillen, Thermometer, Theatergläser, Musikwerke, Spielböden, Tausende von Blüten (Spielend, von Nr. 6.- an, re. (31812)



Die Ehrung der Revolution,

Die nach vollziehlicher Weisheit in dem Bau des bescheidenen Friedhofportals liegen soll, ist, wie wir gleich vorweg mitteilen wollen, in der gestrigen Sitzung des Ober-Verwaltungsgerichts unter Beihilfe eines wunderbaren juristischen Apparats glücklich inhibiert worden.

Es muß nützlich sein für ein polizeistrommes Gemüt, in der Bewunderung der preussisch-deutschen Land- und Wasserherrlichkeit fortwährend durch den Anblick lebendiger Toter gestört zu werden. Am Mittwoch mußte der normal-patriotische Justizhaus-Deutsche erfahren, daß ein Poet, der seit 43 Jahren auf dem Friedhof von Montmartre eingegraben liegt, ingentert in deutschen Proletariat umherwandelt und ihm Interjektion giebt, wie man das Kind mit großem Mißbehagen verläßt oder verbrennen muß.

Wir, die legitimen Erben jener Toten, aber stieren und Lachen. Eachen, weil in der Hera des permanenten Fildzudrubs die Körper einer Zeit noch lebendig sind, über deren Gräbern die Geschichte beim normalen Verlauf der Entwicklung schon seit langem leidenschaftlos den Palmzweig niedergelegt hätte.

Die Angelegenheit unterstand dem vierten Senat des Ober-Verwaltungsgerichts. Der Vorsitz führte Herr von Weheren. Nach dem Vortrage des Ober-Verwaltungsgerichts-Rats Reichman, der 1/4 Stunde wahrte, nahm Justizrat Kleinholz als Vertreter des Magistrats das Wort. Er wiederholte die bekannten rechtlichen Einwände gegen die Verfügung des Polizeipräsidenten und machte geltend, daß ein über das zulässige Maß hinausgehender Eingriff in das private Bau-recht der Stadt vorliege. Das Ober-Verwaltungsgericht selbst habe entschieden, daß ein Eingriff in das Privatverhältnis nur dann statthaft sei, wenn es sich um öffentliche Interessen und um eine unmittelbar bevorstehende Gefahr handele, die auf keine andere Weise zu beseitigen sei.

Herr Regierungsrat Zacher, der das Polizeipräsidenten vertrat, verlangte die Abweisung der Klage, ohne neues vorzubringen. Er konstatierte, daß die Polizeibehörde die Befugnis zu ihrer Verfügung aus den §§ 10 II 17 und 66 I 8 des Allgemeinen Land-rechts herleite. Nach dem ganzen Gange der Vorverhandlungen in den städtischen Körperschaften und nach der objektiven Lage des Falles soll das im Verhältnis zu dem kleinen einfachen Kirchhof geradezu monumentale Portal nur den Zweck haben, die Gefallenen von 1848 zu ehren und die Revolution zu verherrlichen.

Der vom Minister des Innern entsandte Staatskommissar Geh. Ober-Regierungsrat Raubach sprach nur ein paar Worte, indem er mitteilte, daß das Ministerium so denke wie das Polizeipräsident und der Bezirksausschuß. Er sei zur Verhandlung delegiert worden besonders in Rücksicht auf die Bedeutung, welche der Sache im öffentlichen Interesse beizulegen, und im Hinblick auf die übertriebene Agitation in der Presse.

Das Urteil.

Nach 1 1/2 stündiger Beratung publizierte der Vorsitzende v. Weheren folgendes Urteil:

Die Berufung des Magistrats ist nicht für begründet erachtet und darum abgewiesen worden. Die Polizei habe die Bau-erlaubnis für das geplante Portal erteilt, weil sie von dem Bau eine Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit befürchte. Nach Annahme des Magistrats solle nun die Ortspolizeibehörde zum Erlaß dieser Verfügung nicht zuständig gewesen sein. Es könne dahingestellt bleiben, ob, wenn der Einwand berechtigt wäre, die Klage nicht doch abgewiesen werden müßte, da der Polizeipräsident auch Landes-Polizeibehörde sei. Der Einwand sei aber hinfällig, denn der beklagte Polizeipräsident übe unbestritten die Hauptpolizei in Berlin als Orts-Polizeibehörde aus. Und hierbei sei sie keineswegs beschränkt auf Wahrnehmung der bau-technischen Anforderungen, wie sie in der Regel — und auch in Berlin — durch Hauptpolizei-Verordnungen festgelegt werden. Vielmehr habe sich ihre hauptpolizeiliche Tätigkeit nur in den Schranken zu halten, die das Gesetz im § 10 II 17 Allg. Landr. den Befugnissen der Polizei überhaupt setze. Auch der Hauptpolizei sei der Schutz der öffentlichen Ruhe und Sicherheit und Ordnung überhaupt zuzugestehen, oder sie habe, wie der § 66 I 8 Allgemeinen Landrechts sage, dafür zu sorgen, daß zum Schaden oder zur Unsicherheit des Gemeinwehns kein Bau vorgenommen werde. Jetzt zur tatsächlichen Begründung: Zahlreiche Kennerungen in der Presse, in Versammlungen und in öffentlichen Körperschaften seien vielfach auf eine abstrakte Rechtfertigung eines Rechtes auf Revolution hinausgelaufen und es sei auch die Frage aufgeworfen worden, ob sich nicht die Revolution von 1848 historisch rechtfertigen lasse und eine große Bedeutung für das preussische Staatsleben habe. Diese Frage habe nach Wahrgabe des geltenden Polizeirechts hier pänglich auszuweisen. Es sei nicht die Aufgabe der Polizei, an Stelle der Politiker oder Geschichtsschreiber über die Bedeutung von Revolutionen zu Gericht zu sitzen. Sie habe vielmehr allen Ver-suchen, die öffentliche Sicherheit durch die Pflege revo-lutionärer Gesinnung zu gefährden, soweit entgegenzu-treten, als ihre Mittel reichen. Darum dürfe sie jede Revolution unter keinem anderen Gesichtspunkte behandeln, als dem eines positiven Eingriffes gegen die bestehende staatliche Ordnung. Der Ver-treter des Magistrats habe geltend gemacht, daß aus den Neben einzelner Stadtverordneten nicht gefolgert werden könne, daß die Revolution verherrlicht werden solle usw. Diesen Angriffen gegen-über müsse anerkannt werden, daß die Begründung des Bezirksausschusses hauptsächlich nicht ganz einwands-frei sei, und zwar insofern, als der Vorder-richter ein entscheidendes Gewicht auf den Zweck der Bauausführung lege. Der Zweck könne nicht entscheidend sein. Für die Polizei könne nur maßgebend sein, ob das Bauwerk geeignet sei, die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu gefährden. Diese Frage sei allerdings nicht bloß nach den Absichten des Magistrats zu beantworten, sondern es seien vielmehr alle die Umstände zu berücksichtigen, die überhaupt Anlaß zu geben im stande seien. Und von diesem Standpunkte ausgehend,

müsse der Senat dem Bezirksausschuß völlig beitreten. Der Bau würde in den weitesten Kreisen als eine Ehrung der Revolution betrachtet werden. Das sei durchaus erklärlich, wenn man den Zusammenhang der Verhandlungen in den städtischen Körperschaften berücksichtige, aus denen schließlich der Magistrat mit seinem Plan für einen Portalbau herausgekommen sei. In diesem Zusammenhang könne der Portalbau sehr wohl als „Rest einer Ehrung“ aufgefaßt werden, die erst durch ein förmliches Denkmal, und als das sicherste, durch die Niederlegung eines Kranzes dargebracht werden sollte. Und das umso mehr, als das unter allen Umständen monumentale Portal zu dem kleinen, verfallenen, einfachen Friedhof mit seiner Ilosen Einfassung zu wenig passe, daß darin mehr zu erblicken sei, als ein gewöhnliches Friedhofportal. Die Thatsache sei so klar, daß es der angebotenen Ausstellung eines Modells in der Größe des gewünschten Portals nicht erst bedürfe. Der geplante Bau könne sehr wohl als eine Ehrung der Revolution und der in ihr Gefallenen angesehen werden und sei so geeignet, die revolutionäre Gesinnung im Volke zu beleben, zu fördern und zu heben, sowie die öffentliche Ruhe und Sicherheit unmittelbar zu gefährden. Bei der Leidenschaft, mit welcher das Publikum politische Fragen zu erörtern pflege, könnte das Portal unmittelbar zu Anstößen den Anlaß geben. — Es möge anerkannt werden, daß dem Magistrat die Absicht der Ehrung ferngeliegen habe, aber darauf komme es nach dem vorher Besagten absolut nicht an. Die objektive Schädlichkeit des Baus für die öffentliche Ruhe und Sicherheit sei nachgewiesen, und das genüge.

Lokales.

Der polizeilichen Auflösung verfiel die für gestern abend nach dem Allen Schützenhause einberufene Versammlung des Wahlvereins für den fünften Wahlkreis. Der Einberufer hatte nach Ansicht des überwachenden Beamten die geographisch erlaubte Frist verstreichen lassen, ohne die Versammlung zu eröffnen.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat gestern wiederum gezeigt, daß sie für kommunale Socialpolitik nicht zu haben ist — „principiell“ nicht. Die Magistratsvorlage, betreffend die einheitliche Regelung des Submissionsverfahrens, war von unseren Genossen als Anlaß benützt worden, im Interesse der Arbeitnehmer die Annahme gewisser Bestimmungen unter die Submissionsbedingungen zu beantragen. Vor allen Dingen sollten die Unternehmer, die mit der Stadt Geschäfte machen wollen, verpflichtet sein, ihren Arbeitern einen anständigen, durch die Arbeiterorganisationen anerkannten Lohn zu zahlen. Behaltliche Forderungen hatte der Stadt. Karl Goldschmidt von der „Neuen Linken“ gestellt, doch wollte er hinsichtlich der Lohnfestsetzung den Arbeitnehmern einen weniger weit gehenden Einfluß eingeräumt wissen. Der Ausschuß, dem die Magistratsvorlage überwiesen worden war, hatte sich aus „Princip“ dagegen erklärt, daß die Stadtverwaltung sich in die Verhältnisse der Unternehmer und ihrer Arbeiter hinein-menge; das sei ein Eingriff in das freie Verfügungsrecht. Dieselben Einwendungen wurden gestern auch im Plenum gemacht. Die socialdemokratischen Anträge unter unser Genosse Dupont. Er wies ihre Durchführbarkeit und Annehmbarkeit überzeugend nach, aber die Mehrheit der Versammlung war von vornherein entschlossen, sich nicht über-zugewinnen zu lassen. Gegenüber den Ausführungen Duponts und denen des Stadt. Karl Goldschmidt brachten zwei Unternehmer, die Stadtverordneten Häben und Kleefeld, den einseitigen Arbeitgeber-Standpunkt zum Ausdruck. Beide machten sich geradezu zum Sprachrohr des Unternehmertums. „Ich spreche von meinem Standpunkt, ich spreche als Unternehmer“ sagte Herr Häben mit dankenswerter Offenheit. Das „Princip“, von dem sich die Mehrheit der Versammlung in socialpolitischen Fragen leiten läßt, wurde durch einen kleinen Zwischenfall recht treffend gekennzeichnet. Als der Stadtverordnete Dr. Preuß zu Gunsten der Goldschmidtschen Anträge bemerkte: „Wie soll denn eine Kommune wie Berlin sonst Social-politik treiben!“ Da rief man ihm von allen Seiten zu: „Sollen wir ja gar nicht!“ Nein, sie wollten es wirklich nicht, darum lebten sie nicht nur die socialdemokratischen, sondern auch die Goldschmidtschen Anträge glatt ab. Dem Magistrat wurde es nicht für nötig gehalten, zu den Anträgen Stellung zu nehmen. Er wußte im voraus, daß er ihre Annahme nicht zu befürchten brauchte, deshalb konnte er es sich eripieren, dagegen zu sprechen.

Zur Beschaffung von Brennmaterial bekommt die Mehr-zahl der ständigen Almosen- bzw. Hülfege-geld-Empfänger der Stadt alljährlich eine besondere Winter-unterstützung von 6—10 M. Im Jahre 1898/99 wurde diese Unterstützung, die von den Armen „Holz-geld“ genannt wird, an 26 902 Almosenempfänger und 4024 Hülfege-geld-Empfänger gezahlt. Im ganzen wurden 261 852 M. dafür aufgewendet. Die Anzahlung des Holzgeldes erfolgt immer erst im Januar. Das mag viel-leicht für milde, erst spät beginnende Winter ausgehen. Wenn aber der Winter, wie in diesem Jahre, schon in der ersten Hälfte des Dezember kräftig einsetzt, dann muß es von vielen Bedürftigen als hart empfunden werden, daß sie erst im Januar Holzgeld bekommen. Der Wunsch, daß die Organe der städtischen Armenpflege ihre Tätigkeit weniger nach der Schablone ausüben, ist in diesem Jahre ganz besonders berechtigt. Auch in anderer Hinsicht sollte man bei Behandlung der Holzgeld-Angelegenheit weniger bureaukratisch verfahren. Das Holzgeld ist Anfang der 90er Jahre für einen Teil der Empfänger erhöht worden, aber seitdem ist der Durchschnitts-betrag pro Person Jahr für Jahr ziemlich derselbe gewesen. Ob der Winter früh oder spät beginnt, ob er hart oder milde ist, ob die Feuerungsmaterialien, wie in diesem Jahre, teuer oder ob sie billig sind — das alles hat keinen merklichen Einfluß auf die Höhe des Holzgeldes. Mit durchschnittlich noch nicht 8 M. für Feuerung kommt man ohnedies nicht weit, selbst in günstigen Wintern reicht das bei weitem nicht aus, um Stube und Küche ein paar Monate hindurch notwendig zu erwärmen. In ungünstigen Wintern müßte das Holzgeld mindestens das Doppelte betragen, und es würde auch dann noch nicht völlig die Kosten der Heizung decken.

Christbaumstamm thüringischer Parteigenossen. Wie im vorigen Jahre, so haben auch jetzt einige Berliner Genossen von den armen Arbeitern in Hohenlausa, Thüringen, einen Posten Chris-tbaumstamm übernommen, der im Konsumverein Nord, Sietzplatz 1, sowie bei Fritz Jubel, Reichenbergerstr. 182, Hof-rechts 1 Tr. zum Verkauf gebracht wird. Wir richten die Bitte an unsere Leser und Leserinnen, beim Einkauf diese Verkaufsstellen zu berücksichtigen und so den armen Parteigenossen in Thüringen eine Weihnachtsfreude zu bereiten.

Um die Rechtsabfuhr der städtischen Straßenreinigung, die vom 1. April 1900 ab auf 3 Jahre neu zu vergeben ist, haben sich diesmal ungewöhnlich viel Unternehmer beworben. Von 18 Ver-werbern wollen 6 die gesamte Abfuhr übernehmen; die anderen 12 bewerben sich nur um 1 oder 2 Lose bzw. Abteilungen. Bei den einzelnen Verwerbern gehen die Preise für ein und dasselbe Los sehr weit auseinander, doch spricht hierbei der Umstand mit, daß die Lage eines Loses für verschiedene Unternehmer verschieden günstig ist. Aber auch die für die ganze Abfuhr geforderten Preise sind sehr ungleich. Sie schwanken für die Rechtsabfuhr von 787 000 M. bis 885 000 M., für die Jahre Schnee von 2.45 1/2 M. bis 2.95 M. Der Unternehmer, der noch bis zum 1. April 1900 die Abfuhr hat,

bekommt 571 200 M. für die Rechtsabfuhr und 2.50 M. für die Jahre Schnee. Er hat bei der diesmaligen Submission für die Rechtsabfuhr den Mindestbetrag von 787 000 M., für die Schneefuhr 2.70 M. pro Jahre gefordert.

2560 Schneeschlitten sind mit dem gestrigen Tage von der städtischen Straßenreinigung Berlin eingekauft worden. Außerdem stehen 1200 Lastwagen zur Fortschaffung der Schneemassen bereit. Trotz dieses gewaltigen Aufgebots von Menschen und Material, zu denen noch das Personal der ständigen Straßenarbeiter hinzu-zurechnen ist, werden noch weitere Hilfsarbeiter eingestellt werden. Der Tage-lohn ist für diesen Winter auf 2.25 M. festgesetzt. Der Schnee wird, wie in den Vorjahren, teils in die Spree, teils auf die umliegenden Felder geschafft.

Der medizinische Jopf. Zu der Nachricht, daß eine hiesige Dame, Fräulein S., vom Kultusministerium die ärztliche Approbation erhalten und dann als Unterärztin bei der Berliner Sitten-polizei angestellt werden solle, erfährt die „Deutsche Med. Wochen-schrift“, daß allerdings Versuche gemacht worden sind, für Fräulein S. die Approbation zu erlangen, die Versuche aber völlig ergebnislos verlaufen sind.

Das jubelnde Deutschland. Es wird berichtet: Die Jahrhundertfeier wird nach Bestimmung des Kaisers von allen Erziehungs- und Unterrichtsanstalten begangen werden, und zwar ist dafür der letzte Schultag vor den Weihnachtsferien ausgerufen. Die Kabinettsordre datiert vom 11. d. M. Der Kaiser legt außerdem Wert darauf, daß dem Wechsel des Jahrhunderts auch von den wissenschaftlichen und Kunst-anstalten entweder zu Ende dieses oder zu Anfang des nächsten Vierteljahres durch geeignete Veranstaltungen Rechnung getragen wird. Der Senat der Universität wird erst am 20. d. M. über die Feier Bescheid fassen. Die Technische Hochschule hat den 9. Januar dafür vorgesehen. Innerhalb der Akademie der Künste werden die akademischen Hochschulen für die bildenden Künste und für Musik einen Festsaal vorbereiten.

Eine Ministerial-Kommission besichtigte gestern die dem Fiskus gehörigen und von diesem verpachteten Grundstücke Alexander-str. 10, 11 und 11a und Neue Friedrichstr. 5—8, die ehemalsigen Kasernen und nahm gleichzeitig das jetzt ebenfalls zu Privat-zwecken verpachtete ehemalige städtische Waisenhaus in der Neuen-Friedrichstr. in Augenschein. Es wurde trotz des Glens, das man bemerkt und über das wir berichtet haben — gefunden, daß die Zustände in den Kasernen keineswegs dekoriert seien, daß ein amtliches Ein-greifen geboten erschiene. Ueber den Befund soll dem Finanzminister Bericht erstattet werden. Der wird auch alles vorzüglich finden. Immerhin wird gemeldet, daß die Gebäude nächstes Jahr abgerissen werden sollen.

Das Polizeipräsident bringt in Erinnerung, daß bei ein-tretender Winterglätte die Bürgersteige, Granitböden und Klinkerbrücken mit Sand, Asche oder anderem abkumpfsenden Material bestreut werden. Das Streuen hat so zu geschehen, daß während der Stunden von morgens 7 bis abends 10 Uhr der Ent-stehung gefährlicherer Glätte vollständig vorgebeugt wird. Die Verpflichtung zum Streuen liegt den Besitzern derjenigen Grund-stücke ob, welche und soweit dieselben an die öffentliche Straße grenzen. In den Stunden von morgens 7 bis abends 8 Uhr müssen Bürgersteige und Klinkerbrücken frei von Eis und Schnee sein. Die Verpflichtung zur Abräumung des Eises und Schnees liegt den Besitzern derjenigen Grundstücke ob, welche an die öffentliche Straße grenzen, und erstreckt sich für den Einzelnen auf die ganze Aus-dehnung dieses Grenzgebietes. Der Abstand kann auf den Fahrdamm gebracht werden, muß dort aber mindestens 0.3 Meter von der Grenze des Bürgersteiges entfernt niedergelegt werden.

Erwicht und — entwicht. In einem großen Warenhause des Nordens hatte eine Kundin, welche dort wiederholt zu regelmäßigen Einkäufen erschien, schon lange den Verdacht erweckt, daß sie zu der edlen Kunst der Langfinger in näheren Beziehungen stand. Aber trotz der größten Aufmerksamkeit wollte es nicht gelingen, die „treue Kundin“ zu erwischen. Vor einigen Tagen nun betrat die Dame wieder das Geschäftslokal und wurde von einer Verkäuferin beobachtet, die schon öfter ihr Talent zum Detektiv bewiesen hatte. Hinter einer Säule verborgen, gelang es ihr, die schon so lange Verdächtige bei der That zu ertappen. Eine sofort vorgenommene körperliche Unter-suchung ergab denn auch ein überraschendes Resultat. Mit un-gläublicher Geschwindigkeit hatte die Diebin die verschiedenartigsten Gegenstände in ihrem weiten Mantel untergebracht. Nach Angabe ihres Namens wurde die Spionistin durch einen Beamten nach der Waage transportiert und gleichzeitig begab sich auch die Verkäuferin, Fräulein S., zu ihrer Vernehmung nach dem Polizeibureau. Nach dieser Vernehmung aber gelang es der raffinierten Diebin zu ent-fliehen, ohne daß ihre Wiederergreifung möglich gewesen wäre. Nach-träglich stellte sich auch heraus, daß der angegebene Name ein fingierter war. Das Warenhaus wird aber wohl jetzt vor der eigen-artigen Kundin Ruhe haben.

Vor dem Betreten der Eisbächen der Flüsse und Seen vor der polizeilichen Freigabe der Eisbächen kann nicht dringend genug gewarnt werden. Auf dem Müggelsee befanden sich gestern schon viele Hunderte von Schlittschuhläufern, trotzdem die amtliche Frei-gabe noch nicht erfolgt ist. Ein 14-jähriger Knabe geriet auf eine schwache Stelle. Obwohl Hilfe sofort am Platze war, konnte der Verunglückte doch erst nach längerer Zeit aufgefunden und aus dem Wasser gezogen werden. Nur unter großer Mühe gelang es, den Knaben ins Leben zurückzuführen. — Die Eisel, die sich in Berlin immer mehr einbürgern, sind neuerdings auch in den Dienst des Imports gestellt. Auf verschiedenen Eisbächen veranstaltet man bereits zur größten Belustigung des Publikums Eisschlittensfahrten.

Sterbend aufgefunden wurde gestern morgen von Arbeitern der 60 Jahre alte Bauarbeiter Senlow aus der Schweinbender-str. 32 auf dem Reibau Storgardstr. 63, den er zu bewachen hatte. Hier sah Senlow gestern morgen um 7 1/2 Uhr, als die Arbeiter lamen, bewußtlos an dem warmen eisernen Ofen. Er starb unter den Händen eines Arztes, der sofort gerufen wurde, wahrscheinlich an einem Schlaganfall. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Senlow war verheiratet.

Die „Elektrische“. Gestern Morgen blieb ein vierachsiger Sammlerwagen in der Französischenstraße stehen und verhinderte die Durchfahrt. Zeitweise war der Verkehr über den Spittelmarkt gesperrt und die Pferdebusse mußten infolgedessen über den Schloßplatz und Hausvogteiplatz nach dem Dönhofsplatz geleitet werden. Auch die Siemens u. Halske'sche Bahn hatte gestern abend eine größere Verkehrshinderung zu verzeichnen. Bei einem Motorwagen hatte sich in der Lindenstraße der Stromzuleiter gebogen und bald sammelten sich 15 Züge an. Erst nachdem durch Einschaltung eines Kabels ein provisorischer Stromzuleiter hergestellt war, konnte die Fahrt fortgesetzt werden.

Das Passage-Vanopitium hat in diesem Monat ein umfang-reiches Spezialitäten-Programm zusammengestellt, in dem kaum eine Gattung des Varietés fehlen dürfte. Besonders Interesse erregen die Minstreltänzer in ihren seltsamen Gesangs- und Tanz-vorführungen, sowie der Kollaudkünstler Thornton. Auf dem Ge-biete der Akrobatik zeichnen sich aus die drei Damenburden Barowsky, die Nektarne Witten und die Trapezkünstlerin Pira. Die erheitenden Künste werden gepflegt von der Roberts Company mit ihrer Schatten-pantomime, den Vorerprobirten Tommy und Miles und den musi-kalischen Excentrics Relardo und Trepp. — Das bekannte Panorama des Passage-Vanopitium, der Golf von Neapel wird auf einige Monate seine Heimat verlassen, um in der International Woman Exhibition in Paris Court-London einen der Hauptanziehungspunkte zu bilden. Nach langen Verhandlungen mit dem dortigen Ausstellungskomitee

Ist ein Vertrag zu Stande gekommen, nach welchem das genannte Panorama im nächsten Frühjahr in London zur Ausstellung kommen soll. Die hiesige Direktion hat sich verpflichtet, den artistischen Leiter des Panoramapavillons, Herrn Neumann, nach London zu senden, um das Panorama dort aufzustellen. Die Beförderung auf dem Wasserwege wird zwei und eine halbe Woche in Anspruch nehmen. Am 1. Februar n. J. wird mit dem Abbruch begonnen werden und wird die Wiedereröffnung des Gusses in Berlin kaum vor dem Herbst bewerkstelligt werden können.

Urania. Herr Dr. P. Spies wird heute, Freitag abends 8 Uhr, im Saal der Urania einen Experimentvortrag über „Licht und Farbe“ halten und dabei im besonderen über Photographie in natürlichen Farben sprechen.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet Wallstr. 94 eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Tagesordnung: Die letzten Stadtverordnetenwahlen. Referent: Dr. Borshardt. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben.

Wegen der Lohnverhältnisse der königlichen Gewehrfabrik in Spandau, so wird berichtet, hatten sich einige Arbeiter mit einem Schreiben an die Feldzeugmeisterei gewendet, um eine Besserung ihrer Lage zu erreichen; weil sie hierbei wohl nicht genau den vorgeschriebenen Instanzenweg befolgt haben, wurden sie von der Fabrikdirektion mit Geldstrafen belegt, die sie sich aufheben ruhig haben lassen. Darauf hat aber sogleich eine erheblich größere Zahl von Gewehrarbeitern das gleiche Gesuch unter Innehaltung der vorgeschriebenen Form an die genannte obere Behörde gerichtet, und die Folge davon ist, daß in dieser Fabrik von einem Kommissar des Kriegsministeriums an Ort und Stelle, auch mittels unmittelbarer Umfrage bei den Arbeitern selbst Erhebungen über die Lohnverhältnisse angestellt wurden. Dabei ist jetzt ermittelt worden, daß die Löhne in der That unglücklich niedrige sind; für die Arbeiter ist auch bereits eine Aufbesserung erfolgt. Die Einkommensverhältnisse der gelehrten Arbeiter, die meist in Accord arbeiten, werden noch einer näheren Prüfung unterzogen. Eine Folge der niedrigen Löhne war es auch, daß seit geraumer Zeit gerade die tüchtigsten Gewehrarbeiter freiwillig ihre Entlassung nahmen, um zur Privatindustrie überzugehen, in der sie fast doppelt so viel verdienen als in der königlichen Gewehrfabrik.

Das deutsche Unternehmertum wird an der Verwaltung der Spandauer Militärfabriken seine Freude haben und nur wünschen, daß die Lohnaufbesserung sich in den allerbestmöglichen Grenzen hält.

Rixdorf. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde mitgeteilt, daß der Bezirksausschuß dem am 19. Oktober einstimmig gefaßten Beschlusse, das alte Ortsstatut über den Bedürfnisnachweis für den Anbau von Bier, Wein, Kaffee aufzuheben, seine Zustimmung versagt habe. Die Versammlung beschloß, daß der Magistrat deshalb beim Provinzialrat Beschwerde führen soll. — Der Vorstand der Ortskrankenkasse hat folgende Eingabe gemacht: Die Kasse sei leider in die Lage geraten, Kranken, die zu Hause schlecht behandelt werden können, eine Krankenhaus-Behandlung nicht gewähren zu können, da die Krankenhäuser in Rixdorf, Wittich, Berlin etc. überfüllt seien. Der Vorstand bitte aus diesen Gründen um die Zuwendung der städtischen Fürsorge. — Das Gesuch wird der Deputation für die Krankenanstalt zur Erledigung überwiesen. — Man verhandelte dann über den projektierten Rathausanbau. Die entsprechenden Anträge sind schon gelegentlich der letzten außerordentlichen Sitzung im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Die Kommission, welche sich mit der Sache beschäftigt hat, ist für einen Anbau und sie ist auch damit einverstanden, daß wegen Vermietung von Räumen an die Polizei mit der Polizeidirektion in Verbindung getreten werden soll. Die Verhandlungen sollen sich nach Wunsch der Kommission jedoch nur auf schon jetzt vorhandene Räume beziehen. Es entspann sich hierüber eine längere Debatte. Conrad (Soc.) und Heyerau (Soc.) befürworteten den Antrag, verlangten aber gleich der Kommission, daß nur für städtische Zwecke, nicht aber für die Polizei gebaut werde. Daurat Belgand und erster Bürgermeister Boddin erklärten, daß sich der Magistrat nicht etwa bei seinen Vorschlägen von einer besonderen Vorliebe für die Polizei habe leiten lassen. Die Versammlung stimmte dann den Kommissionsbeschlüssen unter der Bedingung zu, daß der Magistrat rechtzeitig eine Vorlage einzubringen habe. Der Magistrat beantragt, 825 000 M. zum Bau eines freistehenden Gasbehälters mit einem Fassungsvermögen von 25 000 Kubikmeter Festinhalt zu bewilligen. Der Betrag soll vorläufig aus vorhandenen Mitteln und aus Mitteln der Sparkasse entnommen und endgültig aus einer aufzunehmenden Anleihe gedeckt werden. Die Vorlage wurde einstimmig genehmigt. — Verhaftet debattiert wurde über einem mit dem Justizministerium abzuschließenden Mietvertrage. Auf Antrag Heyerau (Soc.) beschloß man, die fraglichen Räume zwar für den in Aussicht genommenen Preis von 1000 Mark jährlich zu vermieten, aber nur dann, wenn der Pächter die verhältnismäßig hohen Kosten für die notwendigen baulichen Veränderungen selbst trägt.

Ober-Schönevelde. In der Gemeindevertreter-Sitzung am 12. d. M. wurde ein Ortsstatut, betreffend Anstellung und Besoldung der hiesigen Gemeindebeamten beraten und beschlossen.

Die Gemeindebeamten wurden in fünf Gruppen eingeteilt und zwar: A) Rentanten, B) Sekretäre, C) Assistenten und Hilfsbeamten, D) Gemeindefleiner und Polizeibehörden, E) Nachtwächter.

Die Anstellung der Gruppe A und B erfolgt auf Lebenszeit, bei den anderen ist eine Abminderungzeit festgesetzt.

Die Gehälter sollen betragen unter A Anfangsgehalt 2000 M., alle zwei Jahre eine Zulage von 200 M. bis zum Höchstgehalt von 4000 M.

nebst 400 M. Wohnungszuschuß. Gruppe B: Anfangsgehalt 1500 M., alle 2 Jahre eine Zulage von 150 M. nebst Wohnungszuschuß von 400 M. Gruppe C: Anfangsgehalt 1350 M., alle 2 Jahre eine Zulage von 100 M. Wohnungszuschuß 350 M. Gruppe D: Anfangsgehalt 1200 M., alle 2 Jahre eine Zulage von 75 M. bis zum Höchstgehalt von 1650 M. Gruppe E: Anfangsgehalt 900 M., steigt in 20 Jahren bis zum Höchstgehalt von 1500 M. Kleidungsgeld pro Jahr 80 M. Die beiden letzten Gruppen erhalten auch einen kleinen Wohnungszuschuß.

Der Vertreter Bildhauermeister Herr Neumann wendete sich dagegen, daß die Nachtwächter bei ihrem „hohen Gehalt“ eine Extravergütung erhalten, wenn sie am Tage für die Gemeinde eine Arbeit zu verrichten haben.

Bei Vergebung der zu erbauenden Zuzufälle erhielt der Schöffe Baumeister Lehmann als Mindestfordernder den Zuschlag mit 16 202 M.

Die Umgestaltung der Wilhelmshofstraße soll in der Weise erfolgen, daß der Straßendammbreite von 9 Meter erhöht. Um diese Breite zu erreichen ist es notwendig, daß der jetzige Mittelstreifen als Straßendammbreite hinzugenommen wird. Die darauf befindlichen Masten und Bäume sollen auf dem Bürgersteig an der Spreeseite Aufstellung finden. Die Verbreiterung der Straße macht die Erwerbung der Grundstücke des Schöpfen Kalepa und des Gemeindevertreter Dolinski notwendig. Der erstere fordert pro Quadratrute 385 M., während Dolinski 300 M. verlangt. Das Angebot von 300 M. fand Annahme, dagegen erhoben sich gegen die Forderung von 385 M. Bedenken. Schließlich machte Herr Kalepa den Vorschlag, er würde die überschüssige Summe der Gemeinde als Geschenk zurückstellen. Von dieser Wohlthat wollten jedoch die Gemeindevertreter nichts wissen.

Die Gemeinde Grunewald beabsichtigt, eine große Radfahrstraße durch den Grunewald herzustellen. Diese Radfahrstraße soll vom Kurfürstendamm aus über den Kronprinzendammbreite der Trabenerstraße am Rangierbahnhof Grunewald entlang und dann in Verlängerung der Feuerbachstraße längs der Behlärer Bahn nach dem Jagdschloß „Stern“ führen. Zur Zeit schweben über die Angelegenheit noch Verhandlungen mit der Bezirksbehörde. Vor längerer Zeit war schon ein ähnliches Projekt aufgetaucht. Es handelte sich damals um ein Unternehmen, bei dem ein Kaufmann R. an der Spitze stand. Dieses Projekt scheiterte jedoch daran, daß die Regierung dazu nicht die Genehmigung erteilte, weil es sich als ein rein geschäftliches Unternehmen erwies.

Im Dienste verunglückt ist gestern, Donnerstagvormittag, der 21 Jahre alte Rangierer Heinrich Krohne auf dem Rangierbahnhofs zu Pankow. Um zu sehen, ob er einem Zuge, in dem er mitfuhr, das Haltesignal geben müsse, mußte er eine Wagengrube öffnen, da die Scheiben gestoren waren. Das Signal war aber bereits anderweitig gegeben, und als nun der Zug plötzlich hielt, schlug die Thür zu und querschnitt R. die rechte Hand ab. Der Verunglückte wurde in die königliche Klinik gebracht.

Vermischtes.

Vom Wetter. Strenge Kälte ist überall eingekehrt. Aus Warendörfer wird berichtet, daß die Eisdicke der Luterwarner in Folge der strengen Kälte eine Stärke von etwa 12 Centimeter erreicht hat. Das Eis kam jedoch noch von Frachtdampfern bezwungen werden. — Der bei Danzig Ort gestrandete russische Sloop „Jahn“ ist von einem Moskoder Seebahnen abgebracht und nach Stralsund eingeschleppt worden. Die aus Buchweizen bestehende Ladung des Schiffes ist geborgen worden. — Auf der Insel Hagen sind die Winternächte durch Eis geschlossen; die Fischer sind eingekerkert worden. Bei Thorn ist auf der Weichsel Eisstand eingetreten. — Aus Lübeck wird gemeldet: Eine sehr schwere Leberreise hatte der von Hünimland kommende Eisbrechdampfer „Regie“. Das Schiff war so heftigen Stürmen und hochgehenden Seen ausgesetzt, daß das ganze Fahrzeug bis in die Wanken hinauf mit einer ca. 20 Centimeter dicken Eisschicht bei der Ankunft in Hagen bezw. Helsingfors belegt war. Der Dampfer „Braunsberg“ liegt mit einer vollen Ladung Strohballen in Pahlunde eingekerkert. Als das Schiff von Königsberg zurückkehrte, versuchte der Kapitän das Eis der Passsage zu durchbrechen, mußte aber vor dem Dorfe Passsage das Schiff zurückwenden und in Pahlunde vor Anker gehen. Die Passsage ist bis zur Mündung zugefroren; auch das Frische und Kurische Haff sind, soweit man blicken kann, mit Eis bedeckt. — In Köln nahm die Kälte gestern Nacht bei schneefreiem Wetter bedeutend zu. Der Rhein geht stark mit Treibeis, welches sich stellenweise festsetzt. Die Köln-Denker und die Koblenzer Schiffsbrücke sind abgefroren. In Norwegen hat der Winter mit Macht seinen Einzug gehalten. Bei Christiania waren heute 14 Grad Kälte. Aus Dronheim wird gemeldet, daß in Lönfel und Storlien 27 Grad und in Røros gar 34 Grad Kälte herrschten.

Eine fürchterliche Kälte herrscht auch in ganz Ungarn. Von Steinamanger werden minus 38 Grad Celsius, von Kensohl minus 21 Grad Celsius gemeldet. Der Mattensee ist vollständig zugefroren, was seit vielen Jahren nicht geschehen ist. In ganzen Königreich Polen sind große Schneefälle niedergegangen. Bahn- und Landverkehr sind sehr erschwert, zum Teil gänzlich unterbrochen. In Unter-Ungarn wüten so heftige Schneestürme, daß bei Verfall zwei Eisenbahnzüge buchstäblich in den zusammen gewickelten Schneemassen stecken blieben. Die Passagiere mußten mit Schlingen nach Verfall befreit werden. Auch sonst werden große Verkehrsstörungen gemeldet. — In ganz Ober- und Mittelitalien herrscht außergewöhnliche Kälte. Venedig und Bologna melden Schneefälle. Die Eisenbahntage treffen überall mit großer Verpöpfung ein. Teilweise sind die Verbindungen gänzlich unterbrochen. — Der seit 5 Tagen im Schwarzen Meer herrschende heftige Sturm hat viel Unheil angerichtet. Die in Odessa ankommenden Dampfer sind hart mitgenommen, die Passagiere völlig erschöpft.

Heines Grab in Paris war am 100. Geburtstag des Dichters prächtig geschmückt. Auf dem steinernen Sarkophag, der das Grab schließt, war ein ganzer Rosenkranz gepflanzt, und das Gitter war mit Rosen und großen Weizensträhnen bekrönt. Die Ähren der Weizensträhnen waren aus dem ländlichen Deutschland gesammelten Heine-Fonds bekrönt worden. Die Besucher waren meist Deutsche, von denen einige Sträuße und manche Bittensorten auf dem Grab niederlegten. Ein Kranz aus künstlichen Blumen trug die Aufschrift: „A Henri Heine, les socialistes allemands à Paris.“

In M.-Gladbach sind auf offener Straße zwei Attentate auf Fabrikarbeiterinnen verübt worden. Einer 30jährigen Arbeiterin brachte der Attentäter vier Messerstücke in den Unterleib bei. Das Mädchen wurde schwer verwundet nach seiner Wohnung gebracht. Eine halbe Stunde später überfiel offenbar derselbe Mann eine 14jährige Arbeiterin, die er mit dem Messer in die Hüfte stach. Als Leute herankamen, flüchtete der Mensch.

Kutscher und Pferde germalnt. Ein entsetzliches Unglück hat sich bei der Station Milch der Schneidemühl-Posener Straße ereignet. Ein Arbeiter, der von Obernil zurückkehrte, überfuhr bei Milch ein herrschaftliches Fuhrwerk. Der Kutscher und die beiden Pferde wurden germalnt, der Wagen wurde zerschmettert.

Marktpreise von Berlin am 13. Dezember 1899
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen	15.00	Schweinefleisch	1.60	1.10	
Fliegen	14.80	Rothfleisch	1.80	1.00	
Butter-Gerste	14.00	Baumweizen	1.60	1.30	
Hafer gut	15.20	Butter	2.80	2.00	
mittel	14.40	Gier	60 Stk	6.00	
gering	13.60	Kartoffeln	1.60	1.20	
Nichtstroh	4.60	Kale	2.80	1.40	
Heu	7.30	Bander	2.50	1.00	
Erbsen	40.00	Hechte	1.80	1.00	
Speckschinken	45.00	Barische	1.60	0.80	
Küchen	70.00	Schote	2.80	1.40	
Kartoffeln, neue	7.00	Beile	1.20	0.80	
Rindfleisch, Rente 1 kg	1.60	Steele	per Eked	12.00	
do. Bauch	1.30				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Notierungsgeselle — und ungerundet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner. *) Kleinhändlerpreise.

Produktenmarkt vom 14. Dezember. Heute zeigte sich für Weizen etwas größere Nachfrage. Da die strengere Kälte der verflohenen Nacht die Abgabe zur Reserve währte und außerdem höhere Auslandsnachmeldungen eintrüben, so konnten sich die Preise für Weizen und Roggen um etwa 0,50 M. heben. Künftiger Roggen bleibt namentlich für Frühjahrabgabe reichlich angeboten, aber die Preisforderungen sind immer zu hoch. Auch die Weizenofferten Argentiniens, welche besonders per Januar/Februar am Markte waren, sind unrentabel. Hafer lag ruhig, aber behauptet, trotz starken Angebots aus Ausland. Rüböl wurde höher gefragt. Spiritus lag still, im Preise unverändert; Der loco 47,80. Die Statistik wurde verlesen und blieb ohne Bedeutung für die Tendenz des Marktes.

Witterungsübersicht vom 14. Dezember 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Witterung	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Witterung	Temp. u. G. °C
Stettin	751	O	2 bed.	-9	Japaranda	771	SW	Obdeckt	-5
Danzig	751	NO	2 wolkl.	-10	Petersburg	772	SO	2 heiter	-17
Berlin	751	D	2 bed.	-13	Wars	751	R	3 Regen	4
Wiesbaden	743	R	2 bed.	-9	Berden	755	NO	2 wolkl.	-1
München	746	D	2 wolkl.	-20	Paris	747	NO	2 Dunst	-3
Wien	754	SW	0 Schnee	-15					

Wetter-Prognose für Freitag, den 15. Dezember 1899. Zeitweise heiter, vorherrschend wolkl mit Schneefällen, ziemlich strengem Frost und schwachen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

H. W. 1. Kerse können wir im Briefkasten nicht empfehlen. Wenden Sie sich direkt an die Poliklinik der Charité oder eines der hiesigen Krankenhäuser. Wegen Aufnahme in einer Ungehörigkeitskammer wenden Sie sich an die Direktion des Volkshilfsvereins vom Roten Kreuz, Schriftführer Dr. Pannewitz, Charlottenburg, Friedenstr. 29, oder an das Bureau der hiesigen Heimstätten für Genesende, Neue Friedenstr. 9/10; Sprechstunden hat Vorsitzender Stadtrat Marggraf Montag, Dienstag, Mittwoch und Sonnabend von 1-2 Uhr. Die hiesigen Heimstätten liegen in Heinersdorf, Wilmersdorf an der Stolpiner Bahn, Köpenick bei Weizensee, Bismarckfeld bei Pankow, die Heilstätte des Roten Kreuzes liegt am Griebowsee bei Oranienburg.

H. W. 100. Schwarz ist selbstverständlich kein Jude.

H. W. 101. Es treibe dem Blatt zu viel Ehre an, wenn wir diese Ausführungen polemisieren.

H. W. 1. „Eine Weihnacht“ ist inoffiziell. Ich wünsche Ihnen eine frohe Weihnacht oder, wie man sich auch ausdrücken kann, eine frohe Heiligabend. Die preussische Provinz Sachsen ist in die drei Regierungsbezirke Magdeburg, Merseburg und Halle eingeteilt. Ein Mittelstücken gibt es nicht. Als Götter an Preußen kam, unterschied man Niederriesen, Oberriesen und die Grafschaft Mag.

H. W. 1000. Halbesee gehört zu Deutsch-Wilmersdorf. Die Entfernung von der Betriebswerkstatt Grunewald bis zum Bahnhof Wilmersdorf beträgt etwa 6 Kilometer. Von einem Eisenbahn-Betriebswerkmeister wird gute Volkshilfsbildung verlangt.

Briefkasten der Expedition.

H. W. Offen. Seit 8 (Schluß) ist bereits erschienen. Sie können die folgenden Hefte nicht einbänden (60 Pf.) durch die Buchhandlung Sorbirtz beziehen. Jedes Heft kostet 20 Pf., das Porto (mit Bede) wird 30 Pf. betragen.

Kinderwagen- und Schlafmöbel-Bazar Baby.

I. Invalidenstr. 100, an der Brunnenstrasse.
II. Gr. Frankfurterstr. 115 Ecke Androssstrasse.
III. Oranienstrasse 31, Ecke Adalbertstrasse.
IV. Chausseestrasse 8, Ecke Schlegelstrasse.

Betten Auswahl von 4,50 an

Bettfedern Standv. 10-100.00

V. Meinerkeendorferstr. 24, an Weddingplatz. v. 30,00 an
VI. Brunnenstr. 92 (Humboldthain)
VII. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 55.
VIII. Seydelstr. 22, am Spittelmarkt, Ausverkauf der von mir daselbst erworbenen Konkurrenzmassen.

Lieferant des Post-Spar- und Vorschuss-Vereins.

Einzel-Verkauf von Uhren u. Goldwaren zu Fabrik-Preisen.

C. Giesen, Oranienstr. 163a, Oranienplatz.

Vorzeiger dieses Inserats erhält 5 Proz. Rabatt.

Patent-Geschenke.

Sächsische Strumpf-Fabrik

Niederlage.

Verkaufsstelle Rixdorf: Georg Jonas, Bergstr. 49. Auf Wunsch Probestücke.

Hutlager A. Rosenblum

M. 3,15

englischer und deutscher Fabrikate

Friedrichstr. 91/92.

Ein Blick aufs Schaufenster genügt, um sich von der Leistungsfähigkeit zu überzeugen. 134/12

Glaserei-Vereinsgeschäft

Max Richter, Grüner Weg 65.

Empfehle mein Lager von sämtlichen socialistischen Bildern u. Plakaten nebst Uhrarmen, auch Kupfer- u. Stahlische. Socialisation. [1898]

Ernst Valtens

Gast- und Speisehaus,

Dresden, Freiburger Platz No. 11.

empfehle seine freundlichen Lokalitäten sowie Fremdenzimmer im Preise von 1 M. an. G. Bier. Anerkannt gute Küche. Fernsprecher: Kant I Nr. 3892. 108/8

für Hülfe auszugehen, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. 123780

Knabenflügel 0,75 M. an
Herrnflügel 1,50 „ „
Cylinderhüte 4.00 „ „
Einsparungshüte 1,25 „ „
Plüschhüte 7.00 „ „
Chapeaux claque u. 8.00 „ „
9.00 „ „
im Einzelverkauf bei

Arnold & Eggert

Hut- und Goldwaren

in grösster Auswahl. Preisliste 2 Tafeln 21 M. 315. Herrenuhren u. 12 M. an. Schraub- u. Goldschraub.

Leweck, Fennstrasse, Mäckerstrasse 173

Juwelier u. Uhrmacher.